

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Reichenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 A.

Beitragszahlung! Die Verbandsmitglieder werden dringend gebeten, den Rest der diesjährigen Verbandsbeiträge bis Ende November voll zu bezahlen.

Inhalt: Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften.
— Der französische Gewerkschaftskongress. — Politische Umwälzungen.
— Maurerbewegung: Streiks, Ausbesserungen, Mahnungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Verbot der Reform der Arbeitszeit. Aus dem Kaminbau-Gewerbe. Aus Ausland. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterhaus, Subventionen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verchiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften.

III.

Seit Jahrhunderten hat man sich darüber herumgestritten, in welchem Maße und unter welchen Voraussetzungen die Partei oder die gewerkschaftliche Organisation oder beide zusammen als gleichinteressierte und gleichberechtigte Faktoren für die Leitung der Arbeiterbewegung, die Znangriffnahme bestimmter Aktionen z. bestimmend und entscheidend sein sollen. Dieser Streit hatte seine Ursache in der völlig unbegründeten Furcht, durch die sogenannten „rein gewerkschaftlichen“ Bestrebungen könne der sozialdemokratische Geist eine „Abfchwächung“ und das Proletariat eine „Ablenkung von den Prinzipien und Zielen der Sozialdemokratie“ erfahren; die „politische Aktionskraft“ könne durch sie „beeinträchtigt und gehemmt werden“ z. Die Erfahrung, die ja immer die beste Lehrmeisterin ist, beweist das Gegenteil. Die unaufhaltbare und stetig stärker wirkende Macht der gemeinsamen Interessen, die alles in allem genommen, die höchsten Kulturinteressen sind, führen die Arbeiter in Partei und Gewerkschaft zusammen, einen sie zu einem festen, unzerstörbaren Bund unter dem Banner des demokratischen Sozialismus zum gemeinsamen großen Emanzipationskampf. Diese Interessen lassen sich nicht willkürlich als politische, wirtschaftliche, soziale abgrenzen; es ist Torheit, feststellen zu wollen, auf welchem Punkte in der Arbeiterbewegung, im Klassenkampf die Grenzen der gewerkschaftlichen Bewegung und ihrer Wirkungen im Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei liegen. Wir können hierzu nur wiederholen, was wir schon so oft ausgeführt haben, daß solche Bewegung die denkbar unlogischste Willkürlichkeit sein würde; daß alle Interessen der Arbeiterklasse engstens und untrennbar zusammenhängen, daß sie eine unteilbare Interesseneinheit bilden, genau so, wie die Interessen der herrschenden Klassen.

Die ganze Politik des Klassenstaates ist nichts anderes als der Inbegriff der Betätigung des Schutzes, der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen herrschender Klassen. Auch für die Arbeiterklasse hat die Politik diese Bedeutung, eine eminent praktische Bedeutung. Es gibt kaum ein einziges Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung, auf dem es sich nicht immer um politische, wirtschaftliche und soziale Fragen, die sich einander bedingen, gleichzeitig handelt. So hauptsächlich in den Fragen des Militarismus, der Kolonial- und sogenannten Weltpolitik, der internationalen Meinungen und Beziehungen, bei denen es sich um Krieg oder Frieden handelt, der Zoll- und Steuerpolitik, der Polizeipolitik, der Sozialpolitik in ihren verschiedenen Arten z. z. Jeder Zweig der Gesetzgebung eine Interesseneinheit! Und diese Einheit gestaltet sich für die Arbeiterklasse immer klarer und schärfer heraus. Die klassenstaatliche Politik, die

innere wie die äußere, wird mehr und mehr bestimmt von den wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klassen und Claque; ja, sie geht, genau betrachtet, mehr und mehr völlig in der Wahrung und Förderung dieser Interessen auf; in ihren Dienst stellt das Staats- und Reichsregiment alle seine politischen Einrichtungen und Unternehmungen, der Arbeiterklasse immer neue und schwerere Opfer aufbürdet. Was sie in der Form von Zöllen und indirekten Steuern dem Militarismus, der Kolonial- und Weltmachtspolitik, der Begehrlichkeit des Agrarierturns, den Sonderinteressen der herrschenden Klassen und Claque z. opfern muß — das ganze politische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem, dem sie unterworfen ist, bewirkt ganz natürlich eine immer stärkere Betätigung der gewerkschaftlichen Organisation, um zum Ausgleich für die stetig wachsende Belastung der Arbeiterklasse höhere Löhne zu erringen sowie um Unterdrückung zurückzuweisen oder zu überwinden.

Wer will bestreiten, daß die sogenannte „Ordnungspolitik“, die behauptet, Staat und Gesellschaft gegen die „Umschüttelbestrebungen“ der Sozialdemokratie verteidigen zu müssen, mit ihren Angriffen auf das Koalitionsrecht und das Reichstagswahlrecht, mit ihren wider die Arbeiterorganisationen gerichteten Polizei- und Justizpraktiken hauptsächlich bezweckt, den Arbeitern die Betätigung der Interessensolidarität unmöglich zu machen? Die reaktionären Parteien und öffentlichen Gewalten haben zur Herausbildung des politischen Charakters der gewerkschaftlichen Organisationen wider Willen sehr viel beigetragen. Sie haben nicht erst in neuester Zeit, sondern schon seit den Anfängen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung diese als politische Bewegung, als integrierenden Teil der sozialdemokratischen behandelt und mißhandelt. Sie haben — und ganz zutreffend — den gewerkschaftlichen Kämpfen, den Streiks, der gewerkschaftlichen Organisation eine politische Bedeutung beigegeben, wie sie in der ganzen Natur dieser Erscheinungen begründet ist, sich aus dem Zusammenhange politischer und wirtschaftlicher Interessen folgerichtig ergibt. Unter diesem Gesichtspunkt wurde das Ausnahmengesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878 bis 1890 nicht nur wider die politischen Organisationen und die politischen Organe der „Umschüttelpartei“, sondern auch mit derselben Rücksichtslosigkeit wider die Gewerkschaften in Anwendung gebracht, die dem Geist der modernen Arbeiterbewegung entsprachen. Und diese Gewerkschaften hatten man mit bei der Umschüttelvorlage und durchaus bei der Zuchtengesetzvorlage aufs Korn genommen. Die herrschenden Gewalten und Parteien wissen gar wohl, daß die gewerkschaftliche Bewegung und Organisation, indem sie den Arbeitern zu einer wirtschaftlichen Machtstellung gegenüber dem Unternehmertum und zu einer Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage verhilft, zugleich für die Erstarkung und Ausgestaltung der politischen Macht der Arbeiterklasse wirkt.

Es sei uns gestattet, zu diesem Punkte einige Ausführungen, die wir früher schon gemacht haben, kurz zusammengefaßt wiederzugeben. Die sozialdemokratische Partei und ihre Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften haben sich gewiß nach Kräften bemüht, legislatorische Akte im Interesse der Arbeiter zu erreichen. Aber das praktische Resultat dieses Bemühens kommt den tatsächlichen Errungen-

schaften der gewerkschaftlichen Organisation nicht gleich. Was die sozialdemokratische Partei der vom kapitalistischen Interesse beherrschten Gesetzgebung beim besten Willen nicht abzuwenden vermochte: Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Sicherung der vertragsrechtlichen Verhältnisse der Arbeiter, Schutz gegen den Unternehmerterrorismus, Sicherung der Ausübung des Koalitionsrechtes zc. — das hat die gewerkschaftliche Organisation in erheblichem Maße fertig gebracht. Sie hat auch den Beweis geliefert, daß es ein Irrtum war, wenn man früher so leichtgläubig meinte, sie könne doch nur vorübergehende Erfolge erringen. Die Erfahrung lehrt, daß sie gelernt hat und soweit erstarkt ist, Errungenschaften erfolgreich zu verteidigen und ihnen neue hinzuzufügen. Man denke sich die gewerkschaftliche Organisation mit ihren Kämpfen und Erfolgen hinweg — hätte ohne sie die sozialdemokratische Partei werden können, was sie geworden ist? Spricht man davon, und durchaus zutreffend, daß es die politische Macht ist, durch die sich die Arbeiterklasse unter Beistimmung der Klassenherrschschaft ihr Recht zu erringen vermag, so muß man das wirkliche Wesen der politischen Macht scharf ins Auge fassen. Es begreift sich in der Fähigkeit prinzipiellen, erfolgreichen, positiven Wirkens; für die Arbeiterklasse alles in allem in der Fähigkeit, ihr Interesse in steigendem Maße zu praktischer Geltung zu bringen und so die Staats- und Gesellschaftsordnung neu zu gestalten.

Ein Parteileben ohne feste ökonomische und soziale Unterlagen ist eine Unmöglichkeit. Die freie und selbständige gewerkschaftliche Organisation gibt diese Unterlage der sozialdemokratischen Partei. Sie ist Demokratismus im besten Sinne des Wortes; ihre Grundzüge, ihre Ziele weilen sie mit zwingender Macht darauf hin, den demokratischen Geist zu pflegen, sich mit dem allgemeinen politischen Demokratismus engstens zu verbinden. Durch Überwindung des Zustandes der Isolierung der Arbeiter tut sie den ersten großen, wahrhaft demokratischen Schritt, der nötig ist, die Arbeiterklasse in den Emanzipationskampf einzuführen. Und durch ihr permanentes solidarisches Wirken weckt und stärkt sie das demokratische Bewusstsein der Arbeitermassen und wird so im Grunde mit der sozialdemokratischen Partei politischer Machtfaktor. Mit dieser Partei führt sie den proletarischen Klassenkampf. Partei und Gewerkschaften verdanken sich gegenseitig das, was sie sind. Der eine Faktor ohne den anderen ist unentbehrlich. Beide sind so sehr aufeinander angewiesen, daß es töricht ist, zu befürchten oder zu hoffen, es könne sich jemals eine feindselige Scheidung zwischen ihnen vollziehen.

Der französische Gewerkschaftskongress.

Unser Pariser Jr.-Korrespondent schreibt uns: Der 16. Kongress der französischen Gewerkschaften, der vom 8. bis 16. Oktober in Lyons getagt hat, ist trotz seines teilweise tumultuösen Verlaufes eine bedeutende Etappe auf dem Entwicklungsgang der französischen Gewerkschaften. Der Kongress konnte nur einen kleinen Teil seiner Tagesordnung erledigen und davon muß noch viel in Abzug gebracht werden, da eine Anzahl Gegenstände in der letzten Nachmittagsitzung noch in Vorschlag und Wogen erliegend wurden. Verdrüssig ist man, daß am ersten Tage eine Verhandlung überhaupt nicht stattfand, sondern derselbe mit der Mandatsprüfung verbrüht wurde, daß die Vormittagsitzung am Freitag wegen der Kommissionsverhandlungen ausfiel und der siebte Tag eigentlich nicht mehr eine Verhandlung des Gewer-

Schaftskongress, sondern eine Tagung des Verbandes der Arbeiter (Gewerkschaftsarbeit) ist, so hat der Kongress eigentlich nur vier Tage verhandelt. In diesen vier Tagen wurde mit Ernst und Fleiß gearbeitet. Der Höhepunkt der Verhandlungen bildete die Debatte über den Antrag der Regularbeiter, daß Beschlüssen zwischen der Konföderation und der sozialistischen Partei, hergestellt werden sollen. Die Debatte dauerte vierzig Stunden und zeichnete sich durch große Sachlichkeit aus. Die verschiedensten Minderungen, die noch unklar in der französischen Arbeiterbewegung durcheinanderbrachten, kamen zum Vort. Renard, Sekretär der Regularbeiter, der gemäßigtere Gewerkschaftler und revolutionäre Sozialist, begründete den Antrag. Seine Rede machte einen großen Eindruck auch auf die verschiedensten Antiparlamentarier. Überhaupt zeichnete sich der Kongress von Amiens dadurch aus, daß man einander nicht zu bekämpfen und herunterzureißen, sondern zu überzeugen suchte. Renard wies vor allem auf den Widerspruch der Gewerkschaft hin, die den Antrag bekämpfte, weil innerhalb der Gewerkschaft keine Politik getrieben werden solle, gleichzeitig aber den Antiparlamentarismus und den Antiparlamentarismus predigen und das Sonntagsgesetz als einen Erfolg der Konföderation priesen. Er verlangte bei allen Aktionen, wo das Interesse der gewerkschaftlichen und politischen Vertretung der Arbeiterklasse zusammenlaufe, eine Befähigung, die ja jetzt schon erfolge, indem man zu sozialistischen Abgeordneten gehe und ihre Intervention verlange. Es sprachen der Sozialist und gemäßigtere Gewerkschaftler Krüger, Sekretär des Bucharbeiterverbandes, der verlangte, daß die Gewerkschaft sich auf die Vertretung der Berufsinteressen beschränken soll. Coupal, Sekretär des Maschinenbauerverbandes, der eine Mittelsstellung zwischen Renard und Krüger einnahm. Niel, Sekretär der Arbeiterbörse von Montpellier, einer der fähigsten Köpfe der französischen Gewerkschaftsbewegung, der im revolutionären Lager steht, aber von den Anarchisten abgerückt ist. Niel vertritt den Standpunkt strikter Neutralität, aber einer revolutionären Neutralität. Die Gewerkschaften sollen mit allen Mitteln die volle Befreiung der Arbeiterklasse erzwingen und daneben die politische Organisation tolerieren. Er sprach gegen ein Bündnis mit gegen die Anarchisten, Egoisten und Menschen vom Metallarbeiterverband stehen ungefähr auf dem gleichen Standpunkt, doch wendeten sie sich nur gegen die Sozialisten. Sie sind Antiparlamentarier und vertreten das revolutionäre Bürgergewerkschaftertum. Die Anarchisten gingen der Debatte ziemlich aus dem Wege. Von ihnen sprach Broussaud, Bergarbeiter. Zum Schluß sprach Griffuelhes, Sekretär der Konföderation, dem das Publikum gelang, alle Meinungen unter den Hut einer Resolution zu bringen. Trotz ihrer Länge gebietet die Bedeutung, sie hier im Wortlaut wiederzugeben. Hier ist sie:

„Der Gewerkschaftskongress von Amiens bestätigt den konstitutiven Artikel 2 der Konföderation, lautet: Die Konföderation vereinigt außerhalb jeder politischen Schule alle Arbeiter, die sich des Kampfes zur Befreiung des Lohnknechts und des Unternehmertums bewußt sind.“ Der Kongress betrachtet diese Erklärung als eine Anerkennung des Klassenkampfes, der auf wirtschaftlichem Gebiet die sich empörenden Arbeiter jeder Form der Ausbeutung in materieller wie moralischer Beziehung, die von der kapitalistischen Klasse gegen die Arbeiterklasse ausgeht, gegenüberstellt. Der Kongress präzisiert diese Erklärung durch folgende Punkte: Die Gewerkschaft erstrebt die Verbesserung der Lage der Arbeiter durch die Vereinigung ihrer Handlungen, durch die Erzielung sofortiger Verbesserungen, wie die Verringerung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne usw. Diese Tätigkeit ist aber nur eine Seite des Gewerkschaftswertes, die die vollständige Befreiung, die nur durch die kapitalistische Unterjochung verwirklicht werden kann, vorbereitend. Als Aktionsmittel empfiehlt der Kongress den Generalstreik und erachtet, daß die Gewerkschaft, heute eine Vereinigung des Widerstandes, in der Zukunft eine Vereinigung der Erzeugung und Verteilung, Basis der gewerkschaftlichen Organisation sein wird. Der Kongress erklärt, daß diese doppelte Tätigkeit des Tages und der Zukunft auf der Situation der Lohnarbeiter entspringt, die auf die Arbeiterklasse drückt und es allen Arbeitern zur Pflicht macht, welches auch ihre politische oder philosophische Meinung sei, der notwendigen Vereinigung mit der Gewerkschaft ist, anzugehören. Der Kongress erklärt als Konsequenz die volle individuelle Freiheit der Organisieren an der ihrer politischen oder philosophischen Auffassung entsprechenden Form des Kampfes außerhalb ihrer Gewerkschaft teilzunehmen, indem er sich darauf beschränkt, von ihnen zu verlangen, die Meinungen, die sie außerhalb vertreten, in die Gewerkschaften nicht hineintragen. Was die Organisationen betrifft, erklärt der Kongress, daß die wirtschaftliche Aktion, damit die Gewerkschaft das Maximum ihrer Wirkung erziele, direkt gegen das Unternehmertum ausgeübt werden muß. Die angeschlossenen Organisationen haben als gewerkschaftliche Vereinigungen sich nicht mit Seiten und Parteien vorauszusetzen, die außerhalb und daneben in voller Freiheit die soziale Umgestaltung erstreben können.“

Auf eine Anfrage erklärte Griffuelhes, daß die Organisationen autonom seien und das Recht haben, zeitweilig und vorübergehend mit einer politischen Partei in Verbindung zu treten. Nachdem noch Gussard namens der Bucharbeiter ihre Beschwerde betreffs des Generalstreiks angebracht hatte, wurde die Resolution mit 824 gegen 2 Stimmen angenommen. Die Abschwächung aus dem anarchischen Lager wird noch angestrichen, wenn man den Beschluß betreffs Fortführung der Aktionistenbewegung beachten stellt. Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete bekanntlich: „Fortführung der Aktionistenbewegung“. Nachdem der Kongress beschlossen hatte, im Prinzip für den Aktionistenentwurf einzutreten, wurde die Festlegung des Datums, von dem ab der Aktionistenentwurf praktiziert werden soll, dem Komitee der Konföderation überlassen, das zuvor die Verbandsvorstände zu befragen hatte. Das bedeutete schon einen verächtlichen Rückschlag von der unsinnigen Taktik, alle Organisationen an einem Tag in einen topflosen Streik zu legen. Die Kommission für den Aktionistenentwurf drach offen mit der seit Bourges geübten Taktik. Sie empfahl, den 1. Mai als Antrittstag zu feiern, um für den Aktionistenentwurf zu demonstrieren und im übrigen jeder Organisation selbständig zu überlassen, die Fortführung der Aktionisten anzukündigen.

Diese beiden Beschlüsse, die dem Kongress keine Bedeutung verleihen, zeigen das Einklinken in eine methodische Gewerkschaftstaktik an, die zur Basis starker Kampfsorganisationen hat. Zu bedenken ist dagegen der Beschluß betreffs der internationalen Beziehungen. Nach einer eingehenden Diskussion, die hauptsächlich in einer Kritik des internationalen Bureau gipfelte, wurde eine

Resolution Deleffle angenommen, die die momentane Unterbrechung der internationalen Beziehungen billigt und das Komitee auffordert, diese Beziehungen wieder aufzunehmen. Bourge brachte hierzu folgenden Amendement ein, das mit der Resolution angenommen wurde: „Falls das internationale Sekretariat sich dazu weigern sollte, den Aktionistenentwurf, den Generalstreik und den Antiparlamentarismus auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz zu setzen, indem es sich hinter dem Beschluß von Amiens verbirgt, dessen Annulierung es auf der nächsten Konferenz nicht herbeiführen will, wird das Komitee der Konföderation aufgefordert, in direkter Beziehung mit den Landeszentralen zu treten und über das internationale Bureau hinwegzugehen.“ Der Beschluß hat ja anscheinend weiter keine tragischen Konsequenzen, denn die Landeszentralen werden mit oder ohne das internationale Sekretariat allein wissen, was sie zu tun haben. Nach der vorausgegangenen Diskussion plant man jedoch nichts weniger, als die Gründung einer neuen Gewerkschaftszentrale, indem man sich mit den in jedem Lande existierenden Häuften anarcho-sozialistischer oder anarcho-syndikalistischer Organisationsgepflechter in direkte Verbindung setzt. Bedauerlich ist, daß die Repräsentanten der französischen Organisationen, denen im allgemeinen jede Kenntnis und jedes Verständnis über die Bedingungen und Verhältnisse anderer Länder fehlt, sich von Bourge wieder wie 1904 betreffs des Aktionistenentwurfes auf einen Abweg führen ließen. Die französischen Organisationen, oder richtiger gesagt, deren Leitung, will den anderen Landesorganisationen ihren Willen aufzwingen; sie wird sich dabei noch weniger Vorbeeren als mit der geschätzten „Erhöhung des Aktionistentages“ hüten.

Unter den angenommenen Anträgen rief der betreffs des Antiparlamentarismus einen großen Sturm hervor. Die antiparlamentarische Propaganda hat in Frankreich ihren Ursprung in der Verwendung von Militär bei Streiks. Da nun das französische Proletariat, soweit es Klassenbewußt sein, ebenso wie das deutsche, die Revolution zu führen will, ebenso wie das deutsche, antiparlamentarische Propaganda zu treiben. Es wäre allerdings eine andere Frage, ob dies Aufgabe der Gewerkschaften ist. Die mit seiner Mehrheit der großer Stimmhaltung angenommene Resolution macht in ihrem Schlußsatz heftige Ausfälle auf die „Streber und Machthaber aller Klassen und politischen Richtungen“. Sie haunnt dem Proletat, der die antiparlamentarische Propaganda als sein Stückenwerk ansieht.

Im allgemeinen kann man sich über das Ergebnis des Kongresses freuen. Zwar lassen die Details durchaus noch sehr viel zu wünschen übrig, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie stark sind und bei voller Autonomie hand in Hand mit der Partei arbeiten. Aber die Fehler, die die Partei in einer fünfzigjährigen Vergangenheit gemacht hat, lassen sich nicht ohne weiteres ausbügeln. Ein vielversprechender Anfang ist da, der Kongress von Amiens bedeutet den ersten Schritt.

Anschließend hieran sei noch einiges mitgeteilt aus dem gedruckt vorliegenden Bericht der Konföderation über die abgelaufene zwanzigjährige Periode. Die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften stieg von 53 auf 61. Drei Verbände, der Verband der Rotkreuzer, der Schuhpolier und der Kupferarbeiter, vereinigten sich mit verwandten Berufsverbänden und der Verband der Köche wurde ausgeschlossen. Zehn Verbände schlossen sich neu an, wovon einer bereits der Konföderation angehört hatte, vier schon längere Zeit bestanden und sieben neu gegründet wurden. Außerdem schlossen sich acht Einzelgewerkschaften an, für die ein Verband nicht besteht. Die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften beträgt nach den gegebenen Beiträgen 208 273 gegen 158 000 am 31. Mai 1904. Die wirkliche Mitgliederzahl dürfte jedoch wesentlich höher sein, da einestseits die Zahl der Zentralbeiträge nicht voll abfließen oberbehalten die gezahlten Beiträge berechnen, so daß die Restanten, die in den französischen Gewerkschaften sehr zahlreich sind, nicht in Betracht kommen; und andererseits zahlen viele Föderationen ihre Konföderationsbeiträge nicht voll, da die wöchentlichen Zentralbeiträge zur Deckung der Ausgaben nicht reichen. So ist die Zahl der Regularbeiter nach den geleisteten Beiträgen auf 13 000 angegeben, während ihre wirkliche Zahl mehr als das Doppelte beträgt. Ebenso der Verband der Maurer, der mit 3400 verzeichnet ist, während nach den Angaben des Sekretärs die Mitgliederzahl 6800 beträgt. Andererseits gibt es wieder Verbände, deren geleistete Beiträge sich nach den wirklichen Mitgliederzahlen richten (wie der Verband der Bauarbeiter mit 4000 Mitgliedern) oder nur wenig unter ihrem wirklichen Mitgliederstand zurückbleiben, wie der Verband der Metallarbeiter mit 14 000 Mitgliedern, dessen wirkliche Mitgliederzahl um 2000 bis 2500 höher ist. Im ganzen kann man die wirkliche Mitgliederzahl auf 40 bis 50 v. H. höher rechnen, so daß etwa 280 000 bis 300 000 Arbeiter in den der Konföderation angeschlossenen Gewerkschaften organisiert sein dürften. Aus dem Bericht ist das Verhalten, die „Aktionistenbewegung“ vom 1. Mai nur als eine geplante Demonstration für die Verbesserung der Arbeitszeit hingenommen, herabzuwürdigen. Es ist bezeichnend, daß man nach dem Zusammenbruch der Bewegung beifried ist, diese ungenutzten, nur stimmt die Deutung wieder mit dem Sinn noch mit dem Wortlaut der Reden und Beschlüssen des Kongresses, von Bourges überein. Besser ist es, nach unserer Auffassung, eine Niederlage einzugehen und aus ihr zu lernen, statt sie als Erfolg auszuweisen und in dem eingeschlagenen falschen Weg zu beharren. Jetzt wird das Geleg für die Sonntagsernte sogar als Erfolg der Aktionistenbewegung hingestellt, obwohl es die Nummer bereits lange vor dem Kongress in Bourges beschlossen hatte.

Politische Umschau.

Die Saboter der Junker kennt keine Grenzen. Wie die Agrarier die Gewerkschaft in Bewegung setzen, auf daß sie ihnen neue, größere Quellen des Profits erschleife, so arbeiten sie auch unaufhörlich daran, die Gewerkschaft zu ändern, in denen sie eine Beeinträchtigung ihrer persönlichen Interessen erblicken.

Als das Bürgerliche Gesetzbuch im Reichstag zur Beratung stand und als derzeit die sozialdemokratische Fraktion unter anderem beantragte, eine Bestimmung aufzunehmen, wonach alle Gesetzbuchänderungen in den Einzelbüchern für aufgehoben erklärt werden, da lehnte die Reichstagsmehrheit diesen Antrag ab auch mit der Begründung, daß an dem folgenden Bau des Entwurfes des „B. G.“ Änderungen nicht mehr vorgenommen werden sollten. Mit diesen Beden-

arten ließen sich übrigens auch die Freisinnigen fangen. Namentlich aber kultivierten die Junker diese famose Idee; sie wissen ja, welch treffliches Instrument ihnen die Gefühlsordnung ist zum Niederknüppeln der Landarbeiter und der Landarbeiterinnen.

Nun ist das Bürgerliche Gesetzbuch kaum in Kraft getreten, und schon wählen die Agrarier, daß an ihm einige Veränderungen vorgenommen werden sollen.

Sie haben auch schon einen Antrag zu unterschätzenden Erfolg zu verzeichnen. Die dem Agrarierum allezeit folgende Regierung unterbreitete nämlich dem Reichstage in der letzten Session einen Gesetzentwurf, der die Abänderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorsieht. Dieser Paragraf lautet:

„Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“

Auf Grund dieses Paragrafen sind in den fünf Jahren 1900 bis 1904 in ganz Deutschland 855 Personen von den Landesgerichten und Oberlandesgerichten zu Schadenersatz verurteilt. Nicht mitgezählt sind die kleinen Schäden, die von Amtsgerichten erledigt werden, wo der Schadenersatz also keine 1000 betrug. Will ich ein Tierhalter vor großen Ausgaben bewahren, so kann er sich gegen Haftpflichtversicherungen versichern. Die meisten großen Tierhalter sind auch bei sogenannten Gegenfeitigkeitsversicherungen versichert. Kapitalistische Versicherungsgeellschaften nehmen für die Haftpflichtversicherung von einem Pferd 3 pro Jahr. In den Gegenfeitigkeitsversicherungen ist es erheblich billiger. Die Junker hatten sich nun ausgedenkt, daß sie es noch einige Pfennige billiger haben könnten, wenn sie nicht jeden durch ein Tier zum Krüppel gewordenen Menschen zu entschädigen brauchten. Sie beantragten daher durch unseren Landsmann v. Treuenfels, den Reichstagsabgeordneten des 6. mecklenburgischen Wahlkreises, dem Paragrafen folgenden Zusatz zu geben: „Die Haftpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird und derjenige, welcher das Tier hält, bei dessen Beaufsichtigung die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet, oder wenn der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entfallen sein würde.“

Da der Herr seinem Knecht eingeschärft, er soll gut aufpassen, und wenn dann ein leicht scheues Pferd dennoch durchgeht und Menschen zu Krüppeln stampft, dann sollen die Krüppel weder Anspruch auf Kurkosten noch auf sonst einen Schadenersatz haben! Der Tierhalter hat die nötige Sorgfalt beobachtet! Durch einen Verschuldungsfeld gelang es im vorigen Jahre unseren Genossen im Reichstage, diesem Antrag die Form einer Resolution zu geben, wodurch die direkte Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs verhindert war.

Die Regierung, die sonst die Resolutionen wenig beachtet, wagte aber nicht, eine Resolution, in der die Junker einen Profit von einigen Pfennigen auf Kosten von Krüppeln und Witwen und Waisen fordernden, unbeachtet zu lassen. Schon am 24. Februar hat die Regierungsvorlage, die den Wünschen der Junker Rechnung trug!

Die jetzige Fassung des § 833 ist dem code civil, also jenem vor mehr als 100 Jahren geschaffenen bürgerlichen Gesetzbuch Frankreichs entnommen und in den inländischen Gesetzen seit mehr als 100 Jahren geltendes Recht gewesen. Der soziale Grundgedanke, daß der an Leben und Gesundheit Geschädigte nicht verhungern soll, widerstrebt den Auffassungen unserer Junker und einer Reihe von Zentrumsagrarier und Juristen. Kann man die Agrarier um einige Pfennige bereichern, dann nimmt man selbst dem Krüppel sein Stück Brot. Dieses Streben wird von der Regierung unterstützt. Noch ist die Forderung nicht beschlossen, aber es wird sich dieselbe Mehrheit, die schon so viel zur Verhinderung der Agrarier getan hat, auch hier zusammenfinden. Die Junker gewinnen nur wenige Pfennige, aber die Krüppel verlieren ihre Existenz. Diese Vorlage ist ein drastischer Beweis für die Sozialpolitik des fürstlichen Willens!

Nun hat sich kürzlich auch der „Deutsche Juristentag“ mit jenem Treuenfels-Antrag der Regierung beschäftigt. Er beschloß mit allen gegen sieben Stimmen, gegen das geplante Agrariergesetz zu protestieren. Dem „Deutschen Juristentag“ lagen vor ein paar Gutachten vom Oberlandesgerichtsrat Warnitz-Kiel und vom Professor Dr. Träger-Warburg. Aus der Beratung des „Deutschen Juristentages“ sei folgendes wiedergegeben:

Professor Emmerich-Warburg führte als Referent aus, daß der Gesetzentwurf der Regierung einer Aufhebung des § 833 praktisch gleich komme. Demgegenüber habe sich die Ableitung auf den Standpunkt gestellt, daß der Tierhalter jede Verschädigung eines anderen von seinem Tier zu ersetzen hat, auch wenn ihn selbst kein Verschulden trifft. Diese reine Kaufhaftung erschien insbesondere vielen Landwirten als unbillig. Eine große Mehrheit des Reichstages forderte daher auf Antrag des konservativen Abgeordneten v. Treuenfels die Regierung auf, die Haftbarkeit des Tierhalters für die Fälle aufzuheben, in denen er mit genügender Sorgfalt das Tier hätte bewachen lassen. Der Gesetzentwurf der Regierung vom 24. Februar 1906, der das Verlangen des Reichstages zu erfüllen bestimmt ist, barriert noch in einer Reichstagskommission der Verabschiedung. Die beiden Gutachter des Juristentages protestieren nun mit aller Entschiedenheit gegen diesen ersten Einbruch in das Bürgerliche Gesetzbuch von 1800. Es sei ein alter germanischer Rechtsgrundsatz, daß das Eigentum nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten verleihe. Das einfachste Gebot der Gerechtigkeit verlange, jemanden, der durch das Tier eines anderen zum Krüppel geworden sei, nicht auch noch zum Bettler werden zu lassen. Wer Tiere halte, müsse auch die besondere Tiergefahr tragen, und könne das um so leichter tragen, als die Haftpflichtversicherung niemals aus nur ein Prozent der Unterhaltungskosten des Tieres erreichte. Mag denen, die berufsmäßig die Wartung eines Tieres übernehmen, die Unfallversicherung für den Schaden aufkommen, und mag die Haftpflicht des Tierhalters auch den Personen gegenüber eingeschränkt werden, die auf Grund irgend eines Vertrages sein Tier im eigenen Interesse benutzen: dem großen Publikum gegenüber erhebe die strengste Haftung des Tierhalters voll gerechtfertigt, wie sie sich im französischen Recht seit hundert Jahren bewährt

hat. Sonst ziehe der Tierhalter, nach einem Worte Gierkes, alle Vorteile aus seinem die Mitmenschen gefährdenden Eigentum, ohne selbst irgend ein Risiko zu laufen.

In der Debatte wandten sich Oberlandesgerichtsrat Schneider-Etting, der juristische Berater des Deutschen Landwirtschaftsrats, und Professor Griebner-Riel gegen die Aufrechterhaltung des § 883.

Schneider-Etting wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen den Abänderungs-Gesetzentwurf der Regierung. Die Rechtsprechung sei schon jetzt auf dem richtigen Wege, und habe den ursprünglichen Zweck bereits korrigiert. Auch im Interesse der Gesehe wolle man sich vor der Gelegenheitsgesetzgebung hüten. Jede Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuches im gegenwärtigen Augenblick würde er deshalb tief bedauern, um so mehr, wenn es sich wie hier um einen befallenen und infolgedessen Rückschritt handle. Die Kapitalisten (Kunster) sollen privilegiert werden gegen die Schadensansprüche der nichtbesitzenden Klassen. In den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung würde eine Erbsitzung entstehen, wenn die erste Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch ein Ausnahmefestgesetz gegen die Stall- und Aumstände sein würde. — In seinem Schlusswort erklärte Prof. Enneccerus-Marburg, wenn überhaupt ein Streit über die Aufrechterhaltung des § 883 entstanden sei, so liege das daran, daß die Interessenten eine Organisation und einen Mund besäßen, der mehr als kräftig zu reden wisse. — In der Abstimmung sprach sich der Juristentag mit allen gegen sieben Stimmen für die Aufrechterhaltung des § 883 aus.

In den Kreisen um Kreuzfeld ist man begreiflicherweise von dieser treffenden Charakterisierung der agrarischen Begehrtheit und Selbstsucht nicht angenehm berührt. Das Zentralorgan der Junker, die „Deutsche Tageszeitung“, wirft denn auch in heller Wut dem Professor Enneccerus vor, er habe geredet wie — Stadthagen im Reichstag. Der Vergleich ist nun aber weder für Enneccerus noch für den Geronien Stadthagen eine Schande — eine Schande aber ist es für die bürgerliche Reichstagsmehrheit, daß sie sich dem Juristentag über ihre sozialen Pflichten belehren lassen muß!

Jedenfalls haben wir alle Ursache, dem weiteren Verlauf der Sache unsere volle Aufmerksamkeit zu widmen!

Schließlich sei hier noch wiedergegeben, was zu dieser Sache der „Börsen Zeitung“ aus Nichterzreisen geschrieben wurde. Die Zuschrift lautet:

Der Juristentag betrachtet also die lex Kreuzfeld als ein schändliches Fließwerk. Wir hoffen, daß diese Stimme (des Juristentages) nicht ungehört verhallt, und daß sie allen Bestrebungen auf eine alsbaldige Verrückung des Bürgerlichen Gesetzbuches einen Dämpfer aufsetzt. Schließlich kann es ja bei einer einzelnen Verrückung nicht bleiben, was den Tierhalter recht ist, muß auch den übrigen Interessenten billig sein, die sich durch das neue Recht bedrückt fühlen. Mit Recht hat der Juristentag hervorgehoben, daß eine solche Gelegenheitsgesetzgebung heillos in Unordnung in die Rechtsprechung bringen muß. Das Reichsgericht hat bereits eine ganze Theorie über den § 883 entwickelt, wobei es ihn auch in Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen über die Haftung für unerlaubte Handlungen bringt. Es ist klar, daß eine Gesetzesänderung hier große Verwirrung stiften muß, daß es erst wieder einer Reihe von Jahren bedürfen würde, bis wir wiederum zu einer festen Rechtsprechung kommen würden.

So würde eine Novellengesetzgebung überall störend eingreifen. Sie würde sich nur rechtfertigen lassen, wo es sich um allgemein anerkannte Notstände handelt. Davon ist aber bei der Fassung des Tierhalters nicht die Rede. Denn wenn auf der einen Seite die Agrarier eine Verrückung dieser Haftung wünschen, so ist auf der anderen das Publikum mit der gesetzlichen Regelung ganz zufrieden. Daß dies nicht so sehr zum Ausdruck kommt, liegt eben daran, daß nur der Unzufriedene zu schreiben pflegt, während der Zufriedene sich gewöhnlich in Schweigen hüllt. Schließlich muß man auch anerkennen, daß die Rechtsprechung den stärksten Beschwerden der Tierhalter bereits abgeholfen hat.

Die Berufs- und Betriebszählung, deren Vornahme nach der dem Bundesrat zugegangenen Vorlage für das Jahr 1907 in Aussicht genommen ist, wird die dritte große Erhebung über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Volkes sein. Die erste dieser Erhebungen erfolgte 1882, die zweite 1895. Wohl haben schon Zählungserhebungen über die beruflichen Verhältnisse (mit der Volkszählung von 1871) sowie über die gewerblichen Verhältnisse (1876 und durch den Zollverein 1861 und 1848) stattgefunden, doch lassen diese Erhebungen wegen ihrer Unvollständigkeit und sonstigen Mängel einen Vergleich mit den beiden großen Erhebungen von 1895 und 1882 nicht zu.

Die Vornahme der Berufs- und Betriebszählung, 1895 nicht ganz zureichend Berufs- und Gewerbezählung genannt, geschah in Form einer allgemeinen Volkszählung. In dem der Zählung zu Grunde liegenden Erhebungsformular der Haushaltungsliste sind sämtliche ortsanwesende Personen aufzuführen. Daneben dient die Landwirtschaftsliste zur Erhebung über die landwirtschaftlichen und der Gewerbebogen zur Erhebung über die gewerblichen (und Handels-) Betriebe. Im Gegensatz zu den alle fünf Jahre lediglich auf Anordnung des Bundesrates stattfindenden Volkszählungen wird die Vornahme der Berufs- und Betriebszählungen durch besondere Reichsgesetze verfügt, das unter anderem auch eine Strafbestimmung für wahrheitswidrige Beantwortung oder gänzliche Verweigerung der erfragten Angaben (bisher Strafstrafe bis zu M. 30) enthält. Die für das Jahr 1907 vorgesehene Berufs- und Betriebszählung wird demnach auch den Reichstag noch zu beschäftigen haben und die Vorlage demselben wohl bald nach seinem Aufkommen vorgelegt werden. Da die Kosten der Berufs- und Betriebszählung dem Reiche zur Last fallen, hat der Reichstag auch die Mittel zu bewilligen, die 1895 in einer Höhe von zirka vier Millionen Mark zur Durchführung und Bearbeitung des großen Werkes nötig waren.

Den Ergebnissen der nachfolgenden Erhebung darf man mit großer Spannung entgegensehen. Seit der letzten Zählung von 1895 haben sich große Veränderungen im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes vollzogen. Dem Deutschen Reiche sind seitdem 10 Millionen Bewohner mehr erwachsen (62 Millionen

im Jahre 1895). Die Verteilung dieser vermehrten Bevölkerung nach Berufsklassen zahlenmäßig festzustellen, beansprucht selbstverständlich nicht nur das regste Interesse der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch das der weitesten Kreise des Volkes.

Ungeheure Opfer an Menschenleben verlangt alljährlich der deutsche Bergbau. Als vor Monaten die Schreienstunde aus den Schächten von Courrières zu uns herüberdrang, daß über 1000 Bergleute den Tod gefunden hatten, mögen viele damals gedacht haben: Gott sei Dank! solch ein Massenunglück ist bei uns wohl kaum möglich. Deutschland ist ja das Land der „sozialen Fürsorge“. Das ist sehr naiv gedacht. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß auch bei uns die Zahl der Opfer des Bergbaues eine erschreckend hohe ist. Nach dem letzten ausgegebenen Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft passierten 1905 in den zu ihr gehörigen Betrieben nicht weniger als 1235 tödliche Unfälle. Seit dem Jahre 1886, dem Inkrafttreten des Unfallversicherungs-Gesetzes, hat der deutsche Bergbau 20 731 Tote gefordert. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl gestiegen. 1886/87 waren es 873 Tote, das Jahr 1905 forderte 1235 Tote. Auch die Unfälle insgesamt (ohne tödlichen Verlauf) nehmen andauernd zu. Man vergleiche folgende Zusammenstellung:

Jahr	Angemeldete Unfälle	
	überhaupt	auf 1000 Besch. erte
1886	22497	65,45
1890	28879	72,49
1895	40616	94,93
1900	58471	103,48
1905	81871	126,46

Im Jahre 1886 waren 343.709 Personen gegen Unfall versichert; im Jahre 1905 dagegen 647.458 Personen. Das ist eine Steigerung von 88,97 pSt. Die Zahl der Unfälle ist aber noch stärker gestiegen. Diese Steigerung betrug 98,20 pSt.

Welches sind nun die Unfallursachen? Auch darüber gibt der Bericht Auskunft. Die Unfälle wurden veranlaßt durch:

	1895 pSt.	1905 pSt.
Gefährlichkeit des Betriebes	57,78	68,51
Besondere Mängel des Betriebes	0,90	0,90
Schuld der Mitarbeiter	4,02	3,73
Schuld der Verletzten	37,24	26,86

Hier zeigt sich, daß die durch die Gefährlichkeit des Betriebes an sich verursachten Unfälle sich gewaltig gesteigert haben. Die Schuld der Verletzten beruht häufig genug lediglich darin, daß sie zu stark überarbeitet waren, um die Schutzvorschriften genügend beachten zu können.

Das Verlangen der Bergleute nach besserem Zustand ihres Lebens und ihrer Gesundheit wird durch die Statistik der Knappschaftsberufsgenossenschaft in nachdrücklicher Weise unterstützt. Es muß etwas geschehen, um der Steigerung der Unfallhäufigkeit Einhalt zu tun. Die Gesetzgebung muß eingreifen, Arbeiterkontrollen müssen eingeführt und mit weitgehenden Rechten ausgestattet werden.

Kulis als Lohndrücker in Deutschland. Durch rücksichtslose Ausbeutung und Unterdrückung treiben die Agrarier, die Landwirtschafter des Ostens, die ländliche Arbeiterbevölkerung zu „Schollenflucht“. Um Erfolg zu haben, führen sie polnische, russische, böhmische Proletariat ein. Damit haben sie aber auch schon kein rechtliches Glück mehr. So sind sie denn auf den Gedanken gekommen, österrische Kulis zum „Einschleppen der nationalen Arbeit“ einzuführen. Die landwirtschaftlichen Vereine Westpreußens beabsichtigen, im Hinblick auf die Leuten auf dem Lande“ an die westpreussische Landwirtschaftskammer die Bitte zu richten, gemeinsam mit den anderen Landwirtschaftskammern Preußens bei der Staatsregierung „in dringender Weise“ dahin vorzuschieben zu werden, auf bestimmte Zeiträume die Einfuhr von Chinesen gegenwärtig Verwendung für landwirtschaftlichen Arbeiten zu veranlassen. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß die preussische Staatsregierung diesem Wunsch nachkommen werde. Man vertritt sich namentlich von der Rede des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen in Königsberg, der bekanntlich die Landarbeit als „ganz fürchterlich“ bezeichnete, die beste Unterstützung für diese Bestrebungen.

Die Agrarier haben schon vor dreißig Jahren mit der Kuli-Einfuhr gedroht. Sollten sie jetzt versuchen, diese Drohung auszuführen, so wird die Sozialdemokratie die äußersten Anstrengungen machen, ein verhängendes Eingreifen der Gesetzgebung zu erreichen.

Städtische Betriebe — Musterbetriebe? Sie sollten Musterbetriebe sein! Unzählige Male ist das gesagt worden. Aber in Wirklichkeit sind sie es nicht. Einen Beweis dafür bringt die Berliner Volks-Ztg. aus Berlin: 1000 Arbeiter der privaten englischen Gasanstalt drängen auf den Abschluß eines, was bekommen sie zu hören von der Direktion? „Der Abschlußvertrag ist durchaus gut, er habe sich in England und anderwärts trefflich bewährt, und er sei wohl auch für die Verhältnisse der Berliner Gasanstalten annehmbar. Aber, bevor nicht die Kommune Berlin unter anderen Bedingungen arbeiten lasse, könne die private Gesellschaft auch nichts tun.“ Also ward der städtische Betrieb zum „Muster“, zum Muster allerdings nicht in dem Sinne, in dem man das Wort gerne hört.

Wie sieht's aus unter den städtischen Arbeitern? Genau so, wie es aussieht unter allen Leuten, die ihren Broterwerb inorganisiert gegenüberstellen. So etwas wie Antieigenförmigkeit hat bisher die Arbeiter der einzelnen Betriebszweige auseinander gehalten. Man blieb zerstückelt, führte wohl hier und da einen Schlag aus, aber es war meistens ein Schlag ins Wasser. Man setzte nichts durch, weil man schwach war in der Einigkeit, nicht stark in der Masse. Man beschwerte sich in einzelnen Gruppen und wurde herablassend getöschelt. In Wahrheit haben

die Berliner städtischen Arbeiter noch nicht einmal Vertretungen mit so unbedingt nötigen Befugnissen, wie die der freien Vorkommenswahl. Es ist eine nicht zu übersehende Tatsache, daß sich unter den Gasarbeitern jahrelang keiner in den Arbeiterausschuß wählen lassen wollte, weil dieser so zersplittert, Mißstände zu rügen in Gegenwart des Betriebsleiters, der sie verurteilen hatte; denn der Betriebsleiter ist laut Satzung Vorkämpfer des Ausschusses. Eine Vorkehrung aber, daß Ausschussmitglieder nur mit Genehmigung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung entsandt werden dürfen, existiert nicht. Der „Unzufriedene“ darf also wegen der Neuerung seiner Hebung glattweg vor die Tür gesetzt werden. Und das in „Musterbetrieben“!

Die katholischen Arbeiter werden dem Zentrum immer ungewisser. Wie einem Bericht des Kreisverbandes des Zentrumorgans der „Niederrhein. Volks-Ztg.“ zu entnehmen ist, hat der Vorsteher des katholischen Zentralverbandes im Bezirk Greif, Jakob Reich, gestern in einer Versammlung geäußert: Bei den nächsten Reichstags- und Landtagswahlen müßten den katholischen Arbeitern eine entsprechende Zahl von Mandaten eingeräumt werden. Sie hätten jetzt im Reichstag nur einen Vertreter. Wenn die Partei dieses Verlangen nicht erfülle, würden die Arbeiter andere Seiten aufsuchen.

Ein christliches Entgegenkommen von Seiten der Zentrums-Perten haben die katholischen Arbeiter nicht zu erwarten. Man wird sie zu beschuldigen und abzuschreiben versuchen. Es wird ihnen rücheltlich ihre Interessen schon nichts anderes übrig bleiben, als sich für die Wahrung und Förderung dieser Interessen solidarisch mit der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, zu erklären.

Gewerliche Jurisprudenz von Unternehmerterrorismus — das lautet an die ein Wunder. Aber das Wunder hat sich wirklich ereignet.

Wegen der Verhängung der Generalaussetzung über die organisierten Breslauer Metallarbeiter hat das Oberlandesgericht der Provinz Schlesien entschieden, daß gegen die Direktoren des Verbandes der Industriellen, Gasenapp und Neumann, auf Grund des bekannten § 153 der Gewerbeordnung strafrechtlich einzuschreiten ist, da die Beschuldigten „hinreichend verdächtig erscheinen, anbere durch Drohungen zu verhindern versucht zu haben, an einer Verabredung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen“. In der Begründung zu diesem weittragenden Bescheid weist das Oberlandesgericht darauf hin, daß der § 153 der Gewerbeordnung in allen Fällen Anwendung zu finden habe, in denen im gewerblichen Leben ein unzulässiger Zwang auf die Willensentscheidung einer anderen ausgeübt werde. Die Absicht der beiden Beschuldigten geht nun unzweifelhaft dahin, durch ihre Anführung, die von den Arbeitern als Liebel angenommen werden mußte, in unzulässiger Weise auf diese einzuwirken. Die Veranlassung, daß eine Generalaussetzung in Kraft treten würde, wenn die streikenden Forner und Gießer die Arbeit nicht wieder aufnehmen, beschränkt diese in ihrer freien Willensbestimmung und verschlechtert ihre Lage. Denn einerseits konnten sie von den Ausgeperrten die ihnen sonst sicher zu teil gewordene finanzielle Unterstützung in der Kampfzeit nicht mehr erwarten, andererseits wurden sie überhaupt durch die Ausperrung beeinträchtigt, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, was im Interesse der Beschuligten lag.

Auf den Ausgang dieses Prozesses darf man gespannt sein.

Bodenwucher. Zu den zahllosen Beispielen von gemein-schäftlichem Bodenwucher in der Berliner Bauwelt ist wieder ein neues gekommen. Im Jahre 1903 war das Terrain für die Rennbahn bei Zeitzkau zum Preise von M. 880.000 erworben worden. Nunmehr hat eine Gesellschaft dieselbe an sich ganz minderwertige Bodenfläche für M. 1.800.000 erworben, um sie in Parzellen aufzuteilen. Haben sich die Eigentümer der Rennbahn bei dem Verkauf des Terrains einen mäßigen Gewinn von mehr als 100 pSt. erzielt, so mag die Rechnung der „Deutschen Tageszeitung“ stimmen, daß der gesamte Verkaufspreis für die neuen Baugrundstücke gegenüber dem jetzt gekauften Marktpreise eine noch wesentlich stärkere Steigerung aufweisen wird. Dem Bodenwucher werden ganz natürlich Aufspekulation und Aufschwindel sich verbinden, denen dann der Mietswucher folgt. Ein unheilvolles System, dem diejenigen tributpflichtig sind, die für Wohnungen und Geschäftsräume in den neu entstehenden Mietskasernen eroberte Räume zahlen müssen.

Kapitalistisches Sammelvermögen. Nach einer vom Berliner „Vörsen-Courier“ gebrachten Zusammenstellung erzielten die 45 deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften im Jahre 1905 eine Gesamtprämien- und Zinsvermehrung von M. 649.000.000 gegen M. 611.000.000 im Vorjahre. Das Vermögen der Gesellschaften wuchs von M. 3.388.000.000 auf M. 3.837.000.000 und der Gesamtbesitz von M. 101.000.000 auf M. 107.000.000. An erster Stelle mit allen Ziffern steht die „Viktoria“, die allein einen Heberisch von M. 2.460.000 verzeichnet. Es folgt die Gothaer Lebensversicherungs-Gesellschaft mit M. 960.000 Heberisch, dann reißt sich an die „Germania“ mit M. 670.000. Sämtliche Gesellschaften hatten Ende 1905 einen Bestand von 2.338.871 Policen mit M. 8.308.982.494 Versicherungssumme. Größeres Interesse beanspruchen die gezeichneten Versicherungen. Im Jahre 1905 belief sich der Abgang durch Eintritt des Versicherungsfalles, das heißt infolge Ablebens des Versicherten oder Ablauf der auf Zeit abgeschlossenen Versicherungen auf M. 160.879.089, während durch vorzeitigen Rückkauf, Reduktion der Versicherungssumme und Verfall der Policen M. 174.959.567 in Abgang kamen.

Die ungeheuren Profite dieser Gesellschaften sind in der Hauptsache auf ein förmliches System der Ausbeutung, dem die Versicherten unterworfen werden, zurückzuführen. Zurecht weist der „Vorwärts“ darauf hin, daß, wie überall, so auch auf dem Gebiete der Versicherungen die Vermögen der Armen am schlimmsten ausgebeutet werden. Was von den aus Unkenntnis geschlossenen Versicherungen gesagt ist, gilt ganz besonders für die Volksversicherungen. Auf diesem Felde wird

schafstages, sondern eine Tagung des Verbandes der Arbeitsschön (Gewerkschaftsfortschritt) ist, so hat der Kongress eigentlich nur die Tage verhandelt. In diesen Tagen wurde mit Ernst und Fleiß gearbeitet. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete die Debatte über den Antrag der Textilarbeiter, daß Beziehungen zwischen der Konföderation und der sozialistischen Partei hergestellt werden sollen. Die Debatte dauerte vierzig Stunden und geklärt wurde die große Sachlage aus. Die verschiedensten „Minderheiten“, die noch unklar in der französischen Arbeiterbewegung durcheinandergab, kamen zum Vort. Renard, Sekretär der Textilarbeiter, der gemäßigten Gewerkschaftler und revolutionäre Sozialist, begründete den Antrag. Seine Rede machte einen großen Eindruck auf die verschiedensten Antiparlamentaristen. Überhaupt zeichnete sich der Kongress von Amiens dadurch aus, daß man einander nicht zu bekämpfen und herunterzureden, sondern zu überzeugen suchte. Renard wies vor allem auf den Widerspruch der Gewerkschaftler hin, die den Antrag bekämpften, weil innerhalb der Gewerkschaften keine Politik getrieben werden solle, gleichzeitig aber den Antiparlamentarismus und den Antiparlamentarismus predigten und das Sonntagsruhegesetz als einen Erfolg der Konföderation priesen. Er verlangte bei allen Aktionen, wo das Interesse der gewerkschaftlichen und politischen Vertretung der Arbeiterklasse zusammenlaufe, eine Verständigung, die ja jetzt schon erfolge, indem man zu sozialistischen Abgeordneten gehe und ihre Intervention verlange. Es sprachen der Sozialist und gemäßigten Gewerkschaftler Reiter, Sekretär des Bucharbeiterverbandes, der verlangte, daß die Gewerkschaft sich auf die Vertretung der Berufsinteressen beschränken soll. Goupal, Sekretär des Maschinenbauverbandes, der eine Mittelstellung zwischen Renard und Reiter einnahm, Niel, Sekretär der Arbeitsschön von Montreuil, einer der fähigsten Köpfe der französischen Gewerkschaftsbewegung, der im revolutionären Lager steht, aber von den Anarchisten abgelehnt ist. Niel vertritt den Standpunkt strikter Neutralität, aber einer revolutionären Neutralität. Die Gewerkschaften sollen mit allen Mitteln die volle Vertretung der Arbeiterklasse erlangen und daneben die politische Organisation fördern. Er sprach gegen ein Bündnis und gegen die Anarchisten, welche und Weirum vom Metallarbeiterverband haben angefangen auf dem gleichen Standpunkt, doch wenden sie sich nur gegen die Sozialisten. Sie sind Antiparlamentaristen und vertreten das revolutionäre Antiparlamentarismus. Die Anarchisten gingen der Debatte ziemlich aus dem Wege. Von ihnen sprach Brouhaud, Vergewaltiger. Zum Schluss sprach Griffuelles, Sekretär der Konföderation, dem das Publikum gelang, alle Meinungen unter den Hut einer Resolution zu bringen. Er sprach über die Bedeutung, die hier im Wortlaut wiedergegeben. Hier ist sie:

„Der Gewerkschaftskongress von Amiens bestätigt den konstitutiven Artikel 2 der Konföderation, lautet: Die Konföderation vertritt außerhalb jeder politischen Schule alle Arbeiter die sich des Kampfes zur Vertretung des Lohnkämpfers und des Unternehmertums bemächtigt sind.“ Der Kongress betrachtet diese Erklärung als eine Anerkennung des Klassenkampfes, der auf wirtschaftlichem Gebiet die sich empörenden Arbeiter jeder Form der Ausbeutung in materieller wie moralischer Beziehung, die von der kapitalistischen Klasse gegen die Arbeiterklasse ausgeht, wird, gegenübergestellt. Der Kongress präzisiert diese Erklärung durch folgende Punkte: Die Gewerkschaft erteilt die Verbesserung der Lage der Arbeiter durch die Vertretung ihrer Handlungen, durch die Erbringung sofortiger Verbesserungen, wie die Verringerung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne usw. Diese Tätigkeit ist aber nur eine Seite des Gewerkschaftswesens, die die vollständige Vertretung, die nur durch die kapitalistische Einseitigkeit verwirklicht werden kann, vorbereitet. Als Aktionsmittel empfiehlt der Kongress den Generalstreik und rät, daß die Gewerkschaft, heute eine Vereinigung des Widerstandes, in der Zukunft eine Vereinigung der Erzeugung und Verteilung, Basis der gewerkschaftlichen Organisation sein wird. Der Kongress erklärt, daß diese doppelte Tätigkeit des Tages und der Zukunft aus der Situation der Lohnarbeiter entspringt, die auf die Arbeiterklasse drückt und es allen Arbeitern zur Pflicht macht, welches auch ihre politische oder philosophische Meinung ist, der notwendigen Vereinigung die die Gewerkschaft ist, anzugehören. Der Kongress erklärt als Konsequenz die volle individuelle Freiheit der Organisierten an der ihrer politischen oder philosophischen Auffassung entsprechenden Form des Kampfes außerhalb ihrer Gewerkschaft teilzunehmen, indem er sich darauf beschränkt, von ihnen zu verlangen, die Meinungen, die sie außerhalb vertreten, in die Gewerkschaften nicht hineinzutragen. Was die Organisationen betrifft, erklärt der Kongress, daß die wirtschaftliche Aktion, damit die Gewerkschaft das Maximum ihrer Wirkung erziele, direkt gegen das Unternehmertum ausgeübt werden muß. Die angeschlossenen Organisationen haben als gewerkschaftliche Vereinigungen sich nicht mit Seiten und Parteien vorauszusetzen, die außerhalb und daneben in voller Freiheit die soziale Umgestaltung erstreben können.“

Auf eine Anfrage, erklärte Griffuelles, daß die Organisationen autonom sein und das Recht haben, zeitweilig und vorübergehend mit einer politischen Partei in Verbindung zu treten. Nachdem noch Sufferand namens der Bucharbeiter ihre Referate betreffend des Generalstreiks ausgedrückt hatte, wurde die Resolution, mit 824 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Abschwärzung aus dem anarchischen Lager wird noch augenfälliger, wenn man den Beschluß betriff. Fortsetzung der Antiparlamentarbewegung danken heißt. Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete bekanntlich: Fortsetzung der Antiparlamentarbewegung. Nachdem der Kongress beschlossen hatte, im Prinzip für den Antiparlamentarismus einzutreten, wurde die Fortsetzung des Satzes, von dem ab der Antiparlamentarismus praktiziert werden soll, dem Komitee der Konföderation überlassen, das zuvor die Verhandlungsvorstände zu befragen hatte. Das bedeutete schon einen verächtlichen Akt, von der unsinnigen Taktik, alle Organisationen an einem Tag in einen topflosen Streik zu legen. Die Kommission für den Antiparlamentarismus drückte offen mit der seit Bourges geübten Taktik. Sie empfahl, den 1. Mai als Anknüpfung zu feiern, um für den Antiparlamentarismus zu demonstrieren und im übrigen jeder Organisation selbständig zu überlassen, die Vertretung der Arbeitsschön anzunehmen.

Diese beiden Beschlüsse, die dem Kongress seine Bedeutung verleihen, zeigen das Einklinken in eine methodische Gewerkschaftstaktik an, die zur Waffe harte Kampfesorganisationen hat. Zu betonen ist dagegen der Beschluß betreffend der internationalen Beziehungen. Nach einer eingehenden Diskussion, die hauptsächlich in einer Kritik des internationalen Bureaus gipfelte, wurde eine

Resolution betreffend angenommen, die die momentane Unterbrechung der internationalen Beziehungen billigt und das Komitee auffordert, diese Beziehungen wieder aufzunehmen. Bourges brachte hierzu folgendes Amendement ein, das mit der Resolution angenommen wurde: „Soll das internationale Sekretariat sich dazu weigern sollte (den Antiparlamentarismus, den Generalstreik und den Antiparlamentarismus auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz zu legen), indem es sich hinter dem Beschluß von Amiens dementsprechend, dessen Annulierung es auf der nächsten Konferenz nicht beabsichtigt, wird das Komitee der Konföderation aufgefordert, in direkte Beziehung mit den Landeszentralen zu treten und über das internationale Bureau hinwegzugehen.“ Der Beschluß hat ja ohnehin weiter keine traglichen Konsequenzen, denn die Landeszentralen werden mit oder ohne das internationale Sekretariat allein wissen, was sie zu tun haben. Nach der vorausgegangenen Diskussion plant man jedoch nichts weniger, als die Gründung einer neuen Gewerkschaftszentrale, indem man sich mit den in jedem Lande existierenden Häuptern anarchischer oder anarcho-sozialistischer Organisationsgruppen in direkte Verbindung setzt. Bedauerlich ist, daß die Repräsentanten der französischen Organisationen, denen im allgemeinen jede Kenntnis und jedes Verständnis über die Bedingungen und Verhältnisse anderer Länder fehlt, sich von Bourges wieder wie 1904 betreffend des Antiparlamentarismus auf einen Abweg führen ließen. Die französischen Organisationen, oder richtiger gesagt, deren Leitung, will den anderen Landesorganisationen ihren Willen aufzwingen; sie wird sich dabei noch weniger Vorbehalten als mit der geleisteten „Erklärung des Antiparlamentarismus“ haben.

Unter den angenommenen Anträgen rief der betreffende Antiparlamentarismus einen großen Sturm hervor. Die antimilitaristische Propaganda hat in Frankreich ihre Wirkung in der Verwendung von Militär bei Streiks. Da nun das französische Proletariat, soweit es Klassenbewußtsein besitzt, ebenso wie das deutsche, überreichlich ist. Die Kriege und Kriegsgewalt verurteilt, macht man von der Möglichkeit Gebrauch, prinzipiell antimilitaristische Propaganda zu treiben. Es wäre allerdings eine andere Frage, ob dies Aufgabe der Gewerkschaften ist. Die mit seiner Mehrheit bei großer Stimmhaltung angenommene Resolution macht in ihrem Schlußsatz, heilige Ausfälle auf die „Streber und Wackelher aller Klassen und politischen Richtungen“. Sie stammt von Dicotier, der die antimilitaristische Propaganda als sein Stiefkind ansieht.

Im allgemeinen kann man sich über das Ergebnis des Kongresses freuen. Zwar lassen die Beschlüsse durchaus noch sehr viel zu wünschen übrig, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie stark sind und bei voller Autonomie Hand in Hand mit der Partei arbeiten. Aber die Fehler, die die Partei in einer fünfzehnjährigen Vergangenheit gemacht hat, lassen sich nicht ohne weiteres ausbügeln. Ein vielversprechender Anfang ist da, der Kongress von Amiens bedeutet den ersten Schritt.

Anschließend hieran sei noch einiges mitgeteilt aus dem gedruckt vorliegenden Bericht der Konföderation über die abgelaufene zwanzigjährige Periode. Die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften liegt von 58 auf 61. Drei Verbände, der Verband der Korrektoren, der Schuhmacher und der Kupferarbeiter, vereinigten sich mit verwandten Berufsverbänden und der Verband der Köche wurde ausgeschlossen. Zehn Verbände schlossen sich neu an, wovon einer bereits der Konföderation angehört hatte, vier schon längere Zeit bestanden und sieben neu gegründet wurden. Außerdem schlossen sich acht Einzelgewerkschaften an, für die ein Verband nicht besteht. Die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften beträgt nach den gezahlten Beiträgen 203 273 gegen 158 000 am 31. Mai 1904. Die wirkliche Mitgliederzahl dürfte jedoch wesentlich höher sein, da einerseits die Hochrechnungen der Zentralbeiträge nicht voll abließen oder andererseits die gezahlten Beiträge geringfügig sind, nicht in Betracht kommen; und andererseits zahlen viele Föderationen ihre Föderationsbeiträge nicht voll, da die niedrigen Zentralbeiträge zur Deckung der Ausgaben nicht reichen. So ist die Zahl der Textilarbeiter nach den gezahlten Beiträgen auf 10 000 angegeben, während ihre wirkliche Zahl mehr als das Doppelte beträgt. Ebenso der Verband der Maurer, der mit 3000 verzeichnet ist, während nach den Angaben des Sekretärs die Mitgliederzahl 6800 beträgt. Andererseits gibt es wieder Verbände, deren gezahlte Beiträge fast nach den wirklichen Mitgliederzahlen rüden (wie der Verband der Bauarbeiter mit 4800 Mitgliedern) oder nur wenig unter ihrem wirklichen Mitgliederstand zurückbleiben, wie der Verband der Metallarbeiter mit 14 000 Mitgliedern, dessen wirkliche Mitgliederzahl um 2000 bis 2500 höher ist. Im ganzen kann man die wirkliche Mitgliederzahl auf 40 bis 50 pzt. höher rechnen, so daß etwa 280 000 bis 300 000 Arbeiter in den der Konföderation angeschlossenen Gewerkschaften organisiert sein dürften. Aus dem Bericht ist das Verhalten, die „Antiparlamentarbewegung“ vom 1. Mai nur als eine geplante Demonstration für die Vertretung der Arbeitszeit hinstellen, hervorzuheben. Es ist begreiflich, daß man nach dem Zusammenbruch der Bewegung betriebs ist, diese anzunehmen, nur stimuli die Deutung weiter mit dem Sinn noch mit dem Wortlaut der Reden und Beschlüssen des Kongresses von Bourges überein. Dieser ist es, nach unserer Auffassung, eine Niederlage eingeleitet und aus ihr zu lernen, statt sie als Erfolg auszuwachen und in dem eingeschlagenen falschen Weg zu beharren. Jetzt wird das Geleit die Sonntagstrübe sogar als Erfolg der Antiparlamentarbewegung betrachtet, obwohl es die Kammer bereits lange vor dem Kongress in Bourges beschlossen hatte.

Politische Umschau.

Die Gabler der Junter kennt seine Grenzen. Wie die Agrarier die Gefeggebung in Bewegung setzen, auf daß sie ihnen neue, größere Quellen des Profits erschließe, so arbeiten sie auch unaufhörlich daran, die Gefegge zu ändern, in denen sie eine Beirachtung ihrer persönlichen Interessen erblicken.

Als das Bürgerliche Gefegbuch im Reichstag zur Beratung fand und als derzeit die sozialdemokratische Fraktion unter anderem beantragte, eine Bestimmung aufzunehmen, wonach alle Gefeggebungen in den Eingeländern für aufgehoben erklärt werden, da lehnte die Reichstagsmehrheit diesen Antrag ab auch mit der Begründung, daß an dem stolzen Bau des Entwurfes des „B. G.“ Änderungen nicht mehr vorgenommen werden sollten. Mit diesen Redens-

arten fügen sich übrigens auch die Freisinnigen ein. Namentlich aber kultivierten die Junter diese famose Idee; sie wissen ja, wie treffliches Instrument ihnen die Gefeggebungen ist zum Niederrücken der Landarbeiter und der Landarbeiterrinnen.

Nun ist das Bürgerliche Gefegbuch kaum in Kraft getreten, und schon wählen die Agrarier, daß an ihm einige Veränderungen vorgenommen werden sollen.

Sie haben auch schon einen nicht zu unterschätzenden Erfolg zu verzeichnen. Die dem Agrarierum allezeit folgende Regierung unterbreitet nämlich dem Reichstage in der letzten Session einen Gesetzentwurf, der die Abänderung des § 833 des Bürgerlichen Gefegbuchs vorzieht. Dieser Paragraf lautet:

„Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“

Auf Grund dieses Paragrafen sind in den fünf Jahren 1900 bis 1904 in ganz Deutschland 855 Personen von den Landgerichten und Oberlandesgerichten zu Schadenersatz verurteilt. Nicht mitgezählt sind die kleinen Schäden, die von Amtsgerichten erledigt wurden, wo der Schadenersatz also keine 1000 betrug. Will sich ein Tierhalter vor großen Ausgaben bewahren, so kann er sich gegen Haftpflichtversicherungen versichern. Die meisten großen Tierhalter sind auch bei sogenannten Gegenseitigkeitsversicherungen versichert. Kapitalistische Versicherungsgesellschaften nehmen für die Haftpflichtversicherung von einem Pferd 8 pzt. Jahr. In den Gegenseitigkeitsversicherungen ist es erheblich billiger. Die Junter hatten sich nun ausgerechnet, daß sie es noch einige Fennige billiger haben könnten, wenn sie nicht jeden durch ein Tier zum Krüppel gewordenen Menschen zu entschädigen bräuten. Sie beantragten daher durch unseren Landmann v. Treuenfels, den Reichstagsabgeordneten des 6. mecklenburgischen Wahlkreises, dem Paragrafen folgenden Zusatz zu geben: „Die Haftpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird und derjenige, welcher das Tier hält, bei dessen Beaufsichtigung die im Verleth erforderliche Sorgfalt beobachtet, oder wenn der Schaden auch bei Anpandung dieser Sorgfalt entfallen sein würde.“

Da der Herr seinen Ansat einseigt, er soll aufpassen, und wenn dann ein leicht schmeckendes Pferd dennoch durchgeht und Menschen zu Krüppeln macht, dann sollen die Krüppel weder Anspruch auf Kosten noch auf sonst einen Schadenersatz haben! Der Tierhalter hat die nötige Sorgfalt beobachtet! Durch einen Gefeggebungsentscheid gelang es im vorigen Jahre unseren Genossen im Reichstag, diesem Antrag die Form einer Resolution zu geben, wodurch die direkte Veränderung des Bürgerlichen Gefegbuchs verhindert war.

Die Regierung, die sonst die Resolutionen wenig beachtet, wagte aber nicht, eine Resolution, in der die Junter einen Profit von wenigen Fennigen auf Kosten von Krüppeln und Witwen und Waisen forderten, unbeachtet zu lassen. Schon am 24. Februar kam die Regierungsvorlage, die den Wünschen der Junter Rechnung trug!

Die jetzige Fassung des § 833 ist dem code civil, also jenem vor mehr als 100 Jahren geschaffenen bürgerlichen Gefegbuch Frankreichs entnommen und in den linksrheinischen Bezirken seit mehr als 100 Jahren geltendes Recht gewesen. Der soziale Grundgedanke, daß der an Leben und Gesundheit Beschädigte nicht verunglückt soll, sondern die Aufzucht unserer Junter und einer Reihe von Zentrumsagrarier und Juristen. Kann man die Agrarier um einige Fennige bereichern, dann nimmt man selbst dem Krüppel sein Stück Brot. Dieses Streben wird von der Regierung unterstützt. Noch ist die Veränderung nicht beschlossen, aber es wird sich dieselbe Mehrheit, die schon so viel zur Bereicherung der Agrarier getan hat, auch hier zusammenfinden. Die Junter gewinnen nur wenige Fennige, aber die Krüppel verlieren ihre Existenz. Diese Vorlage ist ein drastischer Beweis für die Sozialpolitik des künftigen Wilhelms!

Nun hat sich fällig auch der „Deutsche Juristentag“ mit jenem Treuenfels-Antrag der Regierung beschäftigt. Er beschloß mit allen gegen sieben Stimmen, gegen das geplante Agrariergesetz zu protestieren. Dem „Deutschen Juristentag“ lagen vor ein paar Gutachten vom Oberlandesgerichtsrat Warmbüchel und vom Professor Dr. Träger-Warburg. Aus der Beratung des „Deutschen Juristentages“ sei folgendes wiedergegeben:

Professor Enneccerus-Warburg führte als Referent aus, daß der Gesetzentwurf der Regierung einer Aufhebung des § 833 praktisch gleich komme. Demgegenüber habe sich die Abweisung auf den Standpunkt gestellt, daß der Tierhalter jede Beschädigung eines anderen von seinem Tier zu ersetzen hat, auch wenn ihm selbst kein Verstoß zutrifft. Diese reine Kausalhaftung erhebt insbesondere vielen Landwirten als unbillige Härte. Eine große Mehrheit des Reichstages forderte daher auf Antrag des konserverativen Abgeordneten v. Treuenfels die Regierung auf, die Haftbarkeit des Tierhalters für die Fälle aufzuheben, in denen er mit genügender Sorgfalt das Tier hätte bewachen lassen. Der Gesetzentwurf der Regierung vom 24. Februar 1906, der das Verlangen des Reichstages zu erfüllen bestimmt ist, hat in einer Reichstagskommission der Verabschiedung. Die beiden Gutachter des Juristentages protestieren nun mit aller Entschiedenheit gegen diesen ersten Eindruck in das Bürgerliche Gefegbuch von 1900. Es sei ein alter germanischer Rechtsgrundsatz, daß das Eigentum nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten verleihe. Das einfachste Gebot der Gerechtigkeit verlangt, jemanden, der durch das Tier eines anderen zum Krüppel geworden sei, nicht auch noch zum Bettler werden zu lassen. Wer Tiere halte, müsse die besondere Tiergefahr tragen, und könne das um so leichter tragen, als die Haftpflichtversicherung niemals auch nur ein Prozent der Unterhaltungskosten des Tieres erreicht. Mag denen, die berufsmäßig die Wartung eines Tieres übernehmen, die Unfallversicherung für den Schaden aufkommen, und mag die Haftpflicht des Tierhalters auch den Personen gegenüber eingeschränkt werden, die auf Grund irgend eines Vertrages sein Tier im eigenen Interesse benutzen: dem großen Publikum gegenüber erscheint die strengste Haftung des Tierhalters voll gerechtfertigt, wie sie sich im französischen Recht seit hundert Jahren bewährt

hat. Somit gäbe der Tierhalter, nach einem Worte Gierles, alle Vorteile aus seinem die Mitmenschen gefährdenden Eigentum, ohne selbst irgend ein Risiko zu laufen.

In der Debatte wandten sich Oberlandesgerichtsrat Schneider-Stettin, der juristische Berater des Deutschen Landwirtschaftsrats, und Professor Griener-Kiel gegen die Aufrechterhaltung des § 833.

Scheint Gierles-Berlin wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen den Abänderungs-Vorschlag der Regierung. Die Rechtsprechung sei schon jetzt auf dem richtigen Wege und habe den ursprünglichen Zweck bereits korrigiert. Auch im Interesse der Gesehe müsse man sich vor der Gelegenheitsgesetzgebung hüten. Jede Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs im gegenwärtigen Augenblick würde er deshalb tief bedauern, um so mehr, wenn es sich wie hier um einen beklagenswerten unsozialen Rückschritt handelte. Die Kapitalisten (Zunfer) sollen privilegiert werden gegen die Schadenersprüche der nichtbesitzenden Klassen. In den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung würde eine Erbitterung entstehen, wenn die erste Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch ein Ausnahmestück gegen die Stallknechte und Kuhmädchen sein würde. — In seinem Schlusswort erklärt Prof. Ennecerus-Warburg, wenn überhaupt ein Streit über die Aufrechterhaltung des § 833 entständen sei, so liege, das daran, daß die Interessenten eine Organisation und einen Mund befänden, der mehr als kräftig zu reden wisse. — In der Abstimmung sprach sich der Juristentag mit allen gegen sieben Stimmen für die Aufrechterhaltung des § 833 aus.

In den Kreisen um Treuenfels ist man begreiflicherweise von dieser treffenden Charakterisierung der agrarischen Begehrlichkeit und Selbstsucht nicht angenehm berührt. Das Zentralorgan der Junfer, die „Deutsche Tageszeitung“, wirft denn auch in heller Mut dem Professor Ennecerus vor, er habe geradezu wie — Stadthagen im Reichstag. Der Vergleich ist nun aber weder für Ennecerus noch für den Genossen Stadthagen eine Schande — eine Schande aber ist es für die bürgerliche Reichstagsmehrheit, daß sie sich vom Juristentag über ihre sozialen Pflichten belehren lassen muß!

Jedenfalls haben wir alle Ursache, dem weiteren Verlauf der Sache unsere volle Aufmerksamkeit zu widmen! Schließlich ist hier noch wiederzugeben, was zu dieser Sache der „Börsen Zeitung“ aus Richterkreisen geschrieben wurde. Die Aufschrift lautet:

Der Juristentag betrachtet also die lex Treuenfels als ein schädliches Mißwerk. Wir hoffen, daß diese Stimme (des Juristentages) nicht ungehört verhallt, und daß sie allen Verfehlungen auf eine abschließende Beseitigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs einen Dämpfer aufsetzt. Schließlich kann es ja bei einer einzelnen Veränderung nicht bleiben, was den Tierhalter recht ist, muß auch den übrigen Interessenten billig sein, die sich durch das neue Recht bedrückt fühlen. Mit Recht hat der Juristentag hervorgehoben, daß eine solche Gelegenheitsgesetzgebung beifollose Anordnung in die Rechtsprechung bringen muß. Das Reichsgericht hat bereits eine ganze Theorie über den § 833 entwickelt, wobei es ihn auch in Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen über die Haftung für unerlaubte Handlungen bringt. Es ist klar, daß eine Gesetzesänderung hier große Verwirrung schaffen würde, daß es erst wieder einer Reihe von Jahren bedürfen würde, bis wir wiederum zu einer festen Rechtsprechung kommen würden.

So würde eine Novellengesetzgebung überall störend eingreifen. Sie würde sich nur rechtfertigen lassen, wo es sich um allgemein anerkannte Notstände handelt. Davon ist aber bei der Haftung des Tierhalters nicht die Rede. Denn wenn auf der einen Seite die Agrarier eine Veränderung dieser Haftung wünschen, so ist auf der anderen das Publikum mit der gesetzlichen Regelung ganz zufrieden. Daß dies nicht so sehr zum Ausdruck kommt, liegt eben daran, daß nur der Unzufriedene zu schweigen pflegt, während der Zufriedene sich gewöhnlich in Schweigen hüllt. Schließlich muß man auch anerkennen, daß die Rechtsprechung den stärksten Beschwerden der Tierhalter bereits abgeholfen hat.

Die Verurs- und Betriebszählung, deren Vornahme nach der vom Bundesrat zugegangenen Vorlage für das Jahr 1907 in Aussicht genommen ist, wird die dritte große Erhebung über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Volkes sein. Die erste dieser Erhebungen erfolgte 1882, die zweite 1895. Wohl haben schon Zählungen über die beruflichen Verhältnisse (mit der Volkszählung von 1871) sowie über die gewerblichen Verhältnisse (1875 und durch den Zollverein 1881 und 1884) stattgefunden, doch lassen diese Erhebungen wegen ihrer Unvollständigkeit und sonstigen Mängel einen Vergleich mit den beiden großen Erhebungen von 1895 und 1882 nicht zu.

Die Vornahme der Verurs- und Betriebszählung, 1895 nicht ganz zutreffend Verurs- und Gewerbe zählung genannt, geschieht in Form einer allgemeinen Volkszählung. In dem der Zählung zu Grunde liegenden Erhebungsformulare der Haushaltungsliste sind sämtliche ortsanwesende Personen aufzuführen. Daneben dient die Landwirtschaftsliste zur Erhebung über die landwirtschaftlichen und der Gewerbebogen zur Erhebung über die gewerblichen (und Handels-) Betriebe. Im Gegenpaß zu dem alle fünf Jahre lediglich auf Anordnung des Bundesrates stattfindenden Volkszählungen wird die Vornahme der Verurs- und Betriebszählungen durch besondere Reichsgesetze verfügt, das unter anderem auch eine Strafbestimmung für währungsbrüchige Beantwortung oder gänzliche Verweigerung der erfragten Angaben (bisher: Geldstrafe bis zu M. 80) enthält. Die für das Jahr 1907 vorgesehene Verurs- und Betriebszählung wird demnach auch den Reichstag noch zu beschäftigen haben und die Vorlage bemerken wohl bald nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden. Da die Kosten der Verurs- und Betriebszählung dem Reich zur Last fallen, hat der Reichstag auch die Mittel zu bewilligen, die 1895 in einer Höhe von zirka vier Millionen Mark zur Durchführung und Verarbeitung des großen Werkes nötig waren.

Den Ergebnissen der nächstjährigen Erhebung darf man mit großer Spannung entgegensehen. Seit der letzten Zählung von 1895 haben sich große Veränderungen im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes vollzogen. Dem Deutschen Reiche sind seitdem 10 Millionen Bewohner mehr erwachsen (52 Millionen

im Jahre 1895). Die Verteilung dieser vermehrten Bevölkerung nach Berufsständen zahlenmäßig festgelegt zu sehen, beansprucht selbstverständlich nicht nur das regste Interesse der Wirtschafts- und Sozialpolitiker, sondern auch das der weitesten Kreise des Volkes.

Ungeheure Opfer an Menschenleben verlangt alljährlich der deutsche Bergbau. Als vor Monaten die Schreckensstunde aus den Schächten von Courrières zu uns herüberdrang, daß über 1000 Bergleute den Tod gefunden hatten, mögen viele damals gedacht haben: Gott sei Dank! solch ein Massenunglück ist bei uns wohl kaum möglich. Deutschland ist ja das Land der „sozialen Fürsorge“. Das ist sehr naiv gedacht. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß auch bei uns die Zahl der Opfer des Bergbaues eine erschreckend hohe ist. Nach dem soeben ausgegebenen Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft positierten 1905 in den zu ihr gehörigen Betrieben nicht weniger als 1235 tödliche Unfälle. Seit dem Jahre 1885, dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes, hat der deutsche Bergbau 20 731 Tote gefordert. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl gestiegen. 1885/86 waren es 873 Tote, das Jahr 1905 forderte 1235 Tote. Auch die Unfälle insgesamt (ohne tödlichen Verlauf) nehmen andauernd zu. Man vergleiche folgende Zusammenstellung:

Jahr	Angemeldete Unfälle	
	überhaupt	auf 1000 Bergleute
1886	22497	65,45
1890	28879	72,49
1895	40616	94,28
1900	58471	103,48
1905	81871	126,46

Im Jahre 1886 waren 843 709 Personen gegen Unfall versichert; im Jahre 1905 dagegen 647 458 Personen. Das ist eine Steigerung von 88,87 pSt. Die Zahl der Unfälle ist aber noch stärker gestiegen. Diese Steigerung betrug 99,20 pSt.

Welches sind nun die Unfallursachen? Auch darüber gibt der Bericht Auskunft. Die Unfälle wurden veranlaßt durch:

	1895	1905
	pSt.	pSt.
Gefährlichkeit des Betriebes	57,78	68,51
Besondere Mängel des Betriebes	0,90	0,90
Schuld der Mitarbeiter	4,02	3,73
Schuld der Verletzten	37,24	26,86

Hier zeigt sich, daß die durch die Gefährlichkeit des Betriebes an sich verursachten Unfälle sich gewaltig gesteigert haben. Die Schuld der Verletzten kommt häufig genug lediglich darin, daß sie zu stark überarbeitet waren, um die Schutzvorrichtungen genügend beachten zu können.

Das Verlangen der Bergleute nach bestem Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit wird durch die Statistik der Knappschaftsberufsgenossenschaft in nachdrücklicher Weise unterstützt. Es muß etwas geschehen, um der Steigerung der Unfallziffer Einhalt zu tun. Die Gesetzgebung muß eingreifen. Arbeiterkontrollen müssen eingeführt und mit weitgehenden Rechten ausgestattet werden.

Ruß als Lohnbrücker in Deutschland. Durch rücksichtslose Ausbeutung und Unterdrückung treiben die Agrarier, die Katholikendominanten des Reichs, die ländliche Arbeiterbevölkerung zur „Schollenlosigkeit“. Um Erlös zu haben, führten sie politische, russische, böhmische, polenarier ein. Damit haben sie aber auch schon kein reines Glück mehr. So sind sie denn auf den Gedanken gekommen, chinesische Ruß als „Säuge der nationalen Arbeit“ einzuführen. Die landwirtschaftlichen Betriebe Westpreußens beabsichtigen, im Hinblick auf die Unrenten auf dem Lande an die westpreussische Landwirtschaftskammer die Bitte zu richten, gemeinsam mit den anderen Landwirtschaftskammern Preußens bei der Staatsregierung „in dringender Weise“ dahin vorstellig zu werden, auf bestimmte Zeiträume die Einfuhr von Chinesen zwecks Verwendung bei landwirtschaftlichen Arbeiten zu veranlassen. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß die preussische Staatsregierung diesem Wunsch nachkommen werde. Man verdirrt sich namentlich von der Rede des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen in Königsberg, der bekanntlich die Landflucht als „ganz furchtbarlich“ bezeichnete, die beste Unterstützung für diese Verfehlungen.

Die Agrarier haben schon vor dreißig Jahren mit der Kuli-Einfuhr gedroht. Sollten sie jetzt verstanden, diese Drohung auszuführen, so wird die Sozialdemokratie die äußersten Anstrengungen machen, ein verhindern des Eingreifens der Gesetzgebung zu erreichen.

Städtische Betriebe — Musterbetriebe? Sie sollten Musterbetriebe sein! Unzählige Male ist das gesagt worden. Aber in Wirklichkeit sind es es nicht. Einen Beweis dafür bringt die „Berliner Volks-Ztg.“ aus Berlin: 1000 Arbeiter der privaten englischen Gasanstalt bringen auf den Achtschichttag, und was bekommen sie zu hören von der Direktion? „Der Achtschichttag ist durchaus gut, er habe sich in England und anderwärts trefflich bewährt, und er sei wohl auch für die Verhältnisse der Berliner Gasanstalt annehmbar. Aber, bevor nicht die Kommune Berlin unter anderen Bedingungen arbeiten lasse, könne die private Gesellschaft auch nichts tun.“

Also ward der städtische Betrieb zum „Muster“, zum Muster allerdings nicht in dem Sinne, in dem man das Wort gerne hört.

Wie sieht's aus unter den städtischen Arbeitern? Genau so, wie es aussieht unter allen Leuten, die ihrem Broterwerb unorganisiert gegenüberstehen. So etwas wie Zunftgenossen hat bisher die Arbeiter der einzelnen Betriebszweige aneinander gehalten. Man hielt zerplittert, führte wohl hier und da einen Schlag aus, aber es war meistens ein Schlag ins Wasser. Man setzte nichts durch, weil man schwach war in der Einmütigkeit, nicht stark in der Masse. Man bewachte sich in einzelnen Gruppen und wurde herablassend gerichtet. In Wahrheit haben

die Berliner städtischen Arbeiter noch nicht einmal Vereinigungen mit so unbedingt nötigen Bedürfnissen, wie die der freien Vorliegendenwohl. Es ist eine nicht zu übersehende Tatsache, daß sich unter den Gasarbeitern jahrelang keiner in den Arbeiterausschuß wählen lassen wollte, weil dieser es riskierte, Mißstände zu rügen in Gegenwart des Betriebsleiters, der sie verurteilt hatte; denn der Betriebsleiter ist laut Satzung Vorsitzender des Ausschusses. Eine Vorkehrung aber, daß Ausschussmitglieder nur mit Genehmigung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung entlassen werden dürfen, existiert nicht. Der „Unzufriedene“ darf also wegen der Äußerung seiner Meinung gleichwohl vor die Tür gesetzt werden. Und das in „Musterbetrieben“!

Die katholischen Arbeiter werden dem Zentrum immer unbehaglicher. Wie einem Bericht des Kreisler-Zentrumorgans, der „Nieberr. Volksztg.“, zu entnehmen ist, hat der Vorsitzende des christlichen Tagelöhnerverbandes im Kreisler-Kreis, Jakob Belsch, gestern in einer Verammlung geäußert: Bei den nächsten Reichstags- und Landtagswahlen müßten den christlichen Arbeitern eine entsprechende Zahl von Mandaten eingeräumt werden. Sie hätten jetzt im Reichstag nur einen Vertreter. Wenn die Partei dieses Verlangen nicht erfülle, würden die Arbeiter andere Gatten aufziehen.

Ein christliches Entgegenkommen von Seiten der Zentrums-Verren haben die katholischen Arbeiter nicht zu erwarten. Man wird sie zu beschuldigen und „abzufinden“ versuchen. Es wird ihnen rücheltlich ihre Interessen schon nichts anderes übrig bleiben, als sich für die Wahrung und Förderung dieser Interessen solidarisch mit der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, zu erklären.

Gerichtliche Zurückweisung von Unternehmerterrorismus — das mutet an wie ein Wunder. Aber das Wunder hat sich wirklich ereignet.

Wegen der Verhängung der Generalaus-sperrung über die organisierten Breslauer Metallarbeiter hat das Oberlandesgericht der Provinz Schlesien entschieden, daß gegen die Direktoren des Verbandes der Industriellen, Glafennapp und Neumann, auf Grund des bestimmten § 153 der Gewerbeordnung strafrechtlich einzuschreiten ist, da die Beschuldigten „hinreichend verdächtig erscheinen, andere durch Drohungen zu verhindern versucht zu haben, an einer Verabredung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen“. In der Begründung zu diesem weittragenden Urteil weist das Oberlandesgericht darauf hin, daß der § 153 der Gewerbeordnung in allen Fällen Anwendung zu finden habe, in denen im gewerblichen Leben ein ungültiger Zwang auf die Willensentscheidung einer anderen ausgeübt werde. Die Absicht der beiden Beschuldigten geht nun unmissbar dahin, durch ihre Ankündigung, die von den Arbeitern als Liebel angenommen werden mußte, in unzulässiger Weise auf diese einzuwirken. Die Veranlassung, daß eine Generalaus-sperrung in Kraft treten würde, wenn die streikenden Formier und Gießer die Arbeit nicht wieder aufnahmen, beschränkt diese in ihrer freien Willensbestimmung und verleiht ihnen die ihnen sonst sicher zu teil gewordene finanzielle Unterstützung im Lohnkampf nicht mehr erwarten, andererseits wurden sie überhaupt durch die Aus-sperrung beeinträchtigt, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, was im Interesse der Beschuldigten lag.

Auf den Ausgang dieses Prozesses darf man gespannt sein.

Bodenwucher. Zu den zahllosen Beispielen von gemein-schädlichen Bodenwucher in der Berliner Bannmeile ist wieder ein neues gekommen. Im Jahre 1903 war das Terrain für die Rennbahn bei Weichensee zum Preise von M. 880 000 erworben worden. Namentlich hat eine Gesellschaft dieselbe an 100 ganz minderwertige Bodenstücke für M. 1 800 000 erworben, um sie in Baustellen aufzuteilen. Gaben schon die Eigentümer der Rennbahn bei dem Verkauf des Terrains einer mühseligen Reingewinn von mehr als 100 pSt. erzielt, so mag die Rechnung der „Deutschen Tageszeitung“ stimmen, daß der gesamte Verkaufspreis für die neuen Baugrundstücke gegenüber dem jetzt gezahlten Kaufpreise eine noch wesentlich stärkere Steigerung aufweisen wird. Diefem Bodenwucher werden ganz natürlich Spekulation und Waischindel sich verbinden, denen dann der Mietswucher folgt. Ein unheilvolles System, dem diejenigen tributpflichtig sind, die für Wohnungen und Geschäftsräume in den neu entstehenden Mietskasernen erorbitante Mieten zahlen müssen.

Kapitalistisches Schmarothertum. Nach einer vom Berliner „Wirtsch.-Courier“ gebrachten Zusammenstellung ergaben die 45 deutschen Lebensversicherungs-gesellschaften im Jahre 1905 eine Gesamtprämien- und Zinseneinnahme von M. 649 000 000 gegen M. 611 000 000 im Vorjahre. Das Vermögen der Gesellschaften wuchs von M. 3 588 000 000 auf M. 3 837 000 000 und der Gesamtüberschuß von M. 101 000 000 auf M. 107 000 000. An erster Stelle mit allen Riffen steht die „Viktoria“, die allein einen Ueberfluß von M. 24 600 000 verzeichnet, dann folgt die „Gothaer Lebensversicherungsbank mit A. 9 600 000 Ueberfluß, dann reißt sich an die „Germania“ mit A. 6 700 000. Sämtliche Gesellschaften hatten Ende 1905 einen Bestand von 2 338 871 Personen mit A. 8 308 982 494 Versicherungs-Summe. Größeres Interesse beanspruchen die geistlichen Versicherungen. Im Jahre 1905 belief sich der Abgang durch Eintritt des Versicherungsaltes, das heißt infolge Ablebens des Versicherten oder Ablauf der auf Zeit abgeschlossenen Versicherungen auf M. 150 879 089, während durch vorzeitigen Rückkauf, Reduktion der Versicherungssumme und Verfall der Personen M. 174 959 587 in Abgang kamen.

Die ungeheuren Profite dieser Gesellschaften sind in der Hauptsache auf ein förmliches System der Ausbeutung, dem die Versicherten unterworfen werden, zurückzuführen. Zutreffend weist der „Vorwärts“ darauf hin, daß, wie überall, so auch auf dem Gebiete der Versicherungen die Armen am schlimmsten ausgebeutet werden. Was von den aus Unkenntnis geschlossenen Versicherungen gesagt ist, gilt ganz besonders für die Volksversicherungen. Auf diesem Gebiete wird

auf Kosten der Minderbemittelten, die nur in kurzfristigen Zahlungen geringe Beträge abholen können, eine Umschneidung der Arbeitskraft nutzlos vorgeht. Einige Angaben zeigen das illustrieren: Die elf Gesellschaften, welche sich mit Volks- und Arbeiterversicherung beschäftigen, kuchten Ende 1905 einen Bestand von 6 128 500 Policen. Im Laufe des Jahres waren abgegangen 94 851 Policen durch Auflösung der Versicherung, infolge Ablebens der Versicherten oder Ablauf der Versicherungszeit, dagegen betrug der Abgang durch vorzeitige Aufgabe der Versicherung 196 213 Policen. Die Zahl derjenigen, welche nach kürzerer oder längerer Zeit die Versicherung aufgaben, ist mehr als doppelt so groß, als die der Empfänger von Versicherungssummen. Und für jede der vorzeitig aufgelassenen Versicherungen wurde im Durchschnitt ein Betrag von — M. 1,52 zurückgezahlt. In den meisten Fällen wird natürlich nichts zurückgezahlt. Die Versicherten lassen ihre Police einfach verfallen durch Einstellung der Zahlungen. Durch Sterbefall und durch Ablauf der Versicherung bei Lebenszeit kamen insgesamt rund M. 16 200 000 in Abgang, dagegen beläuft sich die Abgangssumme infolge Aufgabe der Versicherung auf rund M. 500 000.

Die Gesamteinnahmen der Volks- und Arbeiterversicherungen betrugen M. 80 770 556. Dieser Summe stehen, an Ausgaben für die Versicherten folgende Posten gegenüber: Tod oder Ablauf der Versicherung (Versicherungssummen und Bonifikationen) M. 13 507 036, Geninnanteile M. 2 753 303, vorzeitig aufgelassene Versicherungen M. 299 032. Das sind insgesamt M. 16 559 371 direkte Ausgaben an die Versicherten. Für Mindernde usw. wurden rund M. 45 500 000 aus den Einnahmen gedeckt und die Verwaltung kostete M. 19 626 392, das sind 24,80 pSt. der Einnahmen. Aber die Verwaltungskosten beanspruchten weit mehr, als die direkten Ausgaben an die Versicherten. Kein Zweifel, durch die Volksversicherungen werden Arbeitergrößten ganz nutzlos vorgeht. Arbeiter und Arbeiterinnen sollten es sich dreimal überlegen, ehe sie in solcher Weise ihr Geld opfern. Eine viel, viel bessere, auf jeden Fall zinsbringende Verfertigung ist der Anschlag an den Berufsorganisations.

Reichstagswahl. Drei Erstgewinne haben in der letzten Woche stattgefunden, von denen eine, die im 18. hannoverschen Wahlkreis Stade-Blumenthal, noch keine Entscheidung brachte. Der Kreis war vorher durch den national-liberalen Dr. Sauter vertreten. Bei der Erstwahl erhielten Stimmen: Senator Adolf Meier-Stade (nat.) 4612, für Arbeiterführer Fritz Ebert-Berlin (Soz.) 6183, Gustav Ebert-Königsberg (Völk.) (Wund der Landwirte) 8490, Gustav Ebert-Wiesbaden (Völk.) 1641 und Lehrer Otto Ebert-Berlin (Soz.) 8191. Die Sozialdemokratie hat etwas über 200 Stimmen gewonnen. Die Entscheidung ist ausstehend.

Das durch den Tod des Genossen Grünberg erledigte Mandat in Döbeln-Neuburg wurde von der Sozialdemokratie behauptet. Es erhielten Stimmen: Binsau (Soz.) 12 207, Hoffe (nat.-lib.) 8322 und Wed. (Fr. Volksp.) 8311 Stimmen. Binsau wurde also mit einer Mehrheit von 874 Stimmen gewählt. Hier hat die Sozialdemokratie einige Stimmen weniger erhalten als bei der Hauptwahl 1903. Bemerkenswert ist die große Zahl freimüthiger Stimmen, da diese Partei seit langen Jahren gar keinen Kandidaten mehr aufstellte.

In dem Wahlkreis Hadersleben-Sonderburg wurde wieder ein dänischer Protestler gewählt. Es wurden Stimmen gezählt für Sohn (deutsch-national) 5110, Hansen (Däne) 10 325 und für Nielsen (Soz.) 749 Stimmen. Hansen ist somit gewählt. In diesem Wahlkreis konnte die sozialdemokratische Partei schließlich auf einen erheblichen Zuwachs ihrer Stimmenzahl nicht rechnen. Die soziale Struktur dieses Wahlkreises — von den 90 000 Einwohnern entfallen auf die beiden Städten des Kreises knapp 15 000 Einwohner — macht für lange Zeit jeden sozialdemokratischen Wahlerfolg unmöglich.

Die gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages ist in Holland erfolgt. Das holländische Gesetz weist mit Mühe auf diese so wichtige Sache eine gähnende Leere auf. Eigentlich war weiter nichts festgelegt, als eine sechsmonatige Kündigungsfrist für häusliche Dienstboten, und daß der Streikfragen, wenn die Auslagen des Arbeiters den Behauptungen seines Vorgesetzten widersprechen, der Arbeitgeber in patriarchalischer Weise Recht erhält. Der neue Arbeitsvertrag, dessen Beratungen mehr als drei Monate in Anbetracht der holländischen Gründlichkeit und „Wissensfreudigkeit“ erforderten, ist in mancher Hinsicht interessant. So ist mit dem neuen Gesetz zum ersten Mal die Vereinfachung des kollektiven Arbeitsvertrages in weitestem Umfang anerkannt worden. Weiden vertragsschließenden Parteien, also der Arbeitgeberorganisation und der Arbeitgebervereinigung, werden die Rechte einer juristischen Person für den Abschluß des Arbeitsvertrages zuerkannt. Ein kollektiver Arbeitsvertrag bestand z. B. bis vor kurzem zwischen dem Amsterdamer Juwelierverein und der großartigen Organisation der Diamantarbeiter. Als im letzten Sommer der Diamantenmarkt eine glänzende Periode durchmachte, stieg naturgemäß die Nachfrage nach Arbeitern. So kam es, daß einzelne Arbeiter mit Fabriken Sonderabkommen schlossen und weit höhere Löhne erhielten, als bei der Kollektivvertrag vorlag. Und gerade in der Zeit, in der das Parlament dem Kollektivarbeitsvertrag die größte Tragweite verlieh, erhielt der bedeutendste Vertrag dieser Art in Holland den Todesstoß. Im übrigen werden die Konflikte, die aus jedem Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen, zivilrechtlich durch den Bezirksrichter entschieden. Der Bezirksrichter muß mindestens innerhalb zwölf Tage nach Einlauf der Klage den Termin ansetzen, eine Entscheidung, die bei dem sonstigen schwebenden Gang der holländischen Justiz geradezu tollhühn erscheint. Weiter sieht das Gesetz die Ungültigkeit der Konfliktzusage vor, wenn sie den erdlichen Interessen des Arbeiters zuwiderläuft. Es verbietet, den Arbeiter zu verpflichten, an einer bestimmten Stelle zu laufen, und sucht auch im weiteren Sinne den Arbeiter zu schützen. Lange Erörterungen rief in beiden Kammern der Vorschlag der Arbeitgeber (Staatsangehör.) hervor. Es besteht vielfach der Gedanke, daß der Arbeitgeber bei Konflikten einen Teil des Lohnes zurückbehält. Das Gesetz bestimmt, daß dieses Rückhaltsgeld niemals einen bestimmten Prozent-

satz des Lohnes überschreiten darf, und daß es sofort bis nach der Urteilsfällung bei der Reichsjustizparabank deponiert wird. Charakteristisch ist es, daß technische Ausdrücke wie „Nichten von Diensten“, in „Uebereinkunft für Arbeitsleistung“ verändert werden. Gerade für den Holländer hat dies eine Bedeutung, da er durchgehend seine Angehörten herablassend, fast seine Handlungsgesellen „Bureaubedienten“ (Bürobedienten) und „seine Gefellen“ „Knechte“ nennt. Ursprünglich wurde dieser Gesetzentwurf vom Leidener Professor Dr. A. Drucker vor etwa zehn Jahren entworfen.

Maurerbevegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Barnstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen), Preetz (Sperre über Schlömer), Lunden (Sperre über die Unternehmer Schröder, Kurth und Petersen in Krenpel);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holldorf), Laage (Sperre über Korf), Klütz (Aussperrung, Wismar (Sperre über Scharf);

Pommern:

Greifswald, Stralsund, Demmin (Aussperrungen);

Ost- und Westpreußen:

Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

Schlesien:

Görlitz (Streik), Breslau (Streik der Fassadenputzer);

Brandenburg:

Trebitzsch (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Alt-Carbe (mehrere Sperren), Wittenberge (Massregelung);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Beraburg, Zeitz (Aussperrungen), Dessau (Sperre über Lüdike);

Königreich Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichrodt- und Kaiser Friedrichstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal und Seifert in Möckern, Sohrstrasse, Paul Richard Theilemann in Leipzig-Anger, Frankestrasse, Heiner, Militzer, Stötteritz, Schwarzocherstrasse, für Rabitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brandelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Warzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Meissen (Aussperrungen), Limbach (mehrere Sperren), Plauen (Sperre über Mänel);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Emden, Münden (Zimmererstreiks), Eldingen (Sperre über Knoop), Springe (Sperre über Borchending);

Braunschweig:

Braunschweig (Streik);

Thüringen:

Gera (Sperre über Hirsch), Gotha (Streik), Sonneberg (Sperre über Schmidt), Rötha (Sperre über Otto Bötcher);

Rheinprovinz:

Kirn a. d. Nahe (Streik), Opladen (mehrere Sperren), Neufries (Sperren über Gerharts und Husemann), Rathen (Sperren über Schlösser, Bovers und Wehmeier), Gummersbach (Sperren);

Westfalen:

Unna (Sperren über Richter und Vannahme in Fröndenberg);

Bayern:

Angsburg (Streik);

Hessen:

Heppenheim (Sperre über Held);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Kassloch (Streik), Metz (Sperre), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Packel & Co.), Rheingebirg (Sperre über Schorf), Sigen (Sperren über Schmal und Schweitzer);

Fliesenleger:

Gelsenkirchen (Sperre über den Zwischenmeister G. Siebert in Wanne);

Ungarn:

Budapest (Aussperrung).

Schweiz:

Zürich, Neuchâtel (Streiks).

Gen Hamburg. Die Baugewerksinnungen zu Hamburg und Altona haben dem Hamburger Zweigverein eine Lohn- und Arbeitsordnung für Maurer- und Zimmergesellen ausgestellt. Sie kommen damit zwar etwas post festum, denn diese „Ordnung“ soll schon vom 26. Juni 1906 Gültigkeit haben, sie werden aber schon ihre guten Gründe dafür haben. Gegen den Vertrag, den der Hamburger Zweigverein mit dem Bund der Maurer- und Zimmermeister abgeschlossen hat, enthält diese „Ordnung“ oberhalb Abweichungen, die sie durchaus nicht wertvoller machen. Um nur einige herauszugreifen: der Punkt 9 besagt, daß der Unternehmer die Ausdehnung der Arbeitszeit „anordnen“ kann, wenn es erforderlich ist (sic!). Irgendwelche

Unterbrechungen der Arbeitszeit, seien sie auch noch so geringfügig, werden nicht mit bezahlt. Die Ruheperiode soll am Donnerstag, Freitag und Samstag, auf Wunsch der Unternehmer auch Sonntag, den 21., haben noch Verhandlungen stattgefunden. Es wurde vorbehaltlich der Zustimmung der Mitgliederversammlung folgendes vereinbart: Der früher 70 % betragende Lohn wird sofort auf 75 % und vom 1. Oktober 1907 ab auf 80 % erhöht. Der Stundenlohn ist im neuen Verträge garantiert, damit ist eine der Hauptforderungen der Kollegen erfüllt. Die Arbeitszeit ist von 9 auf 8½ Stunden für Sommer und Winter vermindert worden. Überstunden bis 9 Uhr Abends werden mit 20 %, Nacharbeit mit 40 % Aufschlag und Sonntagsarbeit doppelt bezahlt. Ferner sind die einzelnen Abfordrungen entsprechend erhöht worden. Bei Arbeiten in den ungeliebten Örtlichkeiten werden für das Maximum 10 % mehr, also 85 % bezahlt. In weiter liegenden Örtlichkeiten gibt es, außerdem noch Fahrgehalt. In Örtlichkeiten, die über 15 km von der Stadt entfernt liegen, gibt es außer Fahrgehalt dritter Klasse noch M. 2,50 Kostvergütung. Die Verarmung der Streikenden, die Montag, den 22. d. Mts., im „Volkshaus“ tagte, hat denn nach längerer Diskussion und verschiedenen Motionen ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen gegeben. Somit ist der Streik nach einer dreiwöchigen Dauer mit einem guten Erfolg für die Kollegen beendet worden. Zu erwähnen ist noch, daß die am Gewerkegericht anhängigen Klagen gegen eine Anzahl Streikende auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung der übernommenen Abfordrungen von den Unternehmern zurückgezogen wurden. Wenn, wie in den aufgelisteten Forderungen vorgelegen war, die Tagelohnarbeit noch nicht eingeführt worden ist, so haben die Kollegen durch die Garantie des Stundenlohnes fast daselbe erreicht. Auch werden kleinere Arbeiten, die früher im Auftragsverdienst bestanden, in Zukunft im Tagelohn ausgeführt. Alles in allem genommen können die Fliesenleger mit den Abmachungen zufrieden sein. Wenn auch nicht alle Forderungen durchgegriffen worden sind, so haben sie sich dennoch eine ganz erhebliche Verbesserung ihrer Lebenslage erkämpft. Nicht eines jeden Kollegen ist es einmündig, darauf zu achten, daß die Vereinbarungen auch durchgeführt werden, und weiterhin dafür zu sorgen, daß die Macht der Organisation immer mehr gestärkt wird, denn nur sie ist es, die ewigen Verluste der Unternehmern, die Abmachungen zu durchbrechen, entgegenzuerhalten kann. Mögen die Kollegen hierauf in Zukunft handeln, damit am 1. Mai 1908, so beunruhigt die für das Baugewerbe vereinbarten Tarife ablaufen, das Unternehmertum eine feilschige Organisation vor sich hat. Also tue ein jeder seine Pflicht; durch Kampf zum Sieg!

Gen Mannheim. Nach Zeitungsmeldungen sollen die Gipsier in Mannheim angepöbeln sein. Auf der Jubiläumsausstellung waren die Gipsier in den Streik eingetreten, dieser Streik soll nun die Veranstaltung zur Ausstellung gewesen sein. Der Zugang von Gipsiern nach Mannheim ist fernzuhalten.

Gen München. Die Bauproben von Augsburg glauben nun ihr rautes Glück an den Streikenden fühlen zu können. Nach einer Meldung haben sie schwarze Kisten mit den Namen von 62 Mauern ausgegeben. Das sind jedenfalls nach der Meinung der Unternehmer die Adressen, die nun noch länger von der Arbeit ferngehalten werden sollen, um sie recht willfährig zu machen. Leider wird dies niedrige und bündigemeine Verhalten der Unternehmer dadurch unterstützt, daß entgegen unserer Warnung schon viele Maurer von auswärts nach Augsburg gekommen sind. Besonders sollen recht viele Münchener Kollegen dort sein. Den Kollegen sei hiermit gelagt, daß sich ihr Verhalten dem offenen Streikbruch nur durch die Form unterscheidet, dem Sinne und der Wirkung nach ist es genau daselbe. Wenn das nicht anders wird, müssen auch die Abwehrmaßnahmen der Organisation demgemäß angewandt werden. Wir richten hiermit nochmals den dringenden Appell an die Gesamtsolidarität, den Zugang von Augsburg auf jeden Fall fernzuhalten!

Gen Erfurt. Der Maurerstreik in Kregburg ist in einer am 21. Oktober abgehaltenen Versammlung beendet worden. Durch Vermittlung des Gemeindevorstandes war für Donnerstag, den 18. Oktober, Abends 8 Uhr, eine Verhandlung zwischen Unternehmern und der Lohnkommission herbeigeführt worden. In dieser Verhandlung erklärten sich die Herren bereit, für fest 35 % und vom 1. März 1907 ab 38 % zu zahlen. Von den Gesellen wurde das Angebot von 35 % für jetzt angenommen, jedoch bestanden sie darauf, daß im nächsten Jahre ein Mindestlohn von 39 % gezahlt werde. Es konnte deshalb keine Einigung zu Stande kommen. Die Herren Unternehmer bestanden vielmehr darauf, daß ihr Angebot einer Versammlung unterbreitet werde und der Gemeindevorstand zu dieser Versammlung Zutritt habe. In einer ziemlich bewegten Versammlung, die Freitag, den 19. Oktober, unter Weisung des Bürgermeisters stattfand, sprachen sich die meisten Kollegen dahin aus, daß das Angebot angenommen werde; jedoch seien bei einer günstigen Gelegenheit neue Forderungen zu stellen. Folgende Resolution fand fast einstimmige Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit dem Mindestlohn von 35 % für dieses Jahr einverstanden. Sollten die Meister für nächstes Jahr auch eine feste Regelung wünschen, so kann als Mindestgrenze nur der Satz von 39 % betrachtet werden. Wenn die Unternehmer aber auf ihrem Angebot von 38 % für nächstes Jahr beharren, so erklärt sich die Versammlung bereit, dieses vorläufig anzunehmen, befaßt sich aber vor, sobald sich günstige Gelegenheit bietet, neue Forderungen zu stellen. Betreffs der Arbeitszeit wird an der Forderung „Regelung nach dem Eisenacher Vertrag“ festgehalten. Eine vom Bürgermeister Zimmer eingebrachte Resolution fand keinen Anklang. Der Herr Bürgermeister hatte nun nichts Besseres zu tun, als sofort Maurermeister Kortmann, der der Zonangebende unter den hiesigen Unternehmern ist und, nebenbei bemerkt, auch als

Gemeinderatsvorsitzender fungiert, von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Nach einer halben Stunde brachte er den Beschluß, daß unsere Forderung bewilligt sei und Rostmann es vorgelesen hätte, vom 1. März 1907 ab 89 J zu zahlen. Wenn man bedenkt, daß im verfloßenen Frühjahr der Stundenlohn noch auf 28 J stand, kann man wohl mit dem festigen Erfolg zufrieden sein. Die Kreuzburger Kollegen haben aber auch einsehen gelernt, daß nur durch einen festen Zusammenschluß etwas erreicht werden kann. Sie werden nicht wieder auseinanderlaufen, wie das früher manchmal der Fall war, nachdem nun die Verhältnisse einigermaßen geregelt sind, sondern sie werden dafür arbeiten, daß auch der einzige Streikbrecher, den wir zu verzeichnen hatten, sich unserer Organisation anschließt.

Von Dresden. Da die Kollegen in Meissen das Angebot der Unternehmer die Arbeit zunächst zu den alten Bedingungen aufzunehmen, ablehnten, so verließen die Unternehmer jetzt auf anderem Wege, die Streikenden zur Unterwerfung zu zwingen. Es wird darüber berichtet: Wir haben die Streikenden in größeren Trümpfen anderweitig in Arbeit gebracht. Daß die schwarzen Listen funktionieren, ist ja eine alte Tatsache, daß aber die Unternehmer selbst in die Orte reisen, wo Streikende untergebracht waren, um sie zum Streikort wieder zurückzuführen, um die Arbeiter zu erfassen und den Kampf nicht abzuwachen, dürfte wohl etwas Neues sein. (Das ist nicht neu, das haben die Unternehmer schon mehrfach versucht. D. Red.) Trotz aller Anstrengung ist es ihnen nicht gelungen, Abgesandte dem Streikort wieder zurückzuführen. Die Abgesandten haben auf eine längere Dauer Arbeit und auch zu bedeutend höheren Löhnen, als in Meissen gezahlt werden. Auch die letzte Versammlung zeigte, daß die Streikenden sich auf einen längeren Kampf einrichten und gepöbelt sind, ihre Forderung durchzusetzen.

Von Cottbus. In Stettin mußte über die Firma Namm die Sperre verhängt werden. Der Unternehmer zahlte am Sonntag nur einen Teil des Lohnes und versprach, bis Montag Mittag das Gehaltende nachzuschicken. Die Zeit ging hin, ohne daß Namm sein Versprechen erfüllt hätte. Die Kollegen stellten darum Mittags die Arbeit ein. Der Unternehmer weigerte sich dann später, den durch die Arbeitsunterbrechung verursachten Lohnausfall zu zahlen. Aus diesem Grunde wurde über das Gehalt die Sperre verhängt. Die Sache hat sich inzwischen dadurch ihre Gestaltung gefunden, daß der Unternehmer, der Arbeiter auf seine Kosten hat, auf die die Sperre gleichfalls ausgesprochen worden sollte, den Lohnausfall nachzahlen und alle Gefellen einstellen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Verbandskalender. Die erste Auflage des Verbandskalenders, die in 40 000 Exemplare hergestellt wurde, ist vergriffen. Eine neue Auflage wird nun dann hergestellt, wenn weitere 2000 Exemplare bestellt werden. Wir ersuchen, etwaigen weiteren Bedarf baldmöglichst anzugeben zu wollen.

Neue Beitragsmarken. Mit Beginn des nächsten Jahres werden neue Beitragsmarken eingeführt, die sich von den bisherigen dadurch unterscheiden, daß sie eine andere Farbe erhalten. Die alten Marken müssen mit der Abrechnung für das 4. Quartal, spätestens aber bis zum 1. Februar 1907 eingekandt werden. Mitglieder, die bis dahin ihren Beitrag für dieses Jahr nicht bezahlt haben, gelten wegen Schulden als gestrichen.

Beitragszahlung. Monat November ist laut Statut der letzte Beitragsmonat im Jahre; die Monate Dezember, Januar und Februar sind beitragsfrei. Die beitragsfreie Zeit ist eingeführt, um zu verhindern, daß im Winter Mitglieder wegen Beitragsschulden gestrichen werden müssen. Soll dieser Zweck in Erfüllung gehen, was im Interesse des Verbandes wünschenswert ist, dann müssen die Mitglieder ihre Verbandsträge bis zum Jahresabschluß voll bezahlen, bevor es Winter wird.

Die rechtzeitige Zahlung des Beitrages liegt aber auch im Interesse der Mitglieder selbst. Laut Statut haben nur diejenigen Mitglieder ein Recht auf Reise-, Sterbe- und Krankenunterstützung sowie Nachschuß, die mit ihren Beiträgen nicht länger als zwei Monate rückständig sind. Im anderen Falle gehen alle erworbenen Rechte auf Unterstützung verloren. Eine Nachzahlung der rückständigen Beiträge kann daran nichts ändern. Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Kollegen hierauf noch besonders hinzuweisen und Einrichtungen zu treffen, daß die Säumnigen vom 1. Dezember an persönlich an ihre Beitragspflicht erinnert werden können.

Für Mitglieder, die im Herbst nach Hause reisen. Diejenigen Mitglieder, die mit Beginn des Winters den Ort, wo sie in Arbeit stehen, verlassen und an einem Ort ihren Aufenthalt nehmen, wo ein Zweigverein nicht besteht, machen wir darauf aufmerksam, daß ihnen, wenn sie sich beim Verbandsvorstand anmelden, der „Grundstein“ von hier aus zugestellt wird. Bei der Anmeldung ist das Mitgliedsbuch mit einzufenden, auch muß der Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt sein.

Wollen die Kollegen aber lieber mit dem Zweigverein, dem sie bisher als Mitglied angehört haben, in persönlichem Verkehr bleiben und sich von dort aus dem „Grundstein“ anschließen, dann steht dem nichts im Wege.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Mitglieder auf obiges aufmerksam zu machen.

Zu gleicher Zeit ersuchen wir die Zweigvereinsvorstände, dann, wenn Mitglieder abreisen und den „Grundstein“ von dem Zweigverein nicht beziehen, nicht zu verzeihen, auch die entsprechende Zahl Exemplare des „Grundstein“ abzugeben.

Reiseunterstützung. 1. Die Auszahlung der durch Statut (§ 29) vorgeschriebenen Winter-Reiseunterstützung beginnt am 1. Dezember dieses und endet am 31. März des nächsten Jahres.

2. Die Unterstützung wird ausbezahlt in solchen Zweigvereinen, die mindestens ein Jahr bestanden haben, am Schluß des dritten Quartals über 20 Mitglieder zählen und sich in Orten mit mehr als 2500 Einwohnern befinden.

3. Unterstützung darf nur ausbezahlt werden an solche Kollegen, die sich durch Mitgliedsbuch, welches mit einem Abmeldevermerk versehen sein muß, und durch eine vom Verbandsvorstand ausgestellte und mit der Jahreszahl 1906/07 versehene Reiselegitimationskarte legitimieren können.

4. Die Höhe der Unterstützung beträgt 75 J pro Tag und darf in einer Unterstützungsperiode (Dezember bis incl. März) 40 nicht übersteigen. An einem Orte und in einer Unterstützungsperiode darf an ein und dasselbe Mitglied nur einmal Unterstützung gezahlt werden. Angenommen hieron sind Berlin, wo für drei Tage, und Bremen, Breslau, Köln a. Rh., Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Stettin und Stuttgart, wo für zwei Tage zu zahlen ist, wenn die Unterstützung an aufeinander folgenden Tagen erhoben wird.

Am Abreiseort wird Unterstützung nicht gewährt.

5. Zur Auszahlung der Unterstützung haben die in Frage kommenden Vereine rechtzeitig geeignete Kollegen zu wählen; in der Regel soll aber der Zweigvereinskassierer mit der Auszahlung betraut werden. Der Name des Auszahlers und Zeit sowie Ort der Auszahlung sind dem Verbandsrat mitzuteilen, damit dieser zureichenden Kollegen Auskunft geben kann.

6. Zum Empfang der Unterstützung muß nur solche Mitglieder berechtigt, die dem Verbandsrat unmittelbar mindestens ein Jahr angehört und für 40 Wochen Beitrag gezahlt haben oder innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit beigetreten sind. Die Verbandsbeiträge müssen für dieses Jahr voll bezahlt sein.

7. Reiselegitimationskarten stellt der Verbandsvorstand vom 26. November an aus. Mitglieder, die eine Karte wünschen, haben ihr Mitgliedsbuch sowie 20 J in Briefmarken für Zurücksendung des Buches und Zuführung der Legitimationskarte zu einzulösen. Junggeheirten haben außerdem eine Bescheinigung einzulösen, aus der hervorgeht, daß sie innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbandsrat beigetreten sind.

Als solche Ausweispaßpapiere genügen ein Schein oder eine sonstige Bescheinigung des Lehrmeisters über die beendete Lehrzeit. Wenn an dem Orte, wo ein Kollege angelernt hat, ein Zweigverein besteht, dann genügt auch eine Bescheinigung des betreffenden Zweigvereinsvorstandes.

8. Mitglieder, die im Laufe dieses Jahres vorübergehend im Auslande waren, erhalten nur dann eine Reiselegitimationskarte ausgestellt, wenn sie:

- a) sich vor der Abreise nach dem Auslande abgemeldet haben;
- b) auch Mitglied der Maurerorganisation des Auslandes waren, und eine Unterbrechung in der Zugehörigkeit zur Organisation nicht eingetreten ist;
- c) sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Rückkehr aus dem Auslande angemeldet haben.

9. Zwischen unserem Verbandsrat und den Verbänden der Bauarbeiter Italiens, Österreichs und Ungarns besteht für die Reiseunterstützung im Winter ein Gegenseitigkeitsverhältnis, d. h. die Mitglieder unseres Verbandes erhalten Reiseunterstützung in den genannten drei Ländern und die Mitglieder der Organisationen der Bauarbeiter Italiens, Österreichs und Ungarns bei uns.

10. Zum Empfang der Reiseunterstützung berechtigt sind aber nur solche Mitglieder, die dem einen oder dem anderen der beiden Verbände zusammen ununterbrochen mindestens ein Jahr angehört haben und sich im Besitz der für den Unterstützungsbezug maßgebenden Legitimation befinden.

11. Kollegen aus Dänemark, Schweden und Norwegen erhalten nur dann Reiseunterstützung, wenn sie unserem Verbandsrat mindestens ein Jahr angehört haben. Etwas früherer Mitgliedschaft kommt dabei in Anrechnung, aber nur insoweit, als eine Unterbrechung in der Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht eingetreten ist.

12. Die Mitglieder ausländischer Organisationen können aber auch nur dann Unterstützung in Empfang nehmen, wenn sie sich im Besitz einer von uns ausgestellten Legitimationskarte befinden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 21. bis 26. Oktober für folgende Mitglieder erteilt:

Eduard Böhmerdt-Hannover, Verb.-Nr. 21104; Blüh-Wilke-Berlin, 5541; Karl Grub-Berlin, 5479; Hermann Döbereiner, 115 189; Karl Hühle-Zellnow, 103 847; Gust. Heber-Dresden, 124 002; Blüh-Schleibing-Bochum, 167 201; Heinrich Jandek-Weiden (Frank), 105 211; Franz Hornung-Frankfurt a. M. (Frank), 20 632; Franz Timmel-Berlin, 80 118; Aug. Dorn-Großen a. d. O., 5840; Joh. Brühl-Wegefeld, 105 474; Eugen Liebert-Berlin a. d. O., 96 608; Oskar Sturm-Schöps i. S. (Frank), 113 222.

Geldsendungen für die Kassenkassen sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Weisenbüchelhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 23. bis 29. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Alle Beiträge und Eintrittsgelder.

Galle A. 6461,90, Mannheim 4977,38, Mülheim 1327,05, Duisburg 629,30, Schweigingen 549,34, Schöneberg 523,36, Oberlein 457,35, Weimar 376,91, Eisenach 366,99, Götting 310, Weiden 315,39, München 290,97, Dornburg 287,52, Frieda 265,44, Eisenach 252,92, Hintersee 204,70, Templin 128,14, Brunsbüttelkoog 126,96, Gaiyau 124,40, Rügenberg 123,18, Waltersdorf 121,71, Aurich 118,52, Jöring 111,36, Seimischwalde 106,58, Gr.-Münchensleben 102,66, Jerichow 101,04, Gottesberg 100, Döhlensdorf 84,03, Admit 70,96, Primmnitz 58,88, Grömitz 63,29, Weiden 29,72, Hainichen 24,48, Landsberg i. B. 21,45, Gutsow 417,72, Grünberg i. B. 389,48, Nienhagen 388,08, Garburg 344, Gellert 300, Nienberg 249,86, Hammelhal 239, Reine 205,19, Gellert 205,46, Barchim 201,80, Möbda 190,56, Oberlehn 172,48, Gr.-Walden 167,72, Jedin 132,45, Mühlhausen 131,36, Rosenhütten 120,76, Jörden 92,02, Wildschäufen 87,44, Rabs. i. B. 85,24, Giesfeld 72,80, Neulandung 64,98, Straßburg i. d. N. 55,36, Waldheim 2,40, Döbeln 64, Danzig 2108,54, Habersleben 431,52, Wilsdorf 213,55, Nienburg a. d. S. 211,26, Sommerda 209,08, Eilbrom 155,59, Sonnenberg i. Thür. 153,69, Sabelberg 154,56, Grömitz 15, Mülh. 148,78, Brate 145,89, Röhnd 110,16, Weig. 109,15, Döfow 99,96, Waltershausen 84,76, Götting 81,88, Weiden 63,92, Mörheim 62,56, Seibelsdorf 60, Bodgors 42,60, Weiden 34,32, Weis 18,39, Götting 184,60, Nienburg 400, Warbu 393,24, Gellert 360,48, Grünberg i. B. 331,85, Mülh. 213,18, Grünberg 189,60, Gellert 179,60, Sabelberg 165,12, Mülh. 24,88, Burglauer 22,04, Warburg 374,27, Weig. 298,24, Weiden 294,47, Gellert 48,64, Nienburg 34,64, Sabelberg 32,74, Weiden 26,77, Ludwigslust 5,88, Neulandung 1495,40, Langenbielau 852,71, Forst i. d. S. 212,81, Weiden a. d. S. 254,12, Borna 230,70, Ruc i. S. 227,34, Ruc von Hingelander Streifenunterstützung zurückgefordert 10, Vornhöved 163,18, Mülh. 151,60, Sommerda 78, Weiden 31,98, Darnstadt 264,9, Weiden 1305,92, Weidenberg 725,27, Einde 64,50, Arnstadt 288,94, Gellert 147,48, Döbeln 133,74, Jörden 68, Grömitz 14,84, Gellert 10, Borna von Grömitz 10, Katowitz 4,12, Gellert 248, Seidenberg 450, Weiden 200, Weiden 200, Gellert i. B. 100, Ludenau 500, Weiden 100, Katowitz 800, Trebbin 200, Burglauer 200, Sabelberg 800.

b) Ein Wohnort zur Verfertigung der Arbeitszeit.

Schöps i. S. 16,50, Gellert 10, Ruda 5, Mülh. 17,50, Oberlein 9,50, Weimar 2,50, Eisenach 17,50, München 16, Frieda 60, Eisenach 3, Grünberg 2, Jöring 1,50, Grömitz 1,40, Weiden 1, Gellert 25, Gellert 5, Grünberg i. B. 30, Nienburg 3,50, Reine 6, Gellert 1,80, Barchim 2, Oberlehn 1,25, Weiden 1,75, Sabelberg 1,75, Straßburg i. d. N. 1,25, Döbeln 10, Döbeln 4, Friedland i. M. 1, Döfow 1,50, Danzig 35, Habersleben 5, Sonnenberg i. Thür. 3,75, Sabelberg 1,25, Grünberg i. B. 25, Gellert 2, Grünberg 2,50, Gellert 2, Warburg 9, Nienburg 2, Reine 1,25, Langenbielau 15, Forst i. d. S. 5, Borna i. S. 2,50, Ruc i. S. 10, Vornhöved 50, Habersleben 60, Weiden 1, Ralsberg 50, Darnstadt 80, Weidenberg 15, Arnstadt 60.

c) Für Kalender.

Galle A. 200, Schöps 15, Nordenham 10, Ruda 7,50, Eisenach 25, Götting 10, München 50, Frieda 7,50, Eisenach 25, Grünberg 25, Grömitz 2,50, Weiden 10, Seidenberg 25, Götting 20, Röhnd 5, Grünberg i. B. 10, Nienburg 5, Hammelhal 6, Gellert 7,50, Barchim 4,50, Möbda 2,50, Oberlehn 10, Weiden 3,50, Straßburg i. d. N. 1,50, Döbeln 3,50, Döbeln 150, Döbeln 150, Döbeln 15, Templin 15, Danzig 150, Habersleben 12,50, Sommerda 5, Gellert 12,50, Sonnenberg i. Thür. 37,50, Weiden 1, Grünberg i. B. 75, Sabelberg 25, Gellert 15, Mülh. 25, Grünberg 7,50, Warburg 25, Gellert 1, Nienburg 4, Ludenau 10, Weiden 10, Langenbielau 20, Forst i. d. S. 10, Katowitz 5, Borna 5, Ruc i. S. 10, Vornhöved 5, Habersleben 2, Weiden 4, Weidenberg 6, Einde 15, Arnstadt 12,50, Grömitz 15,50.

d) Für Futterale.

Galle A. 5, Oberlein 11,60, Jöring 1, Gr.-Münchensleben 1,50, Reine 7,50, Brate 2, Röhnd 3, Döbeln 5, Gellert 2, Mülh. 3, Gellert 2, Forst i. d. S. 10, Borna i. S. 3, Arnstadt 3.

e) Für „Arbeit und Kultur“.

Mülh. A. 12, Duisburg 3, Halle 15, Darnitz 15, Danzig 30, Barchim 15.

f) Für Einbanddecken usw.

Berlin, Jörden und Darnstadt je 1.

g) Bericht der Bauarbeiterkommission.

Templin A. 2,55, Döbeln, Grömitz, Döfow, Forst i. d. S. 2,55, Arnstadt je 75 J.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorigen Woche das Wahlprotokoll eingekandt haben.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Heinrich Nünemann-Götting (Verb.-Nr. 138 404), Paul Krüger-Berlin (257 898), Friedr. Weiden-Berlin (182 739), Friedr. Kallweit-Berlin (196 028), Heinrich Vohle-Berlin (279 575), A. B. Hermann-Frankfurt a. M. (305 739), Adam Rammere-Frankfurt a. M. (272 592), Anton Klinge-Bremersleben (148 316),

Fritz Schulz-Gradow (27 689), Joh. Wolschitz-Gelsenkirchen (51 973), Aug. Schuler-Deinold (415 804), Friedr. Straß-Karlsruhe (226 765), Karl Zimmer-Witten (126 779), Heim-Elmbach-Dortmund (119 172), Franz Krüskamp-Marienburg (117 670), G. Engelmann-Köln (85 736), Ed. Heiser-Jagrad (442 904), W. Wundlich-Krausnick (81 908), Carl Trumpp-Lamburg (26 898), Peter Gröbel-Wang (40 098), Aug. Menge-Dershausen (122 705), Otto Leopold-Lepzig (35 106), Wabz. Elisabeth-Wohum (364 340), Franz Rudolph-St. Johann (346 323), W. H. Neumann-Vnd (336 486), Bernh. Gensel-Erfurt (405 311), Peter Schilling-Lönn (388 566), Herm. Schmidt-Göln (309 558), Heim. Borgfeld-Hannover (238 430), W. H. Meier-Marienburg (277 087), Max Knopke-Marienburg (287 522), Otto Sebert-Düsseldorf (293 655), Otto Laurenz-Marienburg (149 744), Fr. Witter-Marienburg (149 738), Fr. Meier-Ebing (65 590), Jac. Meier-Ebing (117 388), Paul Meier-Ebing (109 897), Ernst Wiedemann-Berlin (3), Herm. Schmidt-Göln (68 731), Stanis. Stepan-Dortmund (64 104), Joh. Schwenker-Dortmund (211 331), Peter Arnold-Würzburg (348 570).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87 b des Statuts vom Zweigverein Caputh: Otto Hartmann (Verb.-Nr. 58 147); Forst: Emil Wolfersdorf (145 230), Otto Verth, Klotke (162 331), Paul Otto Koch (162 222), Gustav Emil Israel (169 891), sämtlich aus dem Bezirk des Zweigvereins Dresden; Frankenberg: Ernst Wüthel (194 312), Otto Seifert (194 315), Ernst Wöhne (194 318), Ernst Lönhardt (194 319), Bruno Haupt (194 324), Bruno Lühmer (194 347), Herm. Wagner (221 317), Oskar Winter (221 322), Johann Koz (221 360), Martin Koz (221 361), J. Koz (229 913), Marthaus Kregle (221 363), Franz Rönnd (221 357), Franz Schenke (221 356), Simon Kröner (221 391), Max Eimig (221 373), Richard Wagner (222 825), Emil Morgenstern (221 878), D. o. u. m.: Aug. Schupbach (311 280), Karl Brauer (131 298), Ernst Vergner (367 350), Ferd. Ernst (367 309), Joh. Meuscher (367 355), Jaroslav Waga (367 361), Josef Janes (367 357), Mathias Mraz (367 358), Karl Wladis (367 399), Wenzel Rüblich (367 307), Karl Rühse: Friedr. Reinhard (139 908), Collina: Robert Dungan (72 362), Konrad Vollbrecht (72 365), Wilhelm Röh (291 364), M. r. n. e. r. g.: Mittemtzwei (70 573), G. Lohr (287 555), Eugen Döfke (304 449), Jakob Döfke (304 391), Christian Seibert (287 670), Wolfgang D. el (168 757), Joh. Weß (304 407), Albin Eder (187 706), Johann Kötter (214 934), Johann Kögler (304 716), Josef Gde (304 049), Adolf Wernann (198 978), Karl Meiß (287 332), Joh. Geibelbrecht (120 640), Kötter (128 280), Thomas Schopper (214 107), Felsner (70 687), Seibert (214 127), Wupp (214 026), Johann Krauß (214 132), Andr. Hofmann (287 493), Johann Schmidt (180 421), Johann Lauer (128 287), Leonh. Leufel (166 177), Weidob (214 128), J. Schopper (214 129), Kernsiller (160 074), Fritz Doppel (287 688), Weiser (166 168), Karl Proß (125 085), Joh. Seigmann (304 645).

Nb. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen, wird vom Zweigverein C i e k e n: Maurer Louis Wagner (Verb.-Nr. 29 266).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Warnung. Die Vorstände der Zweigvereine und Zahlstellen warnen wir dringend vor der Aufnahme des im Jahre 1892 zu Glauchau geborenen Maurers Hugo Meinholt. Zur Zeit befindet sich M. in Jena.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Berichte über wichtige Veranlassungen, Beschlüsse und sonstige Veranlassungen sendet man sofort an die Redaktion des Nachrichtenorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Angetreue Kassierer.

Der Maurer Louis Wundhardt aus Garmeln hatte in seiner Eigenschaft als Kassierer des vorigen Zweigvereins circa M. 1000 unterschlagen, wovon er im vorigen Jahre M. 500 zurückgezahlt hatte. Die Strafkammer II des Landgerichts Hannover verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu vier Monaten Gefängnis.

Barby. Sonntag, den 28. Oktober, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Es wurde hauptsächlich die Regelung der Arbeitszeit besprochen. Die Kollegen einigten sich dahin, die Arbeitszeit für dieses Jahr so auszugestalten, wie es die Zeit erlaubt und bis zur nächsten Versammlung für nächstes Jahr einen neuen Lohnsatz auszuarbeiten. Ferner wurde noch beschloffen, einen Kassebeitrag von 5. 3 pro Woche zu erheben.

Greene. Was wir schon lange befürchteten, ist jetzt wirklich eingetreten: unsere Versammlungen in der Brandmüllerschen Gastwirtschaft abzusinken, ist uns am Sonnabend, den 20. d. M., endgültig verweigert worden. Jedoch unsere Obdachlosigkeit hat nicht lange gedauert. Auf Anfrage beim Herrn Gastwirt Mose erklärte sich dieser bereit, uns sein Lokal zur Verfügung zu stellen. Die Kollegen werden sich freuen, wenn sie ihre Schritte zu lenken haben, wenn sie einmal ein Glaschen Bier trinken oder sich sonstwie Zerstreuung suchen wollen. Ebenfalls dorthin, wo wir zu jeder Zeit willkommenes Gäste sind. Da uns nun ein gutes Lokal zur Verfügung steht und sich auch wichtige Ereignisse für das kommende Jahr vorbereiten, so ist es eines jeden Kollegen Pflicht, sich stets zu den Versammlungen einzufinden. Wohlwollig müssen die Kollegen er-

scheinen, dann kann auch etwas Erfreuliches vollbracht werden, aber nicht, wenn 10-15 Mitglieder in der Versammlung erscheinen. Die nächste Versammlung wird im „Grundstein“ bekannt gegeben.

Heilbronn. Am 21. Oktober hielt der Zweigverein seine Generalversammlung ab. Der Jahresbericht erstattete Kollege N. Bernhard. Der Vorstand, der den bestehenden Arbeitsvertrag im Frühjahr 1907 ablöst und die Kämpfe mit dem Unternehmern sich immer mehr zu Waidstämper auszuweiten, andererseits im Interessengebiet des Zweigvereins noch eine erhebliche Anzahl unorganisirter Berufsfolger wohnte, machte es auch in Heilbronn notwendig, einen Kollegen aus der Arbeit zu nehmen, um so, von den Unternehmern unabhängig, die Agitation im Zweigvereinsgebiet energischer betreiben zu können. Die erste Aufgabe wurde darin gesehen, in Heilbronn einmal selbst, hauptsächlich durch Ausbau des Hauslegierten Systems, der Organisation einen festen Boden zu schaffen. Mit Befriedigung können wir heute die Besserung der ganzen Verhältnisse konstatieren. Nicht nur in der unbedeutenden Zahl der Unorganisierten, auch vorzüglich im Marktenverkauf kommt das allgemeine zum Ausdruck. Die Zustände auf den Bauten sind zur Zeit derartig, daß auf den meisten die Beschäftigung von Unorganisierten nicht mehr recht möglich ist; und das ist gut so. Als nächste Aufgabe galt es, in das weitere Zweigvereinsgebiet, mehr ländliche Orte, den Organisationsgedanken zu tragen. In einigen Orten, wie Kaufen a. M. und Pradenheim, war die Bautätigkeit auf, dieses trug dazu bei, daß die dortigen Kollegen durch geschlossenen Eintritt in die Organisation ihre Existenzbedingungen zu verbessern suchten. Nach kaum vierwöchigen Verleben der Baustellen war es uns schon möglich, an die Unternehmern mit Forderungen auf Verbesserung des ganzen Arbeitsverhältnisses herzutreten. Ohne nennenswerten Kampf endete die Lohnbewegung in Kaufen mit einem vollen Siege anderer Kollegen. Zwei Unternehmern, Harich und Maier, gaben die Erdboden spielen zu müssen, oder wollten warten, bis die Kollegen bedingungslos in ihr altes Joch zurückkehren würden. Gar bald sollte ihnen das Warten vertrießlich werden, denn schon die einmütige Arbeitsniederlegung der Kollegen setzte den Herren einen ordentlichen Dämpfer auf. Nun ging's auf die Suche nach Arbeitswilligen. Da wir es natürlich nicht an der nötigen Aufklärung fehlen ließen, kamen die „Standhaften“ von ihren „Bergungsgreifen“ mit leeren Händen zurück, und schon nach fünf Tagen waren sie, die sich vor wenigen Tagen, „von den Maurern nichts distanzieren lassen“ wollten, bereit, die eingerichteten Forderungen zu unterbreiten. Der Stubenslohn ist gegen 1905 um 9. 3 höher, die Arbeitszeiterhöhung beträgt eine Stunde. Für Überstunden werden 25 pzt., für Nacht- und Wasserarbeit 50 pzt. und für Sonntagsarbeit 100 pzt. Zuschlag bezahlt. Ferner wurden noch Vereinbarungen bei Überlandarbeit getroffen. Ein Etich Kulturarbeit bedeutet die Bewegung in Pradenheim. Dort arbeiteten die Kollegen noch bei Tagelohn in Hof und Logis. Es leuchtet ein, daß unter einem derartig patriarchalischen Verhältnis, in dem die Unternehmern die Vererbung haben, eine gewisse „Harmonie zwischen Arbeit und Kapital“ durch überlange Arbeitszeit und schlechte Bezahlung künstlich zu schaffen, von einem geregelten Arbeitsverhältnis nicht die Rede sein konnte. Wie wenig die Arbeiter mit diesem, von dem Unternehmern so viel gepriesenen „harmonischen Verhältnis“ zufrieden sind, zeigt am deutlichsten der jetzige gute Stand der Organisation am Ort. Die Kollegen haben aber auch alle Ursache, der Organisation zu danken, wenn man bedenkt, daß vor der Bewegung ein Tagelohn von M. 2.70 bezahlt wurde und daß bei einer unbestimmten Arbeitszeit von mindestens elf Stunden, während jetzt pro Stunde 4. 3 gezahlt werden. Ebenso werden, wie in Kaufen, die bereits angeführten Zuschläge für Überstunden usw. bezahlt. Weiter nahm die Lohnbewegung in Pradenheim einen günstigen Verlauf. Ohne Arbeitsniederlegung kam ein Vertrag zu Stande, der für 1906 eine Lohnerhöhung von 5. 4, für 1907 von 2. 4 und eine Stunde Arbeitszeiterhöhung bedeutet. Ein erheblicher Mißstand war leider nicht vollständig zu beseitigen. Es betrifft dies die Bezahlung von Klassenlohn mit einer Willkürfreiheit, die man wohl selten findet. Im Frühjahr 1906 hatten wir dort unter 80 Maurern 19 Lohnklassen mit einem Durchschnittslohn von 35.70, nach der Lohnbewegung unter 41 Maurern 8 Lohnklassen mit einem Durchschnittslohn von 40.65. 4. Die Kollegen werden alle Ursachen haben, bis zum Ablauf des bestehenden Vertrages die Organisation so auszubauen, daß dies ebenfalls aller Lohnsysteme dann endgültig verdrängt. Wir wissen ja, daß das Unternehmern für die Einrichtung der Lohnklassen eine unbegrenzte Vorliebe besitzt. Es gibt aber auch in der Tat für die Unternehmern gar kein bequemeres und zugleich so ungemein erfolgreiches Mittel zur Anwerbung der Arbeiter, als die Zahlung von Klassenlohn. Wer einmal diese Art ausgleichender Unternehmern-Gerechtigkeit an eigenen Leibe verspürt hat, der hat genug davon. Die Klassenlöhne sind immer nur ein Mittel zur verdrängten Ausbeutung der Arbeiter. Die Nachanfragen Kollegen werden also im Jahre des „Heils“ 1908 nicht in letzter Linie das Zustandekommen der Klassenlöhne besänftigen müssen. Einen schwächeren Erfolg hatte die Agitation in Gmünd, Alsen, Graßheim und Hall mit dem Stochertal. Die Gmünder Maurer haben heute zum Teil noch auf demselben Niveau, wie vor 6 bis 8 Jahren, obwohl längst von einem württembergischen Regierungsvertreter selbst festgestellt wurde, daß beispielsweise im September 1906 der Jahresmehraufwand einer fünfköpfigen Familie um M. 88 — 15.4 pzt. gestiegen ist. Das alles geniert das Unternehmern gar nicht; warum auch? Wer in so freier Fremdschaft und Harmonie mit dem Kapitalismus verbunden ist, kann sich die Ausbeutung der Arbeiterkraft schon erlauben. Die Kasse und der Beschäftigt sehen wir da als vorzügliches Agitationsmittel für das Unternehmern. Wenn Herr Josef Meier, Vorrat in Scheuring, in seinem „Vereins- und Erbauungsblatt“ für den „Arbeiterstand“ schreibt: „Es hat der Meier und wird begraben in der Hölle, selbst es von ihm im Evangelium. Warum also durch solche, vermessene und sinnlose Wände sich selbst quälen? Welche jede Widerstandskraft, jeder Trop, jedes Wurren unter den Menschen aufzuheben. Möchte doch jeder Untergebene es einsehen, daß Gerechtigkeit gegen seine Vorgesetzten nicht bloßer Schwind, keine schöne Fabel ist.“ — Wenn Herr Vorrat Döber von Neckarg in seiner Charaktereigenschaften der Kollegen, die im Maurerverband organisiert waren, Charaktere und ehrscheuende Leute schäufte und im Beschäftigt mit Nichterhaltung der Absolution droht, kann es da einen wundern, wenn sich die Arbeiter vor den erwartenden Schicksalen ducken und nur so dahingeregelt? Wie leicht übrigens in Gmünd die Agitation zu betreiben ist, finden wir in Nr. 34

des „Grundstein“. Nichtsdestoweniger aber muß jeder Organisierte sein Möglichstes tun, um auch hier über kurz oder lang Beside zu schlagen, dann können wir getrost auf Weisenwege in der Gegend legen: „Schwäbisch Rom genommen, alles gewonnen!“ In Alsen, Graßheim und Hall steht die Organisation noch auf schwachen Füßen, wir hoffen aber, im Laufe des nächsten Halbjahres auch dort Rekrute zu schaffen. Eingemachten Interessent ist auch das Stochertal; jedoch, daß es nicht der Gmünd liegt. In Pradenheim a. d. b. bestand bereits eine Organisation und es ging alles dort vorwärts, bis ein Kollege unfreiwillig dem dortigen Vorrat zu einer Körperprobe gegen den Maurerverband „Influente Sozialdemokratie“ Stoff lieferte. Der Vorgang war folgender. Der Maurer hat einen Jungen, der die Schule besucht. Wenn man nun etwas hartum sein will, so macht man um die Schulbücher einen Mißbrauch, um sie so länger vor Samstags usw. zu bewahren. Das tat auch unser Kollege und hielt offenbar den „Grundstein“ für gut, um hier dazu. Der Junge sagte es, daß der Mißbrauch aus der Nr. 28 bestand, auf deren letzter Seite die Notiz „Der Maurer im Beschäftigt“ abgedruckt war. Ein weiterer Junge spielte das Buch dem Vorrat in die Hände. Nun ging der Spieß los. Von der Kasse brach wurde nun den Kollegen der „Grundstein“ als „Vergeltung der Jugend“ in den greiften Händen gemalt. Der Herr Vorrat dankte natürlich: „Gut! Die Zahlstelle löste sich auf.“ Ein Versuch, in dem von Pradenheim unweit Stochertal eine Zahlstelle zu gründen verlief resultatlos. Wir zweifeln jedoch nicht, daß durch die formwährende Teuerung auch die Arbeiter des Stochertals aufgeweckt werden. Weitere Zahlstellen wurden in Schweigern, Pfedelbach und Zähringen-Wildbad gegründet. In Schweigern war es nicht möglich, die Zahlstelle zu halten; sie wurde aufgelöst und die vorhandenen Mitglieder der Zahlstelle Stochertal angegliedert. Pfedelbach, die Orte Döhringen und Nauenstein umfassen, hat für das nächste Jahr gute Baufortschritte in Aussicht, und berechtigt somit zu den schönsten Hoffnungen. Dasselbe trifft auf Zähringen-Wildbad zu. — Das Zweigvereinsgebiet umfaßt 21 Oberämter; es bleibt somit für die Zukunft noch ein ordentliches Stück Arbeit über. Der Boden ist an vielen Punkten gelockert, und so wird es mit unermüdlicher Kraft möglich sein, im Laufe der nächsten Zeit die Organisation so auszubauen, daß die Städte Stuttgart und Heilbronn im nächsten Frühjahr in diesen Zahlstellen ihre Mitherrschaft erbilden können. Die Diskussion über den Bericht zeigte den Wunsch, die Agitation unter allen Umständen in der bisherigen Weise weiterzuführen. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurde als erster Vorsitzender Nikolaus Bernhard, als erster Kassierer Gottlob Gackhorn gewählt. Da am 29. Oktober Gewerkebewegung stattfand und unser bisheriger Vertreter Kollege Jakob Schmidt ausbrach, da er in seinem gewerblichen Arbeitsverhältnis mehr hielt, wurde an dessen Stelle der Kollege Georg Vurthauer einstimmig in Vorschlag gebracht. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Anmerkung des Berichterstatters: Einem Teil Heilbronner Kollegen möchten wir noch zurufen: Seid einig! Bedenkt, welche Unzulänglichkeiten ihr durch formwährende persönliche Zwickigkeiten begeht; ihr rächen sich Eurer am eigenen Leibe und schneller als es mancher denkt. Widsch ich jeder zu dem aus, was wir — nach den diesjährigen Eaten des Obervertragsmachers Herrn Wuch in Stuttgart zu rechnen — nächstes Jahr notwendig brauchen, nämlich zu kämpfen für die Organisation. Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid. An Euch wird es liegen, daß die Unternehmern es nicht wagen, uns einen Aufnahmevertrag zu laß anzuwerben; an Euch wiederum liegt es, auf welcher Seite die von Euch verdrängte Kapitalisten vorgekommen wird. Deshalb jeder Mann aus Wer!

Kallberge i. d. M. Sonntag, den 21. Oktober, tagte hier eine Mitgliederversammlung. Zunächst wurde die Lohnfrage für nächstes Jahr besprochen. Gefordert wird von den Kollegen die neunkündige Arbeitszeit und 65. 3 Stundenlohn (bis 31. März 1907 65. 3 Stundenlohn und die zehnkündige Arbeitszeit). Der Vertrag läuft am 31. März 1907 ab. Hierauf hielt Kollege Wuffe aus Charlottenburg einen lehrreichen Vortrag über: „Zweck und Nutzen des Verbandes“ und legte den Kollegen klar, was wir durch die Organisation erzielt haben, nämlich höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit an vielen Orten.

Lebenscheid. Samstag, den 20. Oktober, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Der nächste Besuch, trotz der wichtigen Tagesordnung, zitierte zunächst eine Geldschatzungsdebatte darüber, ob die Tagesordnung erledigt werden solle. Beschlossen wurde, sie zu erledigen und den Klassenbericht nochmals in nächster Versammlung bekannt zu geben. Hauptsächlich wird für besseren Besuch gefordert. Es wäre dieses besonders denen zu empfehlen, die in der Versammlung jede Kleinigkeit kritisieren, auf der Bayhelle aber mit den meisten „Mauern“ zusammenarbeiten. Der Klassenbericht, vom Kassierer, Kollegen Schmidt, erstattet, ergab an Einnahme für die Hauptkasse: Eintrittsgelder M. 51, Beiträge M. 1685.15, Ertragsbäder 60. 4, Summa M. 1788.65. Ausgabe der Hauptkasse: An die Hauptkasse abgedacht M. 940.89, Agitationskosten M. 324, Frankfurter M. 48.10, an die Lokalasse M. 406.66, Reichslohn M. 3.50, Neuenkassierung an Streikende M. 13.50, Summa M. 1736.85. Einnahme der Lokalasse: Kassenbestand vom zweiten Quartal M. 131.01, Anteil an den Beiträgen und Eintrittsgeldern M. 408.66, Bruttoertrag M. 889.45, an die M. 169.45, für Sekretariatskosten M. 9, für Schriften M. 40.80, für Futurale M. 2.80, sonstige Einnahme M. 93.85, Summa der Einnahme M. 853.47. Die Ausgabe betrug M. 489.10, Bestand der Lokalasse M. 870.37, davon sind auf der Sparkasse belegt M. 320. An Eintrittsmarken 93. 4 50. 4, 3. 4 M. 1.50, an Beitragsmarken zusammen 3517. Der Mitgliederbestand am Quartalschluß war 324, am Schluß des zweiten Quartals 207. Von den Christen sind übergetreten 17. Nach dem Markenverbrauch hat jedes Mitglied 10.5 Beiträge bezahlt. In der Diskussion rügte der frühere Kassierer, Kollege Wügel, daß für den Kalender, ohne vorherige Zustimmung der Versammlung, 5. 4. Zuschlag für die Lokalasse erhoben wurden. Erwidert wurde, daß dies mit Rücksicht auf den sehr geringen finanziellen Stand der Lokalasse geschehen sei, und der Vorstand hoffe, daß sich heute die Versammlung damit einverstanden erklären werde, was dem auch nach längerer, scharfer Diskussion geschah. Zum Punkt „Stantenkostenverteiler“ wurde eine fünfjährige Kommission gewählt, die die Vorbereitungen treffen soll. Die Wahl wird bereits vor dem 15. November stattfinden. Da die Zentrum- und Gewerkevereinschriften im Grunde mit den Unternehmern besteht sind,

uns künftige Mandate zu entreißen, ist es doppelt Pflicht der Kollegen, alle Kräfte anzuwenden, damit der schwarze Reaktion Einhalt geboten wird. Es sei nur auf die letzte Generalversammlung hingewiesen, wo so recht der Widerstand kräftigste sich zeigte. Dort wurde von dieser Seite ein Antrag angenommen, der die Selbstverwaltung der Kasse in der Weise beschneidet, daß die Vertreter in Zukunft nicht mehr auf zwei, sondern auf vier Jahre gewählt werden sollen. Im Punkte „Gewerkschaftliches“ wies Kollege Schmidt noch auf die neue, die Arbeiter-schaft schwer schädigende Steuerfrage hin. Auf Grund der Modelle zum Einkommensteuergesetz sind die Unternehmer nämlich verpflichtet, auf Grund der Stadterhaltung genaue Angaben über das Einkommen ihrer Arbeiter zu machen. Die Folge davon ist, daß jeder Mensch, auch der in Lebensstunden und bei dringenden Sonntagsarbeiten verdiente, versteuert wird. Es ist Pflicht eines jeden, hiergegen mit allen erlaubten Mitteln zu protestieren; das geschieht am wirksamsten bei der am 9. November stattfindenden Stadterhaltungswahl durch die Wahl der Arbeiterkandidaten. Zum Schluß wird noch das Antwortschreiben der Behörde auf unsere Eingabe betreffs des Bauarbeiterchutes berufen. Es ist so interessant, daß es verdient, hier im Wortlaut wiedergegeben zu werden. Es lautet:

Bahnhof 1, den 3. Oktober 1906.

Herrn Ferd. Schmidt und Genossen. Hier.

Auf Grund der Eingabe, betr. die Verbesserung des Bauarbeiterchutes, haben wir von den Baupolizei-Verwaltungen der Städte Essen, Bochum, Dortmund, Bittenhagen, Jerslohn, Schwerte Abordnungen bzw. Abordnungen in der den bez. Städten geltenden Vorschriften eingeholt. Wir werden diese verschiedenen Vorschriften einer Prüfung unterziehen und auf Grund derselben in der neuen Bauordnung, die in Bearbeitung ist, den Paragraphen über Schutzmaßnahmen, soweit dies erforderlich erscheint, ausdehnen, oder aber eine besondere Polizeiverordnung über Bauarbeiterchutz in Erwägung ziehen.

Im übrigen bemerken wir, daß die gewünschten Vorschriften zum großen Teil sich mit den Unfallverhütungsvorschriften decken und daß auf Grund dieser und der §§ 20 und 31 der Baupolizei-Verordnung sämtliche Bauten alle vier Wochen revidiert werden. Wierobst nicht im Laufe des Sommers Unternehmer wegen Verhöre gegen diese Vorschriften bestraft worden, auch sind die Bauarbeiten dieserhalb einige Male eingestellt worden.

Also, trotzdem sich die Unfallverhütungsvorschriften zum großen Teil, wie die Behörde selbst zugibt, mit den „gewinnlichen“ Vorschriften decken, diese ungeheuren Mißstände, insbesondere in finanzieller und sanitärer Beziehung, auf den Bauten. Alle vier Wochen würde revidiert, heißt es weiter, oder wie? Erkennen ist es ganz ungenügend, alle vier Wochen eine Revision vorzunehmen, denn in vier Wochen sind hier die meisten Bauten aus dem Fundament pufferig gestellt. Dann beschränkt sich die Revision nur auf Abdeckungen, Bauboden und Aborte werden nie gründlich revidiert; denn haben, in denen sich Menschen aufhalten können, gibt es hier nicht. An Heizung bei dieser Jahreszeit wird nicht gedacht. Alle Bauten werden als Materiallager benutzt. Fußboden hatten bei einer Kontrolle im Juli nur zwei Bauten. Trotz alledem hat die Behörde keine Eile. Der Bauarbeiter geht mit nur bei Steuererhöhung. Wie lange noch sollen solche unmöglichen Zustände bestehen? Kollegen, heraus aus eurer Verbarg, fort mit der Schlußfolgerung. Sine in die Organisation, wenn es besser werden soll! (Der Vertretersteller wird ersucht, jedes Wort voll auszusprechen. Es ist ja gräßlich mit den vielen Vorwürfen!) Die Jeterparnis kann doch wohl dabei faul in Frage kommen, da sie wohl nicht mehr als höchstens eine Viertelstunde betragen wird. Dadurch, daß wir neben den sonstigen notwendigen Änderungen auch noch die abgefragten Worte ausdehnen müssen (der Segen segt nur das, was wirklich geschrieben ist), wird das Manuskript recht unleserlich, und unleserliche Manuskripte verteuern den Satz, so daß unsere Bitte doppelte Berechtigung hat. Die Redaktion.)

Neustädte 1. Schl. In einer privaten Besprechung, zu der sich eine ganze Anzahl Kollegen am 21. Oktober in einem bekannten Lokal in Neustädte eingefunden hatten, und zu der auch Kollege Otto Knappe aus Edersthal, Kreis Spvottau, sowie einige Gewerkschaftskollegen der hiesigen Bahnhofs des und befreundeten deutschen Textilarbeiterverbandes erschienen waren, wurde der Beschluß gefaßt, für Neustädte eine Bahnhofs resp. einen Zweigverein des Verbandes der Maurer Deutschlands zu gründen. Als Vertrauensmann wurde Kollege August Gallas aus Poppitz ernannt. Einige Aufnahmen wurden vorgenommen und beschlossen, Sonntag, den 4. November, eine öffentliche Maurer- und Bauarbeiterversammlung zu veranstalten, und zwar beim Kollegen Linus Valter in Linbau, in den Lokalitäten der Eudauer Textilarbeiter. — Mögen nun die Kollegen dafür sorgen, daß der Bau der Organisation, zu dem sie heute den Grundstein legen, hier wachsen und gedeihe. Jeder muß agitieren, Hand in Hand müssen die Kollegen arbeiten, um einen Stein auf den anderen, einen Kollegen an den anderen zu reihen, um so ein festes Gefüge darzustellen und den ausbeuterischen Geblüthen der Unternehmer entgegenzusetzen, um auch eventuell hier einmal eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die doch auch manches zu wünschen übrig lassen, durchzuführen. Mögen die Kollegen stets eingedenk sein der schönen Worte unseres Meisters:

Eingeln wirst Du unterliegen,
Wie ein Rohr, vom Wind geteilt.
Doch vereint, da wirst Du liegen,
Immer vorwärts nur gebildet!

Wien. In der am 17. Oktober abgehaltenen gut besuchten Generalversammlung referierte Kollege Hörter-Wannheim. Im Anschluß hieran ernannte Kollege Neumann die Worte des Referenten zu bekräftigen. Hierauf verlas Kollege Herr die dritte Quartalsrechnung, die eine Einnahme von 2798,30 und eine Ausgabe von 2798,30 für die Hauptkasse aufwies. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 2525,24, die Ausgabe 692,46. Nach den Erklärungen der Revisoren Wend und Körning, die Kasse in bester Ordnung befunden zu haben, wurde dem Kollegen Herr durch Erheben der Kollegen von ihren Plätzen Entlastung erteilt. Hierauf brachte Eißold seinen in der letzten Versammlung vertagten Unterstützungsantrag ein, der mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Ein Antrag des Kol-

legen Becht, die Einführung einer Unterstützung in Krankheitsfällen aus der Lokalfasse betreffend, wurde einer neu gewählten fünfgleidigen Kommission zur Durchberatung überwiesen. Im Anschluß hieran seien die Kollegen bei den jetzt beginnenden langen Wenden auf unsere reichhaltige und lehrreiche Bibliothek ganz besonders aufmerksam gemacht.

Memorandum. Eine Diskussion nach christlicher Art flogen zwei christlich organisierte Mitmenschen in Rede und Antwort. Der Vorkämpfer des Neubaus sollte sich mit einem seiner handlungsernden Organisationskollegen über irgend einen Streitpunkt nicht einigen. Da er aber in seiner Stellung als Autorität nicht im Unrecht, bleiben konnte, so griff er zu drastischeren Mitteln, als es seine Ueberredungskunst war. Er nahm zwei halbe Ziegel und bombardierte damit seinen christlichen Mitbruder nach allen Regeln der Kunst. Dieser war jedoch von einer solchen Fortsetzung der Diskussion wenig erbaut, denn er protestierte dagegen, indem er den Vorkämpfer als Rump, Ferkel, Sämannen u. dgl. titulierte. Er mußte darum aufhören. Die unteiligen Zuhörer waren bei derartiger so folger christlich Auseinandersetzung. Uns beiden kann man Zeartiges schon zu gute halten, aber nicht Leuten mit christlichen Moral.

Mühsert. Wenn Geschicklichkeit und Ueberlegung zum Einleiten und Durchführen von Lohnbewegungen fehlt, dann muß, nachdem die Wagnisse da ist, Lüge und Verleumdung dazu benutzt werden, um diese Wagnisse zu vermeiden. Dies beweist wieder einmal ein Artikel in Nr. 43 der „Baugewerkschaft“ unter „Wesel-Widerich“. Nachdem seit der Ausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein Einigungsamt für das Baugewerbe errichtet worden ist, betreiben die „Begleitler“ von der Organisation „mit schwarzer Fahne“, eine förmliche Jagd nach Tarifverträgen. Sie tun es selbst dann, wenn auch nichts Positives für die Maurer in Lohnbewegung und Arbeitszeitverkürzung erreicht werden kann. So auch in Wesel. In geheimnisvoller Weise leitete der große „Begleitler“ von Oberhausen die Lohnbewegung ein. Die „hier zahlenden und hier markierten Zentralverbände“ (nach der „Baugewerkschaft“ Nr. 40) sollten sich auf die Wand gedrückt werden. Ohne jede Mitteilung an die Leitung unseres Verbandes wurde nun eines Tages die „Lohnbewegung“ durch einige Baupersonen von den „Christen“ eingeleitet. Nachdem die Karte in den Druck gefahren war, wurde das Einigungsamt in Essen angerufen, um zu retten, was zu retten war. Zu den vom Einigungsamt anberaumten Tarifverhandlungen, die am 16. Oktober d. Js. in Wesel stattfanden, wurden auch die Vertreter der Zentralverbände (Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter) eingeladen, die auch erschienen. In vorgenanntem Artikel der „Baugewerkschaft“ Nr. 43 wird nun behauptet, der Lokalfascheit Becht des Maurerverbandes zu Ruhrort habe während der Verhandlungen „so recht harmlos“ erklärt: „Sie (der Maurerverband) hätten ja keine Forderungen gestellt! Auch hätten sie 50 Mitglieder in Wesel.“ Ich erkläre diese beiden Behauptungen für gemeine Lügen und deren Schreiber für einen gewissenlosen Muthelben. Vor Eintritt in die Verhandlungen erklärte der Verbandsdirektor des Arbeitgeberbundes, Herr Schmiedehaus-Essen, förmlich er unterrichtet sei, käme für den Tarifabschluß doch nur die christliche Organisation in Betracht, da die freie Organisation hier am Plage nicht vertreten sei. Hierauf erklärte ich auf Befragen des Vorsitzenden Herrn Dr. Wiedfeld-Essen, daß für Wesel ein Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands bestehe, dessen Mitglieder in eine Lohnbewegung nicht eingetreten seien, da der Leitung des Zweigvereins von einer Bewegung nichts bekannt sei. In der ganzen Erklärung ist von „Forderung stellen“ keine Rede, trotzdem diese gemeine Lüge. Ich erkläre, bei Festhaltung des Sachverhältnisses der Organisationen habe ich nichts zu erklären. „Genaue Zahlen kann ich hier nicht angeben, da sie mir nicht bekannt sind; eine Zahl hier anzugeben, die nicht den Tatsachen entspricht, wäre eine Lüge und Lügen mag ich nicht.“ Ich bin sehr überzeugt, daß alle Teilnehmer an den Verhandlungen, soweit sie nicht an „Gebührenschwäche“ leiden, mit befriedigt werden, daß meine Versicherungen so und nicht anders geklungen haben. Wie genaue Zahlen unserer nicht angegeben wurden, hat dann der Vorsitzende, Herr Dr. Wiedfeld, schämevolle Weise die Zahl von 50 Mitgliedern für uns angenommen. Hier sieht man, wie der Artikelsschreiber in der „Baugewerkschaft“ die christliche Tariflosigkeit durch Lüge und Verleumdung zu verdecken sucht. Nicht wir, sondern der christliche Begleitler war es, der durch seine Ungeschicklichkeit und Hochmutigkeit die Kollegen von Wesel gezwungen hat, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Andererseits zeigt uns aber auch der Tarifabschluß für den Bezirk Wesel, Wiedfeld, Rott und Debringshofen, zu welchem minimalen Erfolge es führt, wenn bei schlechter Arbeitsgelegenheit und einseitigem Vorgehen, das hier in diesem Falle mitbestimmend war, Verträge abgeschlossen werden sollen. Unsere Kollegen werden daher Sorge tragen, daß dies gewissenlos Treiben solcher „Arbeitervertreter“ den Maurern und Bauarbeitern von Wesel und Umgegend genügend zu Gemüte geführt wird.

Die Arbeitsgelegenheit war im dritten Quartal sehr günstig, und fortwährend war eine Nachfrage nach Maurern und Bauarbeitern stetig zu verzeichnen. Besonders in Weidrich und im Gebiet Domburg-Hochheide-Wies ist die Bautätigkeit sehr gut; hier werden fortgesetzt Maurer gesucht. Leider ist der Bezug von Verbandskollegen nach hier sehr schwach, trotz unserer Anstrengung. Kollegen nach hier zu ziehen. Wir erlauben deshalb an dieser Stelle nochmals um Bezug von Kollegen. Der Zweigverein hat sich auch in diesem Quartal erfreulicherweise entwickelt, obwohl wir in den meisten Bahnhöfen keine Verbandsstellen haben. In Weidrich, Domburg, Wiedfeld und Bruchhausen können wir überhaupt keine größere Versammlung abhalten. Dort sind wir daher nur auf die Bautenagitation angewiesen, wo neben den Unternehmern die „Christlichen“ — lies Zentrumsgelehrten — den tollsten Schwindel an den Mann zu bringen suchen, um dadurch unsere Kollegen an der Agitation zu hindern. Und doch geht es vorwärts! Aufgenommen

wurden im dritten Quartal 161 Kollegen und zwar 151 Kollegen zum ersten Male und 10 Kollegen zum zweiten Male. Verkauft wurden Beitragsmarken 10 088 Stück à 55 P., 253 Stück à 50 P., 138 Stück à 30 P., Arbeitslosensmarken 205 Stück à 25 P. An die Hauptkasse abgehandelt wurden 4055,46, Ausgabe für die Hauptkasse am Ort 4 930. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 2525,24, die Ausgabe 692,46. Der Lokalfassenbestand des Zweigvereins beträgt demnach 2041,09. Davon sind per Bank-belegt 1800 und 53,75 befinden sich in den Kassenstellen. In der am 21. Oktober dieses Jahres abgehaltenen Generalversammlung wurde beschlossen, für die beitragsfreie Zeit, Dezember, Januar, Februar, pro Woche und Mitglied 10 P. für den Lokalfonds zu zahlen. Der Ueberfluß vom Stiftungsfest in Höhe von 480 wurde dem Lokalfonds überwiesen. In derselben Versammlung wurde das Mitglied Heinrich Wiedfeld auf Antrag des Vorstandes der Bahnhofs Hochheide wegen Verstoßes gegen § 37 b des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen.

Stuten. Die am 19. Oktober hier abgehaltene, trotz eifriger Agitation nur mittelmäßig besuchte Versammlung hat wieder neues Leben in die Bewegung gebracht. Die Ausführungen des Referenten, Kollegen Schauer aus Stettin, fanden allerseits lebhaften Beifall. Die bekannte, in allen Versammlungen zur Zustimmung gebrachte Resolution fand auch hier einstimmige Annahme. Mögen nun die Kollegen im Sinne der Resolution tatkräftig für die Organisation wirken.

Samstag, den 20. Oktober, hielten wir eine gut besuchte Agitationsversammlung für die italienischen Maurer ab. Es referierte Kollege Carlo Rotondi aus Kreuzlingen. Auch dessen Ausführungen fanden bei den italienischen Kollegen kühnsten Beifall. Einem in der Diskussion dem Referenten entgegengetretenen Gegner der Organisation und Propagandisten des Generalstreiks wurde von Rotondi gründlich heimgeleuchtet, was bei den Kollegen allgemeinen Beifall hervorrief. Ein Beweis, daß die anarchistische Propaganda den denkenden italienischen Kollegen durchaus nicht imponiert. Ihre Pflicht, wie auch die der deutschen Kollegen ist es nun, fernerhin für die Organisation zu agitieren und die faulen Kollegen aufzurütteln.

Stahlfurt. Die am 19. Oktober hier abgehaltene außerordentliche Generalversammlung war nicht so besucht, wie zu wünschen gewesen wäre. Der Vortrag des Kollegen Voigt aus Stahlfurt wurde sehr gut aufgenommen und die bekannte Resolution einstimmig angenommen. Die regelmäßige Zweigvereinsversammlung, die am 14. Oktober tagte, besaß sich nochmals mit dem Vortrag und mit der Resolution. Es wurde allgemein der Wunsch laut, daß der Beitrag sofort erhöht werde, und zwar in Form eines Lokalfaschlags, bis der Verbandstag etwas anderes festgesetzt hat. Auch wünschte die Versammlung, daß sich alle Zweigvereine auf den Standpunkt stellen, daß der Kriegsfonds gestärkt werden müsse, weil dies die erste Maßregel ist, die Unternehmer in Schranken zu halten. Der Versammlungsbuch stellt sich dem Kriegsfonds gleich. Die Unternehmer würden es nicht riskieren, mit uns anzuhängen, wenn sie uns gerichtet sehen. Darum, Kollegen, erhebt in den Versammlungen! Die nächste findet am 11. November, Nachmittags 4 Uhr, bei Wiegner statt, in der die Beschlußfassung über die Beitragserhöhung in Form eines Lokalfaschlags erfolgen soll. Ferner wurde in der Versammlung über Partei und Gewerkschaften verhandelt. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Einberufung eines Gewerkschafts Kongresses fordert. Auch wurde einem Antrage zugestimmt, daß die Delegierten zum Gewerkschaftskongress mittels Urabstimmung zu wählen sind.

Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

XV.

Bei der Behandlung der Akkordarbeit gibt es für die Entscheidung des Verbandstages nur zwei Möglichkeiten: das Verbot oder die Reform. Der dritte Ausweg, Beibehaltung der bisherigen Taktik, ist keine Möglichkeit mehr. Diese Taktik muß aufgegeben werden, und je eher es geschieht, um so besser ist es. Die gegenwärtige offizielle Stellung zur Akkordarbeit leidet an einem unglücklichen Dualismus. Theoretisch beweisen wir mit Aufwendung aller kritischen Schärfe, wie schädlich und wie darum verwerflich die Akkordarbeit ist, und praktisch fügen wir uns der Notwendigkeit, nichts Ernsthaftes gegen sie zu unternehmen. In wie manchen Gewissenskonflikten hat uns dies nicht schon gebracht. Es ist ausgeschlossen, daß wir mit der gegenwärtigen Taktik jemals die Akkordarbeit überwinden werden. Man kann zwar mit schöner Phrasologie „beweisen“, wie sicher einst der große Tag kommen müsse, wo der letzte Akkordvertrag erledigt ist; man kann sich auf die nachfolgende Aufklärung verlassen, kann diese so brutal-deutliche Frage als Erziehungsfrage ansprechen, die sich mit der immer mehr fortschreitenden Erziehung unserer Kollegen zu überzeugten Klassenkämpfern von selbst löse; gewiß das alles kann man tun, und noch mehr, aber Himmel und Erde werden vergehen, nur diese Voraussetzungen werden sich nicht erfüllen. Warum nicht? Wir wollen versuchen, darauf zu antworten.

Die Akkordarbeit liegt im Interesse des Unternehmertums. Nicht allein, weil die Gucht nach Mehrwert zu immer gesteigerter Arbeitsleistung drängt, sondern auch, weil sie das Risiko, das jeder Unternehmer bei jeder Unternehmung eingeht, fast völlig aufhebt. Das Akkordsystem ermöglicht dem Unternehmer, von vornherein seinen Gewinn annähernd genau berechnen zu können. Alle die vielen und mancherlei Nachschüsse, die den Fortgang der Arbeiten verzögern, die Arbeit verteuern, können ihn nicht mehr. Er hat die Arbeiten zu einem festen Preise übernommen, er hat sie zu einem festen Preise an die Arbeiter vergeben, die Differenz zwischen beiden Preisen ist sein Profit. Dieser Wegfall des Risikos ist für den Unternehmer natürlich sehr angenehm: er kann seine Kalkulationen mit größerer Sicherheit aufbauen und spart oben drein noch den Lohn für eine Arbeitskraft, die er sonst haben müßte, den Kolier, dessen vorzügliche Nachschüsse die Kassen in immer schon regloser Bewegung erhält. Aus diesen Tatsachen folgt, daß die Unternehmer auf Aufhebung der Arbeiten in Akkord drängen. (Dazu kommt auch

Verbindungen zwischen allen Verbänden der Arbeiter des Bauhandwerks und der Errichtung örtlicher Verbandsabteilungen. Die Ausarbeitung der Arbeitsbedingungen werde den zweiten Teil der Beratungen der Konferenz bilden. Hierzu seien folgende Fragen zu rechnen: die Maßnahmen zur Regulierung des Hin- und Herbewegens der Arbeiter des Bauhandwerks, zur Beseitigung der Unregelmäßigkeit des im Frühling erfolgenden Arbeiterandrangs und zur zweckmäßigen Verteilung der Arbeiter an jenen Orten, wo Nachfrage herrscht (Arbeitsbüros, Arbeitsnachweisbureau), die vergleichende Abschätzung des Arbeitsvertrages nach Saison, oder tageweise, die Möglichkeit der Bekämpfung der Zwischenweilerei, die Genossenschaftsarbeit usw. Zur Bildung der Konferenz läßt das Organisationsbureau je zwei Vertreter von jeder Stadt ein. Das Zusammenkommen der Konferenz wird zu Beginn des November geplant.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 21. bis 27. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 500, Potsdam M. 500, Berlin M. 500, Werder a. d. H. M. 300, Gumburg M. 288,42, Weismann M. 250, Waldorf M. 200, Adolphshaus M. 200, Jahn M. 200, Wilhelmshagen M. 200, Zeitz M. 200, Groß-Biegnitz M. 200, Schmidt M. 150, Genthin M. 150, Garschhausen M. 150, Königshagen M. 150, Mummendorf M. 150, Kiebitz M. 100, Gandschheim M. 100, Schindl M. 100, Galtow M. 100, Wanders M. 100, Sagen M. 90, Schierhorn M. 90, Vargtheide M. 85,10. Summa M. 4873,52.

Zuschüsse erhielten: Magdeburg M. 200, Ratibach M. 100, Groß-Wartenberg M. 50. Summa M. 350.

Kassa, den 27. Oktober 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 37.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Untertatet nie, von Unfällen, Vorfällen, überhaup von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen schriftlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

* Ein schwerer Schlag hat die Halle'sche Bauarbeiterchaft betroffen, ein schwerer Schlag in zweifacher Beziehung: an dem von den Gewerkschaften und der Partei errichteten Neubau des Volkshauses brach ein Gerüst zusammen, wobei sieben Kollegen in die Tiefe stürzten, die alle sehr schwere Verletzungen erlitten. Einer ist seinen Verletzungen erlegen. Auf unser Ersuchen erhielten wir von einem Freunde unseres Blattes einen Bericht, den wir hier folgen lassen:

Das Unglück ereignete sich am 24. Oktober, Nachmittags um 2 Uhr. Zwölf Arbeiter befanden sich gerade auf dem Gerüst. Fünf von ihnen konnten sich eben noch an dem Mauerwerk festhalten, während sieben, und zwar die Maurer Hermann Fuß-Trotha, Hermann Wolff-Giebichenstein, Max Dittmar-Giebichenstein, Karl Ludwig-Giebichenstein und August Schmidt-Halle, sowie die Bauarbeiter Konrad Wendt-Kröllwitz und Karl Puppe-Giebichenstein in die Tiefe stürzten und von dem fallenden Gerüst begraben wurden. Sofort nach dem Einsturze erschienen die Feuerwehr- und Sanitätsmannschaften auf der Unglücksstätte und hielten die Schwerverletzten her. Drei Verletzte legten die ersten Notverbände an, worauf die fürchterlich Verlegten mit mehreren Krankenwagen und Droschken ins Diakonissenhaus geschafft wurden.

Die Verletzungen sind bei allen Verunglückten äußerst ernst. Der Bauarbeiter Puppe, der am schwersten verletzt wurde, ist bereits einige Stunden nach dem Unglück verstorben. Ihm wurden Brust und Schädel eingedrückt sowie Arm und Beine gebrochen. Die Maurer Schmidt und Dittmar sind nach dem am schwersten Verletzte. Dem ersten ist der Brustkasten gequetscht und der rechte Fuß gebrochen, während Dittmar erscheinen einen Schädelbruch und innere Brustverletzungen davongetragen hat. Der Bauarbeiter Wendt hat beide Arme gebrochen, das Rückgrat verstaucht und außerdem beide Füße gebrochen. Der Maurer Wolff hat Rippenbrüche, Bruch des linken Arms und des linken Beines davongetragen. Der Maurer Ludwig brach beide Arme und trug eine Verletzung des Rückgrats davon. Bei dem Maurer Fuß konnte eine schwere Verstauchung der linken Hüfte konstatiert werden, jedoch ist der letzte noch am wenigsten verletzt. Schwere Kopfverwunden haben alle Verunglückten davongetragen. Alle Verunglückten sind Familienmänner. Der verheiratete Bauarbeiter Puppe hinterläßt eine Frau und fünf Kinder.

Der Einsturz des Gerüsts ist nach den bisherigen Ermittlungen darauf zurückzuführen, daß das Gerüst in leidenschaftlicher Weise hergestellt war, indem man zur Abstützung von Etage zu Etage kurze Stützen verwendete und diese nur mit Drahtseilen an den Streichbäumen befestigte. Ferner wurden sämtliche darunter befindlichen Stützen zur Herstellung des oberen Gerüsts weggenommen, was erfahrungsgemäß die Festigkeit stark vermindert und im vorliegenden Falle auch verschuldet hat, daß unsere armen Kollegen 14 m tief stürzten. Statt nur Rundholz zu verwenden, war teilweise auch Kantholz in der Stärke von 10x10 cm benutzt worden. Das Material wurde durch einen elektrischen Aufzug befördert. Die Bauarbeiter Puppe und Wendt hatten vier Wagen Steine und zwei Karren Mörtel auf das Gerüst

transportiert (ein Wagen mit Steinen wiegt 4½ Zentner). Als nun die Maurer das Gerüst betraten, um mit der Arbeit zu beginnen, wurde auch ein Wagen mit Steinen auf dem Gerüst weiterbefördert. Die Möglichkeit liegt nun sehr nahe, daß das Gerüst durch das Hin- und Herfahren stark erschüttert wird, wobei sich eine oder mehrere Stützen lockern und von den Streichbäumen abrutschen. Sodann brach das Gerüst in der Höhe von 14 m zusammen. Mit den Mauern und Arbeitern stürzten gleichzeitig die eisernen Wagen und sämtliches Material in die Tiefe. Auf jeden Fall ist das Unglück durch sträfliche Vernachlässigung der baupolizeilichen Vorschriften verursacht. Nichts war abgedeckt und kein Schutzdach war vorhanden. Der Poller soll mehrmals aufmerksamer gemacht worden sein, die notwendigen Schutzvorrichtungen herstellen zu lassen, aber vergebens. Aber es mußte wohl ausgesprochen werden, daß ein Teil der Schuld auf die Kollegen der Abteilungsleiter fällt; sie durften ein derartig gefährliches Gerüst auf keinen Fall herstellen. Auch die Baupolizei hat nicht ein einziges Mal den Bau kontrolliert, trotzdem er sich im zweiten Stock befindet. Ueberhaupt blieb an den sämtlichen Gerüsten viel zu wünschen übrig. Nachdem das Unglück passiert war, wurden sofort Vorgesetzte und Arbeiter herbeigekommen und die notwendigen Abdeckungen und Schutzvorrichtungen hergestellt. Dringend notwendig ist es, daß Bestimmungen erlassen werden, wonach dort, wo der Transport durch elektrische Aufzüge oder Fahrstühle bewirkt wird, abgedeckte Gerüste vorhanden sein müssen. Die Bauleitung liegt in den Händen des Baumeisters Giese, während der Bau von der Firma Karl Ringelstein ausgeführt wird.

Sofort nach dem Unglück erschienen auf der Unglücksstätte der erste Bürgermeister Dr. Rixe, Baupolizeikommissar Robert, Stadtrat Dr. Pusch, der erste Staatsanwalt Dr. Schweigger, Branddirektor Widow sowie die Polizei-Inspektoren Wegmann und v. Doffow und Kriminalinspektor Wägl. Die Ärzte Dr. Reil und Dr. Biegner, sowie ein Assistent des letzteren, legten die Notverbände an. Feuerwehr und Arbeiter beteiligten sich mit großem Eifer an der Vergütung der Verunglückten.

An diesen Bericht knüpft unser Gewährsmann einige Betrachtungen über die Baukontrolle seitens der Halle'schen Baupolizei. Seit einer Reihe von Jahren wurden die Bauten allmählich von Seiten der Baupolizei eine- und zweimal kontrolliert. Als am 9. Mai d. J. ein Stallgebäude einstürzte und gleichfalls zwei Arbeiter schwer verletzt wurden, wozu einer sogar starb, war in der Bürgerstadt sowie beim Magistrat große Verunsicherung hervorgerufen. Es wurde auch gleich danach beschloffen, zwei Baupolizisten mehr anzustellen, die am 1. August in Dienst treten sollten. Der erste Bürgermeister, Dr. v. Rixe, erklärte in der Stadtvorversammlung am 14. Mai, es sei geradezu verwunderlich, daß eine so große Stadt wie Halle noch keine Baukontrolleure habe. Halle sei eine Großstadt mit einer regen Bautätigkeit. Wenn auch eine solche Baukontrolle keine absolute Garantie gegen Unglücksfälle biete, so sei es aber doch Pflicht der Behörden, alles zu tun, was zur Verhütung von Unglücksfällen geschehen könne. Man war der Meinung, daß erstens mehr Beamte angestellt und zweitens eine stärkere Kontrolle über die Bauten vor sich gehen müßte. Aber was traf ein? Vor dem Unglück am 9. Mai wurde, wie schon gesagt, allmählich kontrolliert, nach dem Unglück sehr selten und teilweise gar nicht! Es sind Fälle zu verzeichnen, wo bei der Rohbauabnahme die erste Kontrolle vor sich gegangen ist. Das sind Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Somit unser Gewährsmann. Seine Annahme über die unmittelbare Veranlassung des Unglücks hat viel Wahrscheinlichkeit für sich. Auf Grund der von der Unglücksstätte zurückgegangenen Erzählungen wollen wir versuchen, den Verlauf der Ereignisse zu schildern. Die Kollegen arbeiteten an dem Giebel, der den Bühnenraum des Saales nach außen hin abschließt. Der Bühnenraum hat eine Breite von 10 m; die Tiefe ist nichts zur Sache. Es wurden nun keine Streichbäume zu dem Gerüst aufgestellt, sondern man gab den Streichbäumen (Reihplanen) eine Auflage in den beiden Seitengewänden. Die Streichbäume bedurften nun der Abstützung. Zuerst bewirkte man das durch Stützen, die man mit Hanfsträngen an den Streichbäumen festband. Bei den späteren Gerüsten, nachdem man eine Etagehöhe herausgeholt hatte, ging man von dieser Art der Abstützung ab. Man setzte jetzt auf die unteren (runden) Streichbäume Stützen, die man mit Drahtseilen oben und unten anfestete. Auf die ganze Länge legte man jedesmal fünf solcher Stützen. Bedenkt man nun, daß es sich um ein Gerüst handelte, auf dem mit Materialwagen gefahren wird, so erscheint diese Abstützung als keineswegs genügend. Sie mag bei Gerüsten genügen, die keiner Erschütterung ausgesetzt sind, obwohl sie ein gewissermaßen Mensch auch da vermeiden wird, in diesem Falle zeigt sie von einer Fahrlässigkeit, die auf's Schärfste gerügt werden muß.

Unser Gewährsmann tadelt die ungenügende Baukontrolle seitens der Halle'schen Stadtbaubehörde. Beim Bau des Volkshauses soll sie ganz verlagert haben. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir dann der Behörde einen Teil moralischer Verurteilung an diesem schweren Unglück zumessen würden. Aber — es war das Volkshaus. Die Arbeiterchaft von

Halle errichtete es sich, um eine Stätte für ihr Wirken zu haben. In diesem Hause sollte Kritik geübt werden an unseren Gegnern. Hier sollte das Recht der Arbeit betont und erstrebt werden. Lag da nicht auch unsern Partei- und Gewerkschaftsfreunden die Pflicht ob, darüber zu wachen, daß vor allen Dingen an ihrem Bau das Recht der Arbeiter auf Schutz ihres Lebens und Lebens bei Ausübung ihres Berufs gewahrt wurde? Wir sagen: ja. Wir haben nicht nur das Recht, Kritik zu üben an den Unterlassungsünden der Unternehmer, wir haben auch die Pflicht, an unsern Teile mitzuarbeiten, daß es besser werde. Hier war der Platz, wo die Arbeiter die Macht hatten, ihre Forderungen durchzusetzen, hier mußte gezeigt werden, was wir auf dem Gebiet der Unfallverhütung verlangen. Arbeiterbetriebe sollen Musterbetriebe sein; der Halle'sche Volkshausbau ist es nicht. Das möchten wir für heute gesagt haben, ein abschließendes Urteil wird sich erst später fällen lassen.

Das Halle'sche Parteiblatt schreibt über die eingeleitete Hilfsaktion:

Das Baumglück am Volkspark hat in allen Kreisen der Bevölkerung innigste Teilnahme hervorgerufen. Die Halle'sche Arbeiterchaft hat diese Teilnahme auf dem Schloßsaal der Arbeit Verunglückten moderner Streiter für die Sache des Proletariats. Deshalb empfand sie das entsetzliche Unglück in seiner ganzen Schwere. Hoffentlich wird es gelingen, die sechs Schwerverletzten nicht nur am Leben zu erhalten, sondern sie auch vollkommen wieder gesund zu machen, so daß den sechs Familien ihre Ernährer wiedergegeben werden.

Die Solidarität der Arbeiterchaft beschränkt sich in der schweren Lage, in der sich die Verunglückten und deren Familien befinden, nun nicht darauf, daß sie moralisch den Verunglückten und deren Familien ihre Sympathie ausdrückt, sondern daß sie auch materiell helfend eingreift. Vor allem werden die Organisationen, denen die Verunglückten angehören, mehr als ihre Pflicht tun. Aber auch die Gesamtarbeiterchaft wird ihren Verpflichtungen den Verunglückten gegenüber schon nachkommen. Getheri bereits bewilligte der Sozialdemokratische Verein als erste Rate M. 150 die Genossenschaftsbrüder bewilligte ferner M. 150 einzelne Organisationen gaben bereits je M. 50 her. Geschäftsleute und einzelne Genossen schenkten anerkennenswerte Summen. Das ist der Anfang, und es ist sicher, daß noch zahlreiche Gelder von Organisationen u. eingegeben werden.

Auch von bürgerlicher Seite sind bereits Sammlungen eingeleitet worden. So teilt die „Saale-Zeitung“ in einem großen Aufruf mit, daß Bankier Ernst Haasbeger M. 100 als Grundstock zu einer Sammlung gestiftet hätte. Ueber weitere Beiträge von bürgerlicher Seite wird allerdings noch nicht berichtet. Mögen die Gelder auch von dieser Seite reichlich einlaufen. Man fragt nicht nach dem Geber. Wer viel hat, möge reichlich geben, und wer wenig hat, denere sein Scherlein zur Verringerung der Not.

Ueber das Befinden der sechs Verunglückten wird uns auf unsere Anfrage im Diakonissenhaus mitgeteilt, daß sich in dem Befinden unserer Genossen bis heute nichts geändert hat, so daß man sich der Hoffnung hingeben darf, daß sie sich auf dem Wege der Besserung befinden, soweit man bei den außerordentlich schweren Verletzungen überhaupt von Besserung reden kann.

Wamberg. Bei dem Umbau des Hotels „National“ hatte man eine anderthalb Stein starke Mauer aufgeführt, auf der eine Scharade ruhte. Das Fundament dieser Mauer befand sich 40 cm unter der Kellerkante. Bei den Sanierungsarbeiten schädigten nun die Kanalarbeiter der Firma Gaus direkt an der Mauer einen 1 m tiefen Graben aus, ohne ihn jedoch auszufüllen. Was kaum ausbleiben konnte, geschah denn auch: das unter der Mauer stehende Erdreich rutschte und die Mauer stürzte samt der auf ihr ruhenden Decke ein. Der Einsturz erfolgte nicht sehr schnell, so daß sich die im Innern des Umbaus beschäftigten Leute noch alle retten konnten. Nur ein Arbeiter hat etwas Verletzungen davongetragen. Der glückliche Ausgang der schlimmen Affäre ist nach dem Umstande zu danken, daß die Träger der Decke auf der gegenüberliegenden Wand liegen blieben, wodurch sich ein Hohlraum bildete, der von den herabrutschenden Deckenteilen verschont blieb. Unsere Augenwunden Arbeiter mögen daraus die Lehre ziehen, daß sie dem Bauarbeiterspruch größeres Zutreffen entgegenbringen, damit ähnliche Unfälle für die Zukunft vermieden werden, denn nicht immer geht es so glimpflich ab, wie in diesem Falle.

Düsseldorf. Am 22. Oktober führte unser Verbandskollege Robert Günzel von einem 20 m hohen Schornstein und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er bereits am folgenden Tage seinen Leiden erlag. Am selben Tage fiel an dem Neubau des Stahlwerksverbandes, Firma Holzmann, der Kollege Wehner, wie er mit noch drei Kollegen daran war, eine schwere eiserne Platte auf einen Kran zu legen. Er glitt hierbei aus und stürzte 8 m tief herunter; er zog sich schwere Verletzungen am Kopf und innere Verletzungen zu und mußte mittels Krankenwagens ins Krankenhaus geschafft werden.

Grünberg a. S. Am 22. Oktober ereignete sich in Mittel-Adelshausen bei dem Schloß-Umbau ein tödlicher Unglücksfall. Der Dachdecker Ernst Michel aus Pöhlitz-Neston stürzte kurz nach 1 Uhr Nachmittags aus einer Höhe von 10 m vom Dach und blieb bewußtlos liegen. Innerhalb 10 Minuten starb er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Hamburg. Beim Ausschachten des Baugrundes Mothoderstraße 28 war wieder mal der Leichnam zu Gast. Ohne an ein regelrechtes Weibchen und Unterfangen der benachbarten Gebäudeteile zu denken, wurde häufig darauflos gebuddelt. Die Folge war, daß Montag, den 29. Oktober, ein

größeres Stück Mauer von der Hinterfront des Gart auf der Grenze stehenden Nachbargebäudes wegrückte, wodurch sowohl die Arbeiter als auch die Bewohner des Hauses in große Gefahr gerieten. Glücklicherweise führte die Mauer nicht ein, sondern sie senkte sich allmählich, so daß ihr gänzlicher Einsturz durch Abstützen verhindert werden konnte. Die Gefahr ist aber dadurch nicht beseitigt, und was man vorher mit wenig Mühe hätte machen können, erfordert nun doppelte und dreifache Kosten und Arbeit. Und dabei schweben die Arbeiter nunmehr fortgesetzt in Gefahr, von einströmenden Mauersteinen erschlagen zu werden.

St. 1. p. Mittwoch, den 17. Oktober, ist der bei dem Maurermeister Köber in Arbeit stehende Maurer Karl Bude durch Verunglückung, daß ihm beim Ausgucken einer ziemlich dünn eingespannten Betonplatte die Kappe auf den Körper fiel, und er sich dadurch eine Verrenkung des Fußgelenks und sonstige Verletzungen am Arm und Kopf zuzog. Die Schuld an dem Unfall kann nur dem Meister treffen, denn die Kappe wurde von Arbeitern und Lehrlingen eingestampft; außerdem muß unserer Ansicht nach schlechtes Material verwandt worden sein, da die Kappe länger als die vorgeschriebene Zeit gestanden hat und dennoch beim Ausgucken eingestürzt ist.

*** Bauteilkontrolle in Eingen. a. S.** Durch die von den vereinigten Gewerkschaften kürzlich ins Leben gerufene Bauarbeiter-Kontrollkommission vorgenommene Bauteilkontrolle wurden 15 Bauten. Die Kauterzeugnisse waren auf zwei Bauten. Ganz schlechtes Gerüst war auf zwei Bauten. Die Kauterzeugnisse im Inneren der Bauten waren überall sehr mangelhaft; an einigen fehlten die Schuttböden und das Gussgelenk. Die Kauterzeugnisse war nur in einem Bau abgedeckt, dagegen in drei Bauten nicht. Die übrigen Bauten sind noch nicht weit vorgeschritten, lassen aber trotzdem viel zu wünschen übrig. Baubüden waren nur auf 11 Bauten vorhanden, aber keine entspricht den Bestimmungen für Bauarbeiterhäuser in Baden. Sie sind weder heizbar eingerichtet, noch haben sie Fußböden; auch sind keine besonderen Räume für die Arbeiter vorhanden. Die Hauptfrage ist ja, daß das Unternehmern Baumaterial und Geld gut unter Dach ist. Das beste Resultat lieferte das Abortwesen. Aborte hatten von den 15 Bauten nur 6. In gutem Zustande, d. h. wenigstens gedeckt, war der Abort auf einem Bau. Die übrigen 5 können überhaupt nicht als Aborte gelten. Die Unfallversicherungsvorschriften waren auf 10 Baustellen vorhanden. Verbandzeug ist, soweit in dieser Hinsicht ermittelt werden konnte, nur auf 2 Bauten vorhanden. Es muß aber noch bemerkt werden, daß sich diese Kontrolle nur auf 15 größere Bauten bezieht. Ein Bau der Firma Schmal in der Fittingfabrik konnte überhaupt nicht kontrolliert werden. Soviel ermittelt werden konnte, soll für die dortigen Arbeiter auch kein Abort vorhanden sein und auch sonst noch vieles fehlen. Es ist eigentlich nicht zu verwundern, daß hier noch solche Mängel existieren, denn die behördliche Baukontrolle, die vom Baupolizeibeamten ausübt wird, erstreckt sich in der Hauptsache nur auf die Bauausführung; um das Gussgelenk bezog, um die Einhaltung der ministeriellen Bestimmungen für Baden, betreffend den Schutz der auf Bauten beschäftigten Personen vom 20. Februar 1904, hat man sich hier bis jetzt noch nicht im geringsten gekümmert. Ähnliche Zustände sind auch in Koblitzell zu verzeichnen. Wie notwendig es aber ist, daß öfters Kontrollen vorgenommen werden, zeigen diese Zustände. Um aber dafür Sorge tragen zu können, daß Leben und Gesundheit der Bauarbeiter mehr bewertet werden als bisher, ist es auch notwendig, daß sich alle menschlich denkenden Kollegen ihrer Berufsorganisation anschließen.

Aus Unternehmerkreisen.

*** Internationaler Baumeisterverband.** Am 20. und 21. Oktober hat in Konstanz eine internationale Konferenz von Baumeistern stattgefunden. An derselben waren mit 48 Delegierten vertreten: der elsässisch-französische Landesverband, der badische Landesverband, der württembergische Landesverband, der nordbayerische Bezirksverband, der südbayerische Bezirksverband und der schweizerische Baumeisterverband. Diese Verbände haben sich zu einem Kartellverband vereinigt und einen Kartellvertrag abgeschlossen, zufolge welchem sie sich zu gegenseitiger Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen verpflichten. Bezüglich Lohn- und Arbeitszeit soll möglichst Übereinstimmung geschaffen und hauptsächlich am Reinheitsstand festgehalten werden. Der Anschließ weiterer Verbände ist in Aussicht genommen. — Die goldene Internationale schließt sich so immer dichter zur Befähigung der Arbeiterbewegung auf. Wenn aber die Arbeiter das Gleiche tun, rationalisieren dieselben Leute über die „baterlandlose internationale Sozialdemokratie“.

Aus anderen Berufen.

*** Aus der Vergarbeiterbewegung.** Das Schreiben, in dem der bergbäuerliche Interessenverein die Forderungen den Arbeiter ablehnt, lautet:

Die gebete Aufschrift vom 10. d. M., durch die fünf Arbeiterverbände die Forderungen der in den Kohlengruben und allen Nebenarbeiten beschäftigten Arbeiter ausgestellt haben; ist in der heutigen Vorstandssitzung zur Vorlage gekommen. Der bergbäuerliche Verein erklärt wiederholt, diese Verbände nicht als Vertreter der Bergarbeiter anerkennen zu können und ist auch selbst nicht zuständig, über Lohnverhältnisse Erklärungen abzugeben. Er muß es deshalb den einzelnen Betriebsverwaltungen überlassen, in den gesetzlich gewährten Arbeiterausschüssen zu den erhobenen Forderungen Stellung zu nehmen.

Der Verein für bergbäuerliche Interessen.
(Unterstützen.)

Die Eisenbahnkommission hielt darauf eine Sitzung ab, in der folgender Beschluß angenommen wurde: Die Arbeiterausschüsse aller Kohlenreviere Deutschlands werden verpflichtet, sofern sie nicht wertig wegen der Lohn-, Sperr- und Lebensversicherungsfragen zu einer Sitzung eingeladen wurden, schleunigst eine Sitzung bei ihrer Verwaltung zu beantragen, um die Forderungen der Verbände dort zu vertreten. Von dem Resultat der Sitzung haben die Ausschussmitglieder auf alle Fälle ihrer Organisation sofort Bericht zu

erstatten. Wo Ausschüsse nicht vorhanden sind oder nicht aus organisierten Belegschaftsmitgliedern bestehen, sind die Belegschaften verpflichtet, sofort Belegschaftsversammlungen einzuberufen, um Kommissionen zu wählen, die zur Verhandlung mit der Verwaltung zu veranlassen sind. Auch diese Kommissionen haben dann das Resultat der Verhandlungen an ihre Organisationen zu berichten. Dieser Bericht muß spätestens bis zum 8. November d. J. bei den betreffenden Organisationsvorständen eintreffen, damit diese dann am 9. November in gemeinsamer Sitzung darüber beschließen können.

Die Konferenz der Vergarbeiterverbandsvorstände beschloß, gegen die Nichtanerkennung der Eisenbahnkommission zu protestieren, sowie ferner das Vergarm in Dortmund gegen das Unwesen der Lebensversicherungen anzukämpfen und schließlich eine Eingabe an die Landesbehörde und die Reichsregierung gegen die von der Betriebsverwaltung vorgenommene Sperr- zu richten. Sämtliche Redner sprachen sich auf das schärfste gegen das preussische Handelsministerium aus, dem auch die christlichen Gewerksvereine ihr schärfstes Mißtrauen aussprachen.

Damit liegt die Aktion nun bei den Arbeiterausschüssen. Je nach dem Verhalten dieser Feuerprobe werden sich die Vergarbeiter darüber klar werden können, was die zweifelhafte Gringenshaft wirklich wert ist. Während die Bewegung im Ruhrrevier immer mehr zur Entscheidung drängt, haben sich die Berufsvereine im Ruhrrevier eine große ungewöhnliche Proklamation geleistet. Eine der größten Steinkohlenwerke des Bezirks, der „Grugabergische Verein“, hat auf seinen Werken durch Anschlag bekannt gemacht, daß auf dem „Beträufelungs“ vom Montag ab hat der Reinheitsstand die Eisenbahn und auf dem „Tiefbau“ hat der Eisenbahn die Reinheitsstand eingeführt wird. Es hat den Anschein, als ob selbst den streikenden Schmartern dabei ungenügend zu Sinne wird, denn die „Arbeitsbeziehung“ spricht nur recht schlecht von „gewissen Anordnungen“, die Erbitterung erzeugt hätten. Derartige „Anordnungen“ können allerdings den Kessel bald zum Plagen bringen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Einigungsamt für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriebezirken.** Auszug aus dem Protokoll der Sitzung vom 8. Oktober 1906. Gegen den gedruckten vorgelegten Kollektivvertrag nebst Ergänzungen wurden keinerlei Bedenken erhoben. Es wurde verhandelt beziehungsweise beschlossen:

Verpflichtung der Gewerkschaftsbeamten Rede und Weise gegen den Beschluß der Schlichtungskommission vom 20. August, betreffend verlängerte Arbeitszeit bei der Firma Ledmann. Da die in Frage kommenden Bauten, mit denen länger als die vertraglich festgelegte Arbeitszeit gearbeitet worden ist, bereits fertiggestellt sind, so wird die Angelegenheit an sich als erledigt betrachtet. Es wurde hierbei wiederholt festgestellt, daß es vertragswidrig ist, wenn organisierte Arbeiter bei unorganisierten Arbeitgebern über die vertraglich festgelegte Arbeitszeit hinaus arbeiten, aber daß es auch ebenso vertragswidrig ist, wenn organisierte Arbeitgeber unorganisierte Arbeiter länger beschäftigen, als dies der Vertrag zulaßt. Denn im Vertrag haben die Parteien (die 4 Organisationen) sich gegenseitig zugesichert, daß ihre Angehörigen innerhalb der Vertragsdauer und des Vertragsgebietes nur solche Arbeitsverträge abschließen wollen, die mit den Bestimmungen des Vertrages nicht im Widerspruch stehen.

Entscheidung über die bei der Schlichtungskommission Außerachtlassung von Lohnminderungen gebliebenen Angelegenheiten, betreffend Lohnzahlungstag. In allen Fällen, in denen bisher der Lohn achtägig gezahlt worden ist, soll der in diesen Fällen bisher übliche Lohnzahlungstag in Abweichung von dem Vertrag auch für die Zukunft bleiben. In den Fällen aber, die vierzehntägige Zahlung haben, soll vom Beginn der nächsten Bauaufgabe (18. März 1907) ab der Lohn, wie vertraglich festgelegt ist, am Mittwoch gezahlt werden.

Entscheidung über die bei der Schlichtungskommission Homberg-Vertrag-Moers unentschieden gebliebene Frage, ob es gestattet ist, bei Mangel an Arbeitskräften Überstunden einzulegen. Mangel an Arbeitskräften kann die Verlängerung der normalen Arbeitszeit nicht ohne weiteres rechtfertigen.

Mitteilung der Antwort der Schlichtungskommission Fierlohn vom 25. August 1906 betreffend Lohnverhältnisse in Hemer. Der Vorliegende teilte das Schreiben des Ortsverbandes Fierlohn des Arbeitgeberbundes vom 25. August d. J. mit, nach dem der Amtsbezirk Hemer bereits vom Vertragsgebiet gehört und dem Lohngebiet Fierlohn zugeteilt worden ist. Das Einigungsamt hat keine Bedenken. Das Einigungsamt hat gegen die Erhöhung des Lohnes für Maurer in Fierlohn vom 25. August 1906 ab auf 48 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Januar 1907 ab auf 60 $\frac{1}{2}$ für die Stunde Bedenken nicht zu erheben.

Das Einigungsamt beschloß: Oberaden, Heil und Rünthe in den Vertrag einzubeziehen, diese Orte dem Lohngebiet Künens-Coult zuzuwenden und in diesem Gebiet üblichen Lohn festzusetzen. Wegen Einbeziehung der Stadt Werne in den Vertrag will der Arbeitgeberbund hinsichtlich der Lohnhöhe weitere Vorschläge machen.

Der eingegangene Bericht des Herrn Heinrich Wehring in Duisburg-Weed, wonach ohne Verhängung von Vaustrafen die Einhaltung der vertraglich festgelegten Arbeitszeit in dem Bezirk der Schlichtungskommission Ruhrort-Samborn durchgesetzt ist, wurde vom Vorliegenden zur Kenntnis gebracht.

Betreffs eines Bochumer Streikfalls beschloß das Einigungsamt: Die Firma Gasse ist verpflichtet, vom 2. August 1906 ab die Löhne, wie sie für das Amt Bochum-Nord tariflich festgelegt sind, zu zahlen. Der Firma mußte es bekannt sein, daß Gerste durch Beschluß des Einigungsamtes vom 2. August 1906 dem Lohngebiet Bochum-Nord zugeteilt worden ist. Da indessen bei Abschluß des Vertrages in diesem in Frage kommenden Gebiete eine den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Abgrenzung der Lohngebiete nicht gefunden hat, wie sich bereits wiederholt gezeigt hat und auch von örtlichen Beratern beider Parteien zugestanden wird, beschloß das Einigungsamt ferner, daß die Schlichtungskommissionen der Maurer und Bauhelfer sowie der Zimmerer von Bochum und Gattrop in einer gemeinsamen Sitzung zu einer anderweitigen Abgrenzung der Lohngebiete bezug auf eine Vereinheitlichung Stellung nehmen und über die gefassten Beschlüsse dem Einigungsamt berichten sollen.

Die Firma Peters & Müller in Hörde soll aufgefordert werden, den mit der betreffenden Arbeiterkolonne vereinbarten Vertrag insoweit abzuändern, als er dem Vertrag vom

31. August 1905 widerspricht. Der anwesende Minhaber der Firma, Herr Peters, sagte dies zu.

Zu dem Antrag der Baufirma Wilhelm vom Zentralverband der Maurer Deutschlands betr. Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause in der Zeit vom 1. bis 16. Oktober beschloß das Einigungsamt, es bei der festgelegten Arbeitszeit zu belassen mit Rücksicht darauf, daß die beantragte Veränderung nur eine ganz unwesentliche Verfürgung der Arbeitszeit (2 Stunden im ganzen Jahre) zur Folge haben würde.

Auf die Mitteilung, daß im Vertragsgebiet, z. B. in Münster i. W., von den Unternehmern noch Verträge ausgehngt und benutzt werden, die den gefassten Beschlüssen des Einigungsamtes u. a. in der Arbeitszeit widersprechen, erklärte sich der Arbeitgeberbund auf Beschluß des Einigungsamtes bereit, sofort dahin zu wirken, daß die Verträge alter Auflage seitens der Unternehmer zurückgezogen beziehungsweise nicht mehr ausgehngt werden.

*** Ein unhaltbarer Schiedsspruch.** In den zwischen den Bauarbeiterorganisationen und dem Arbeitgeberverband in München für das Baugewerbe im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifvertrag wurde eine Bestimmung der ordnungsgemäßen Vorkaufsrecht mit übernommen, wonach der Gewerkschaftsverband während der Arbeitszeit auf Hochbauten verboten ist. An dem von dem Baumeister Wolf ausgeführten Erweiterungsbau der Universität haben sämtliche Bauhelfer die Arbeit niedergelegt, weil ihnen nicht gestattet wurde, während der Arbeitszeit hier auf die Baustelle zu bringen. Die Leitung der Organisation hat dieses Vorgehen der Arbeiter entschieden mißbilligt; selbstverständlich wurde nicht nur keine Unterstützung ausbezahlt, sondern die Arbeiter zu der Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßt. Dieser Aufforderung kamen nur 18 Arbeiter nach; die übrigen weigerten sich, die Arbeit bei Woll wieder aufzunehmen. Doch hatte die Organisation dem Unternehmer andere Arbeiter vermittelt. Mehr konnte die Rettung der Organisation mit dem besten Willen nicht tun. Damit war der Schmarternverband aber nicht zufrieden und stellte beim Einigungsamt des Gewerkschaftsverbandes München den Antrag, einen Schiedsspruch darüber herbeizuführen, daß die Organisation der Bauhelferarbeiten gehalten ist, die vertragsbrüchigen Arbeiter aus der Organisation auszuschließen. In der am Mittwoch vor dem Einigungsamt durchgeführten Verhandlung bestritt der Geschäftsführer der Organisation, Genosse Zabler, den Unternehmern das Recht, einen derartigen Antrag zu stellen, auch sei hierzu weder das Einigungsamt kompetent, noch hätten die Leiter der Organisation die Macht, einen diesbezüglichen Ausschluß von Mitgliedern herbeizuführen. Abgehend hierfür ist einzig und allein das Statut und die Entscheidung der Generalversammlung. Das Einigungsamt erließ mit allen gegen eine Stimme einen Schiedsspruch dahin, daß die Organisation der Bauhelferarbeiten die vertragsbrüchigen Arbeiter als Mitglieder ausschließen habe!

Mit diesem Schiedsspruch ist das Einigungsamt über seine Kompetenz hinausgegangen. Für die Mitglieder, die über den Ausschluß des Mitgliedes zuständig sind, ist weiter nichts möglich als das Statut. Und danach sind die Mitglieder gehalten, für gänzliche Lohn- und Arbeitsbedingungen auf gleichem Wege einzutreten. Ausgeschlossen sein werden, wer gegen das Statut und die Arbeiterinteressen verstoßt. Nun ist zweifellos ohne der Tarifvertrag abgeschlossen worden zu dem Zweck, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ob aber ein Mitglied gegen den Vertrag als solchen oder gegen das Statut verstoßen hat, darüber hat einzig und allein die Mitgliedschaft und niemand anders zu befinden. Was nun, wenn die Verammlung die Leute, deren Vorgehen gewiß nicht zu billigen ist, dennoch nicht ausschließt?

Wird dann die Organisation als solche für vertragsbrüchig erklärt werden? Wir meinen, die Schmartern spielen hier mit dem Feuer. Würden die Schmartern bisher ebenso verurteilt worden sein, jene Arbeitgeber, die durch Lohnabzüge usw. ebenfalls gegen die tariflichen Abmachungen verstoßen haben, auszuschließen, dann wäre im Münchner Schmarternverbande nahezu kein Mitglied mehr vorhanden!

Der Wlog 4 des Punktes 7, der in dem Münchner Vertrag die Schlichtung von Differenzen regelt, lautet: „Die Organisation der Arbeitgeber sowohl als auch der Arbeitnehmer verpflichten sich ausdrücklich, jenen ihrer Angehörigen, die sich gegen diesen Arbeitsvertrag verhalten und den Entscheidungen der Schlichtungskommission event. des Einigungsamtes nicht fügen, insbesondere solchen, die die festgelegten Löhne nicht einhalten, oder den Durchschnittslohn künstlich herbeizuführen oder solchen, die auf Abänderung der Arbeitsstellung einzelner, mehrerer oder aller Arbeiter hinwirken, strengstens entgegenzutreten und ihnen keinerlei materielle und moralische Unterstützung zu gewähren.“

*** Traumatische Neurose als Folge bei Unfallverletzungen** lautete das Thema, über das am Donnerstag Dr. med. Reibholz in der Sitzung des Berliner Arbeitervereins referierte. Nach einer eingehenden Darstellung der Symptome der traumatischen Neurose und ihrer Feststellung sah sich der Referent dahin zusammen: Wir verstehen unter traumatischer Neurose einen Komplex von Nervenerkrankheiten, die nach Unfällen vorkommen. Diese Unfälle können den ganzen Körper oder einen Teil desselben betreffen. Die traumatische Neurose ist eine funktionelle Nervenerkrankheit, das heißt: lediglich die Funktionen gewisser Körperteile sind gestört und gelähmt. Es ist möglich, aus den vorhandenen objektiven Erscheinungen mit Zuhilfenahme des ganzen physischen Eindruck des Verletzten die traumatische Neurose objektiv festzustellen. Es ist aber auch nicht unmöglich, einzelne Symptome oder das ganze Krankheitsbild vorzuliegen. Die Diagnose ist indessen nicht leicht und im Vergleich zur großen Zahl der beobachteten Fälle, nicht häufig. Die beste Behandlung der traumatischen Neurose in leichten Fällen ist die Wiederaufnahme leichter Arbeit, und wenn möglich voller Beschäftigung. In schweren Fällen ist die Vollruhe, in leichteren eine Teilrente zu gewähren.

An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, woran sich auch Vertreter des Reichsversicherungsamtes aus Stuttgart und Hamburg beteiligten. Bei dem Austausch der Erfahrungen auf dem fraglichen Gebiete wurde festgestellt, daß man bei den Schiedsgerichten und beim Reichsversicherungsamt immer noch viel mit den Einwürfen der Simulation operiere. Um bei der Eigenart der traumatischen Neurose, bei der vielfach auch als Ausfluß der Verletzungen physische Selbstbeeinflussung mitwirke, den Geschädigten gerecht zu werden, bleibe nur übrig, Gutachten tüchtiger Ärzte und Beobachter soviel wie möglich heranzuziehen.

* Die Gründung eines Bauunfallversicherungsverbandes sächsischer Städte ist nun endgültig vollzogen. In Dresden verammelten sich zahlreich die Vertreter sächsischer Städte und haben entsprechend Beschluß. Die ständige gezeigten Beiträge, die die Tiefbau-Versicherungsgesellschaft erhebt und die festgesetzte Tarife, daß die sächsischen Bauunfälle seltener vorkommen als bei Privatbauten, hat bereits 120 größere deutsche Städte veranlaßt, aus der Versicherungsgesellschaft auszuweichen, und sie haben Selbstversicherung nach § 8 des Unfallversicherungsgesetzes eingeführt. In Leipzig und Chemnitz besteht die Selbstversicherung. Die in Dresden verammelten sächsischen Vertreter genehmigten den von einer Kommission ausgearbeiteten Satzungsentwurf und beschloßen, daß alle Städte, die bis zum 15. November ihren Beitritt erklären, in dem Verband ohne weiteres Aufnahme finden. Freiberg wurde als Vorort gewählt und der dortige Rat zum Vorstand bestellt. Bis jetzt haben 66 sächsische Städte ihren Beitritt erklärt.

Polizei und Gerichte.

* Zentrumsläger vor Gericht. Unter der Spitzmarke „Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer“ brachte das „Buppert. Volksblatt“ am 12. Mai d. J. eine Notiz, wonach der christlich organisierte Maurer J. Schmidt aus Elberfeld an einem Neubau in Sonnborn betriebe, in seinen religiösen Gefühlen durch Verhöhnung und Verächtlichmachung der Gebäude der katholischen Kirche verletzt, ferner bedroht worden sei, daß er es vorgezogen habe, den Bau zu verlassen. Auch hätten die Freiorganisierten versucht, ihn das Mitgliedsbuch des christlichen Verbandes zu entreißen und ihn geradezu mit Gewalt für den freien Verband zu pressen. Und endlich war in der Notiz behauptet worden, daß auf Schmidt, als er sich sträubte, sein Blut herauszugetrieben, Fingerringe und Goldstücke herabgeworfen wären, so daß er in Lebensgefahr geraten wäre. Hieran war dann auch noch die Bemerkung geknüpft: „Wir sind gewiß die letzten, die nach dem Rade rufen, aber angestrichelter Korruptionssünde es doch an der Zeit, hier einmal ein Exempel zu statuieren.“

Von allen den in der betreffenden Notiz des „Buppert. Volksbl.“ geschilderten Vorgängen war aber den auf dem Bau beschäftigten Arbeitern nichts bekannt. Zwei von ihnen sandten daher an das Zentrumsläger eine eingehende Verichtigung. Das Läger lehnte aber nach der bekannten Manier der Zentrumspresse die Aufnahme der Verichtigung ab, worauf die beiden Kollegen nunmehr gegen den verantwortlichen Redakteur des „Buppert. Volksbl.“ sowohl als auch gegen den angeblich terrorisierten Christlichen Schmidt die Verleumdungssage anstregten.

Am 18. Oktober kam die Klage vor dem Schöffengericht Elberfeld zum Austrag. Der christliche Schmidt behauptete aber auch noch vor Gericht, er habe sich durch verschiedene Äußerungen seiner Kollegen in seinen religiösen Gefühlen verletzt gefühlt, auch glaube er annehmen zu müssen, das Verhalten seiner Kollegen gegen ihn resultierte aus dem Umstand, daß er dem christlichen Verbande angehört. Demgegenüber wurde aber festgestellt, daß sich Schmidt als freiorganisiert aufgeführt habe und sich auch, wenn die Sprache auf religiöse Dinge kam, äußerlich abfällig über die Religion äußerte. Der Notiz im „Buppert. Volksbl.“ wollte er fernstehen; er habe einmal einem Kollegen, dessen Namen er nicht kenne, etwas von der Sache erzählt, und sei nicht wenig erstaunt gewesen, als er die Notiz gelesen habe. Der Redakteur Wetters vom „Buppert. Volksbl.“ gab zur Entschuldigung an, von dem Inhalt der Notiz keine Kenntnis gehabt zu haben. Er machte auch nicht den geringsten Versuch, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Der Vertreter der Privatkläger wies darauf hin, daß durch die betreffende Notiz die beiden Kläger schwer beleidigt worden seien, indem man ihnen öffentlich Handlungen vorwarf, die nach den bestehenden Gesetzen mit empfindlichen Freiheitsstrafen geahndet werden. Diese in der Notiz behaupteten Tatsachen seien jedoch nicht erweislich wahr, weshalb also eine nicht zu geringe Strafe zu erkennen sei. Das Gericht kam zu folgendem Urteil:

„Der Angeklagte Schmidt, dem eine Injizierung der Notiz nicht nachgewiesen ist, wird freigesprochen, der Redakteur Wetters in eine Geldstrafe von M 30 verurteilt und in die Kosten des Verfahrens, soweit seine Person in Frage kommt. Außerdem ist das Urteil einmal im „Buppert. Volksblatt“ zu publizieren.“

Das ist ein Fall, wo es einmal nachzuweisen war, wie unverschämlich die Zentrumspresse zur höheren Ehre des sogenannten Christentums zu liegen pflegt. In hundert anderen Fällen gibt man sich nicht Mühe oder ist der Nachweis der Verlogenheit dieser Terrorismusmärchen nicht zu erbringen. Aber so grundlos wie diese Schauermärchen sind, sind bei ihnen beiseite, alle. Der Zweck solcher Verleumdungen liegt ja klar genug zu Tage.

* Nachwehen vom Juidauer Streik. Sonntags, den 13. Oktober, hatten sich die Maurer Keger, Wunderlich, Thime und Gashnig wegen Nötigung vor dem Schöffengericht in Juidau zu verantworten. Da Gashnig nicht erschienen war, sondern Juidau verlassen hat, beschloß das Gericht, zunächst die Verhandlung gegen die erschienenen Angeklagten zum Abschluß zu bringen.

Gelegentlich des Juidauer Maurerstreiks waren die Juidauer Baumeister bemüht, sogenannte „Arbeitswillige“ aus auswärtig heranzuziehen. Da in Böhmen eine Einwanderung nicht von Erfolg war, wandte man sich nach Italien. Ein Italiener, namens Kaffetti, der bei Streits den Export der „Arbeitswilligen“ für alle Orte Deutschlands übernimmt, hatte auch einen Transport Italiener für Baumeister Jrey beordert, der am 9. Juli, Abends, auf dem Juidauer Bahnhof eintraf und am Morgen des 10. Juli nach dem Breschner Neubau in Weichenborn eskortiert werden sollte. Von den Streikenden hatten sich am genannten Tage eine Anzahl Maurer eingefunden, darunter auch die Angeklagten, die die „Arbeitswilligen“ veranlassen wollten, sich den Streikenden anzuschließen. Der Zug setzte sich von der Grimsdaufer Straße, wo die „Arbeitswilligen“ Nachts in einer Baubude schliefen, in Bewegung. Das Gepäck wurde an der Spitze des Zuges der etwa 40 „Arbeitswilligen“ vorausgeschickt; eine Eskorte von sieben Schuppleuten, unter Leitung des Wachmeisters

Spranger, begleitete den Transport. Auf dem Wege nach dem genannten Bau sollen in der Hauptsache die vier Angeklagten das Gefährte aufzuhalten versucht haben, um das Gepäck abladen zu lassen. Dabei sollen die Angeklagten den Pferden in die Hufe gefallen sein, von denen sie nur mit Gewalt von den Schuppleuten entfernt hätten werden können. In der Nähe der Glasigen Gärtnerei sei das Gefährte auch tatsächlich auf kurze Zeit zum Halten gebracht worden. Auf dem Wege habe man die Fremden mit Schimpfwörtern wie Streikbrecher, Lumpen usw. belegt. Das ihnen zur Last gelegte Vergehen bestritten die Angeklagten, insbesondere Keger und Thime. Die an der Führung des Zuges beteiligten Schuppleute sind als Zeugen geladen.

Nächst schiedert Schumann 13, Spranger, den Sachverhalt. Als sich der Zug in Bewegung gesetzt habe, hätten sich eine größere Anzahl freistreitender Maurer aufgestellt, die die „Arbeitswilligen“ mit beleidigenden Äußerungen belästigt hätten und sich trotz seiner Aufforderung nicht beruhigten. Die Streikenden hätten die Italiener aus dem Zuge herausgerissen und versucht, sie auf ihre Seite zu bekommen; andere wieder beschimpften die „Arbeitswilligen“. Es sei nicht möglich gewesen, nach Weichenborn zu kommen oder wieder umzukehren. Den Italienern habe diese Verächtlichkeit scheinbar nicht gepasst; einer habe sogar versucht, sich mit der Wasserpumpe zu wehren. Bei der Glasigen Gärtnerei habe auf einmal einer gefahren: „Aufhalten!“ Sofort seien einige den Pferden in die Hufe gefallen. Die Angeklagten Keger und Wunderlich habe er selbst von den Hufen weggerissen, einen habe er sogar auf die Hand geschlagen. (Also auf die Hand?) Wunderlich habe daraufhin noch geschrien: „So wird's gemacht!“ Der Gefährtenführer sei nicht im Stande gewesen, weiter zu fahren. Dann habe man öfter gerufen: „Die Leute wollen ihr Gepäck haben“, es habe aber niemand sein Gepäck haben wollen. Drei „Arbeitswillige“ seien von den Streikenden zurückgehalten worden, diese seien aber nur deshalb zurückgehalten, weil sie keine Hufe kriegen wollten. Es sei ein reiner Tumult gewesen. Auf Vorhalt erklärt der Zeuge, daß er bestärkt, Keger und Wunderlich gesehen zu haben, als sie den Pferden in die Hufe fielen: „Wir wissen schon, was wir tun“. An der Stadgrenze habe der Gendarm gefanden, der die „Schwinnerei“ gesehen habe, dieser habe gesagt: „Na, wenn wir über die Grenze sind, wird's anders“, aber: „Über der Grenze wollen wir andere Satten aufziehen.“

Schumann Nr. 33, Wiesenbühler, sagt dasselbe aus, was Spranger bereits gesagt hat. Er habe den Gashnig, welcher den Pferden in die Hufe gefallen war, weggerissen. Zwei des Tumults sei gewesen, das Gepäck herauszubekommen, um die Leute zurücktransportieren zu können. Schumann 51, Geißler, kennt von den Angeklagten niemanden persönlich. Schimpfwörter und den Ruf: „Aufhalten!“ hat er nicht gehört, will aber bemerken, daß er gesehen habe, daß seine Kollegen Wiesenbühler und Geißler den Gashnig weggezogen haben, als er den Pferden in die Hufe fiel, und daß Schumann Geißler den Angeklagten Thime weggezogen habe.

Thime bestreitet, daß er überhaupt von einem Schumann angegriffen worden sei.

Schumann 44, Meinhold, hat die Schimpfwörter gehört, die aufgeführt sei gefährlich gewesen. Einige Mann hätten das Gefährte aufgehoben. Thime sei dem Pferd in die Hufe gefallen. Auf Vorhalt, daß er früher angegeben habe, Keger sei gewesen, erklärt der Zeuge, da habe er sich geirrt. (?)

Schumann 48, Fleischer, will den Angeklagten Thime mit Gewalt von den Pferden losgerissen haben; bei der Glasigen Gärtnerei habe er sich wieder in die Hufe gehängt.

Schumann 52, Geißler, will gesehen haben, daß drei bis vier Mann nach vorn gelaufen kamen mit dem Rufe: „Aufhalten!“ Ein kleinerer Mann habe den Pferden in die Hufe getroffen. Die Italiener hätten sich getraut, sich den Streikenden anzuschließen. Auf die Frage des Angeklagten Wunderlich, ob der Zeuge einen streikenden Maurer gehört habe, erklärt dieser, nachdem er vom Vorsitzenden Oberamtsrat Dr. Wellmann instruiert worden war, die Frage beantwortet er nicht.

Der Maurerpolier Kaffetti erklärt, daß durch seine Vermittlung 40 italienische Maurer zur Ausbude während des Streiks für Baumeister Jrey nach Juidau geschickt worden seien. Die Leute hätten schon vorher, ehe sie nach Juidau kamen, gemerkt, daß es sich um Streikarbeit gehandelt habe. Dieser Zeuge schildert den ganzen Vorgang fast noch gruseliger als die Zeugen vor ihm.

Der Vorsitzende bemerkt nebenbei, er wundere sich, daß die Anlage nicht auf Aufruhr laute und behaupte, daß die Verjährung eingetreten sei. (10. Oktober.)

Der nächste Zeuge, der Kutscher Franz, kann sich auf die Einzelheiten nicht mehr so genau erinnern. Daß „Aufhalten!“ gerufen worden, weiß er noch, es seien auch Leute an die Pferde herangekommen. Die Pferde seien stehen geblieben, auf die Hufe „Weiterfahren!“ sei er weiter gefahren. Er weiß auch nicht, ob Thime den Pferden in die Hufe gefallen ist. Sodann wird noch der Zeuge Jettel aufgerufen. Der Vorsitzende bemerkt aber vorher, daß dessen Vernehmung eigentlich seinen Zweck habe. „Daß wir wissen wir, wie es gemacht wird, aber wir wollen Sie doch verhören“, glaubte der Herr Oberamtsrat hinzuzufügen zu müssen. (Eine derartige Bemerkung seitens des Vorsitzenden ist unerhört und geeignet, ihn der Parteilichkeit zu bezichtigen. Ein Richter soll sich aber jeder parteilichen Äußerung enthalten, wenn man der Öffentlichkeit glauben machen will, daß unparteilich und ohne Ansehen der Person gerichtet wird. D. W.)

Jettel verurteilt nun klarzustellen, wie der Sachverhalt gewesen sei; man habe ihn ruhig mit den Italienern sprechen lassen sollen, dann wäre der Tumult nicht entstanden. Die Italiener würden von Kaffetti von einem Stroifort zum andern gebracht und Kaffetti stecke das Geld ein. Der Zeuge wird hier vom Vorsitzenden unterbrochen, daß er keine Verteidigungsrede zu halten habe. Jettel fährt dann fort: Die Leute seien mitgegangen; er habe sich mit Kaffetti verständigen wollen und habe sich mit diesem etwas zurückgehalten. Die Schuppleute hätten selbstverständlich die mitgehenden Streikenden nicht heranzulassen wollen, es seien

etwache davon in den Straßengraben gestossen worden; einer habe sogar vom Schumann Geißler eine Stange bekommen. Zwei Leute hätten ihre Schenke verlangt; diese haben aber die Schenke nicht erhalten können, denn die Schuppleute seien vorgestritten und hätten die Pferde angetrieben. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er, Jettel, hierbei zu tun gehabt habe, erklärt dieser, daß es seine Aufgabe gewesen sei, die Leute zu unterrichten, daß sich die streikenden Maurer im Kampfe um ganz minimale Forderungen befänden. Jettel wird nicht vereidigt, weil er im Verdachte der Mittäterschaft stehe.

Die von der Verteidigung vorgelegenen Entlastungszeugen werden vom Gericht abgehört. Die Verhandlung wird hierauf auf den 15. Oktober vertagt, da die abgewandte Vorführung des Angeklagten Gashnig angeordnet und die Verhandlung auch gegen diesen zu Ende geführt werden soll. In der Fortsetzung der Verhandlung am 15. d. M. erklärte Gashnig, daß er die Pferde des Gefährtes aufgehoben habe. Er habe dies deshalb getan, weil er von hinten her den Ruf „Aufhalten!“ gehört habe. Er glaubt daher, berechtigt gewesen zu sein, die Pferde aufzuhalten. Ferner gibt der Angeklagte zu, an der Verleumdung der Italiener deshalb teilgenommen zu haben, um sie zum Streiken mit zu veranlassen. Sodann erfolgte die Verurteilung der Zeugen. Der Vorsitzende ermahnte sie nochmals, eventuell ihre Aussagen zu ergänzen. Auch die Angeklagten machten den Zeugen noch einige Vorhaltungen, trotzdem bleiben sie bei ihren Aussagen.

Der Zeuge Jettel wurde nicht vereidigt, da er der Mittäterschaft verdächtig ist. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung sämtlicher Angeklagten, da ihre Schuld nicht erwiesen sei; ein Irrtum seitens der Schuppleute sei nicht ausgeschlossen. Bezüglich des groben Unfugs, auf den sich der Anwalt bezog, liege Verjährung vor; andererseits sei zu beachten, daß die Angeklagten sich der Selbsthilfe bedienten.

Das Urteil lautete auf je M. 60 Geldstrafe wegen verletzter Ehre. Es sei nachgewiesen, daß Schimpfwörter gefallen seien, jedoch konnte mit Bestimmtheit nicht nachgewiesen werden, daß sie die Angeklagten gebraucht haben. Dagegen durften die Angeklagten den Zug nicht begleiten, obwohl sie nach § 152 berechtigt waren, die „Arbeitswilligen“ zur Beteiligung an der Arbeitseinstellung zu bereuen. Dies hätten sie aber vor und nach dem Abmarsch tun müssen. Denn es sei nachgewiesen, daß ein Straßenaufmarsch entstanden und dadurch die Öffentlichkeit belästigt worden sei.

Verchiedenes.

* Einen gelungenen Spah leisteten sich unsere Kollegen in Unterwiesheim. Dies Dörchen feierte am 9. September seine hundertjährige Zugehörigkeit zum Großherzogtum Baden. Zu diesem Zwecke war von der Gemeindeverwaltung ein Festzug arrangiert und die Organisation unserer Kollegen ebenfalls zur Mitwirkung eingeladen. Der Strikerverein und die Feuerwehrgesellschaften waren ebenfalls dazu kommandiert. Die organisierten Maurer waren vollständig zur Stelle. Sie brachten ein Transparent mit, auf dem Kasse, Viehnecht und Bebel abgebildet waren und das unten den Vers lautete:

Wir kämpfen für Wahrheit, Freiheit und Recht,
Dah' keiner ist des andern Feind,
Dah' Arbeit aller Menschen Glück
Und keinem es an Brot gebricht.

Auf einem Festwagen, nach Landesüblichkeit von Kühen gezogen, machten unsere Kollegen mit ihrem schönen Transparent, das weiß geliebte Ehrenjüngern flankierten, den Festzug mit. Grob und klein freute sich über die schöne Mauergruppe, am meisten die Dorfjugend, die das alles so schön arrangiert hatten. Sie merkten natürlich nicht, wie häufig die Mauerer ihre Zugehörigkeit zur modernen Arbeiterbewegung zum Ausdruck brachten. Die Bilder von unseren Volkshelden hielten sie für patriotische oder kräftige Symbole und enthielten christlich-wohlwollende Einsichten. Schade, wenn sie an der Gruppe vorbeizogen. Inzwischen dürften sie wohl ihren Irrtum bemerkt haben und mit unseren Kollegen etwas schmolzen.

* Der Bürgermeister als Revisor einer Gewerkschaft. Die „Breslauer Volksstimme“ schreibt:

Nicht in der freien Schweiz oder in sonst einem „wildem“ Lande ist nachstehender Fall vorgekommen, bei dem ein leibhaftiger Bürgermeister eine ehrenamtliche Funktion in einer Gewerkschaft übernimmt, sondern bei uns in Preußen, in unserem lieben Schlesien. Befand in dem städtischen Rat eine Zahlstelle des deutschen Tabakarbeiterverbandes. Eines Tages bekam der Vertrauensmann Volzeibuch und wurde gefragt, ob die Tabakarbeiter eine freie Hülfskasse hätten. Der Vertrauensmann erklärte, daß ja eine solche gar nicht angemessen sei, es existiere in Wirklichkeit nur eine Zahlstelle des deutschen Tabakarbeiterverbandes. Nach Tage später erschien der Polizist wieder und ersuchte den Vertrauensmann, sofort zum Bürgermeister zu kommen. Bürgermeister Scholz gab dann dem Vertrauensmann sofort den Auftrag, Bücher und Belege zu holen, damit er die Kasse revidieren könne. Dieser machte den Herrn Bürgermeister nochmals darauf aufmerksam, daß der Verband keine Hülfskasse sei. Das half aber nichts; der Herr Bürgermeister meinte, es seien in letzter Zeit wiederholt Unregelmäßigkeiten bei den Kassen vorgekommen und es sei deshalb notwendig, ein nachsichtiges Auge zu haben. Der Vertrauensmann mußte schließlich doch die Bücher und Belege herbeischaffen. Der Herr Bürgermeister zahlte die Karten, er zahlte das Geld, alles stimmte. Eine freundliche Mühe erteilte er, als er sah, daß im Hauptbuch die gezahlten Beiträge für die letzten beiden Wochen noch nicht nachgetragen waren; auch mit der Buchführung mußte sich ein Kassenvorstand stets völlig auf dem laufenden halten. Dann beauftragte der Herr Bürgermeister mit seiner Unterthänigkeit, daß alles in Ordnung sei, und entließ den Vertrauensmann in Gnaden mit der Bemerkung, er möge sich auf weitere Revisionen gefasst machen.

Wir sind zwar der Ansicht, daß der Herr Bürgermeister von Canth kein Recht hatte, die Kasse zu revidieren, da er nicht Mitglied des Verbandes ist und demzufolge auch als Revisor nicht gewählt war. Die Gewerkschaften sorgen schon ganz von selbst für eine entsprechende Kontrolle der Kassengeschäfte. Sie kommen deshalb auch ohne die hohe

Obrigkeit sehr wohl aus. Ein gesetzliches Recht stand dem Herrn Bürgermeister zur Revision der Sache ebenfalls nicht zur Seite. Trotzdem freut uns die hochbedachte Bestätigung, daß alles gestimmt hat, und wir meinen, wenn über die hohen Behörden Revisionen in den Gewerkschaften übernehmen wollten, dann wären die Gausleiter zu einigem Grade Arbeit abgenommen und die damit gewonnene Zeit könnten diese ebenfalls noch agitatorisch verwenden.

* **Vericht der öffentlichen Bibliothek und Leihhalle in Berlin über das letzte Vertriebsjahr, 25. Oktober 1905 bis 24. Oktober 1906.** Die öffentliche Bibliothek und Leihhalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW, Alexandrinenstraße 24, hat sich gleich in den ersten Jahren ihres Bestehens unter den für die breiten Massen der Bevölkerung Berlins in Betracht kommenden Bildungsbauwerken einen ersten Platz erworben und diesen auch im letzten Vertriebsjahr — 25. Oktober 1905 bis 24. Oktober 1906 — behauptet. Zwar ist die Frequenz der Bibliothek und Leihhalle in diesem Vertriebsjahr weniger sprunghaft in die Höhe gegangen als in den früheren Jahren; sie machte aber doch, wie die nachfolgenden Angaben erweisen, stetige Fortschritte, so daß die äußere und innere Entwicklung des Instituts wiederum als eine erfreuliche bezeichnet werden kann.

In der Ausleihbibliothek wurden im letzten Vertriebsjahr im ganzen 67 524 Bände nach Hause verliehen, von denen 9 Bände in Verlust gerieten. Von dieser Gesamtzahl entfielen 45 238 Bände auf schöne und 22 286 Bände auf wissenschaftliche Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 2976, Geographie 2236, Naturwissenschaften 4884, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 8110, Gewerkskunde, Technik 2509, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2795, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2776 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Vertriebsjahr über 83 pZt. aller Entlehnungen aus. Im ganzen sind im letzten Jahre 82 998 Bände in und außer dem Hause entliehen worden; in den letzten Vertriebsjahren zusammen 493 615 Bände.

Der Verkehr der Ausleihbibliothek, welcher täglich wächst, dehnt sich durch alle Stadtteile bis in die Vororte hinein aus. Die verschiedenen Verufe sind wie folgt vertreten: gewöhnliche Arbeiter 51 pZt., Handlungsgehilfen und weibliche Handlungsangestellte 24 pZt., selbständige Kaufleute und Handwerker 2 pZt., Ärzte und Juristen 2 pZt., Staats- und Privatbeamte 5 pZt., Lehrer und Lehrenten 8 pZt., Studenten 2 pZt., Seminaristen und Schüler 4 pZt. und Pensionen ohne Beruf 7 pZt.

Die Lesesäle wurden im letzten Vertriebsjahr von 69 809 Personen, und zwar 67 103 Männern und 2706 Frauen, in den sieben Jahren zusammen von 421 903 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Verzehrfahrung erfahren und beträgt jetzt 599 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Leihhalle angelegte, 1456 Bände zählende Nachschlage-Bibliothek wurde von den Besuchern in umfänglicher Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im letzten Vertriebsjahr Bibliothek und Leihhalle benutzten, belief sich auf 137 333 Personen. Seit der Gründung vor sieben Jahren haben insgesamt 827 488 Personen das Institut aufgesucht. Die Haltung des Publikums war während der ganzen Zeit eine musterhafte. Das Institut ist werktäglich von 5½ bis 10 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 4 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Zusammenbruch. — Liberalismus und Arbeiterpartei. Von Th. Rothstein. — Der neue Tarif der Buchdrucker. Von K. Kautsky. — Die zwei Methoden der Gewerkschaftspolitik. Von Alois Lugenburg. — Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter. Von J. Wismann (Vogelm).

Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportageur zum Preise von M. 3 25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„**Kommunale Praxis**“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Eidenmüller, Berlin W. Verlag Paul Singer, Berlin. In der Zeit beständig steigender Lebensmittelpreise werden die Gemeinden, ob sie wollen oder nicht, immer entschiedener auf die Pflicht hingedrängt, die Nahrungsmittelversorgung ihrer Bevölkerung selbst zu regeln. Was J. B. auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung geschehen kann — die Milch steigt überall im Preise! —, lehrt ein Artikel von Wilhelm Kolb im neuesten Heft der „Kommunalen Praxis“ über die Nahrungsmittelversorgung der Stadt Karlsruhe. Wir empfehlen ihn allen Interessenten zum genauen Studium.

Gleiches Wahlrecht und billige Nahrung! Das Programm des Bürgerturns und der Arbeiterpartei. Verlag von Bielefeld in Freiburg in Baden, Preis 30 A. Auf dem Raum von 23 Seiten wird einer Eingangs aller links stehenden Parteien, von der Sozialdemokratie bis zum linken Flügel der Nationalliberalen, das Wort geredet. Der ungenannte Verfasser stellt dann Thesen auf, wonach diese Parteien bei der nächsten Reichstagswahl operieren sollen. Bei Aufstellung von Kandidaten sollen sie auf Erstreben einer gerechten Wahlrechtsreform und auf eine konfessionenfeindliche Politik und Wirtschaftspolitik festgelegt werden. Die Broschüre ist als Gradmesser der wachsenden oppositionellen Stimmung im Bürgerturn nützlich zu lesen.

Der „**Wahre Jacob**“, Nr. 22 des 23. Jahrgangs. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor die beiden farbigen Bilder „**Prellau**“ und „**Das russische Kaiserpaar**“, sowie die weiteren Illustrationen „**Karl Moor redivivus in Asien**“, „**Gaube — Liebe — Hoffnung**“, „**Im Zukunftssaal der sozialistischen Parteien**“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Kachen, G. Wir müssen dringend bitten, die Berichte etwas leiser zu schreiben! Den zuletzt eingesandten können wir nicht gebrauchen, da er gar nicht zu entziffern ist.

L. 100. Uns ist davon noch nichts bekannt geworden; wir glauben auch kaum, daß dies ein Zweigvereinsvorstand ohne Genehmigung der Verammlung getan hat. Das Recht dazu dürfte auch dem Zweigvereinsvorstand mit Erfolg bestritten werden können.

Sohlensburg, R. Sp. Mit einer derartigen Adresse können wir Ihnen nicht dienen. Wir möchten Ihnen übrigens auch davon abraten. Wenn Sie durchaus etwas lernen wollen, dann nehmen Sie Unterricht in der deutschen Sprache. Das ist für Sie viel vorteilhafter.

Zentral-Frankenkasse der Maurer, München. Die Verammlungsangelegenheit kam einen halben Tag zu spät.

Elmhorn, J. B. Die Anfrage hätte unterbreiben können, da wir ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß wir Berichte über die Agitationsveranstaltungen nicht veröffentlichen.

Groß-Jümmern, S. G. Der Unfallverletzte hat vom Beginn der fünften Woche bis zur Beendigung der dreizehnten Woche ein Krankengeld in der Höhe von zwei Dritteln des ordentlichen Lohne, der der Verrechnung des Krankengeldes zu Grunde liegt, zu beanspruchen. Erreicht das staatenmäßige Krankengeld diese Höhe nicht, so muß die Kasse einen Zuschuß bis zu dieser Höhe zahlen. Diesen Zuschuß kann die Kasse später von dem Unternehmer, bei dem der Unfallverletzte den Unfall erlitt, wieder einzahlen. Der Unternehmer hat an den Unfallverletzten direkt nichts zu zahlen. Da Sie Mitglied zweier Kassen sind, also mehr an Krankengeldern bestehen als zwei Drittel des ordentlichen Lohne, so haben Sie einen Zuschuß nicht zu fordern.

Schroth, F. A. Den eingesandten Aufsatz können wir nicht gebrauchen, da er sich zur Veröffentlichung nicht eignet.

R. 100 L. Wende Dich an H. Kamprecht in Schönebeck a. d. Elbe, Königsstr. 2.

Elmhorn und andere. Das haben wir doch schon einmal gesagt, daß wir die Berichte von den außerordentlichen Verammlungungen nicht veröffentlichen können; wir können da natürlich keine Ausnahmen machen, auch nicht mit Elmhorn. Ueber die Verammlungungen wird ein allgemeiner Bericht gebracht werden.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Spalte veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle kostet 15 A.)

Berlin. (Sektion der Bager.) Am 25. Oktober starb unser Mitglied **Ferdinand Häusler** im Alter von 48 Jahren an Maltbrennerei.

Severn. Freitag, den 26. Oktober, starb unser Verbandskollege **Wilhelm Sommerlad** im Alter von 52 Jahren an Lungenerkrankung.

Vogelm. Am 16. Oktober starb unser Verbandskollege **Wih. Schiedung** im Alter von 22 Jahren an Mierentkrankung.

Bruchmühle. Donnerstag, den 25. Oktober, starb plötzlich infolge Abzuges unser langjähriger Mitglied **Otto Krause** aus Altlandsberg im Alter von 35 Jahren.

Colmar. Freitag, den 19. Oktober, starb unser treuer Verbandskollege **Jakob Vogel**, 41 Jahre alt, an der Proletarierkrankheit.

Freßden. Am 16. Oktober starb unser Verbandsmitglied **Robert Kästner** aus Rühnig im Alter von 50 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 17. Oktober starb unser Mitglied **Gustav Heber** aus Dorf-hain im Alter von 40 Jahren an Gehirnschlag.

Stilleborn. Am 23. Oktober starb unser Kollege **Robert Günzel** im Alter von 42 Jahren. Der Verstorbene war ein Opfer seines Berufes, indem er von einem Schornstein abstürzte.

Gera. Am 11. Oktober starb der 36 Jahre alte Kallträger **Pörsche** aus Langenberg von einem Neubau auf bis jetzt unaufgeklärte Weise vier Meter von der Leiter ab, wobei er sich eine erhebliche Fleischwunde am linken Fuße zuzog. Am 25. Oktober erlag er dieser Verletzung, infolge hingerutten von Wundstarrkrampf. Eine Witwe und drei kleine Kinder beweinen ihren Ernährer.

Schulheim b. Mainz. Am 14. Oktober wurde der Kollege **Jakob Wilhelm Kerz** im Alter von 34 Jahren im Rhein als Leiche gefunden. Der Kollege litt an Verfolgungswahn und war bis vor kurzem in der Irrenanstalt Hofheim untergebracht.

Kleinfeinbad. Unser Kollege **Adolf Langenstein** starb nach langer Krankheit an der Kehlkopfentzündung im Alter von 45 Jahren.

Lyden. Am 5. Oktober starb unser Kollege **Julius Feldner** an Herzschlag.

Neuhardenberg. Am 24. Oktober starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Heinrich Pörsche** im Alter von 45 Jahren an Magenkrebs und Wasserfucht.

Neu-Ruppin. Am 11. Oktober starb unser Kollege **Kudolf Mover** im Alter von 23 Jahren an Typhus.

Niemegk. Kollege **Karl Seiberg** ist am 20. Oktober infolge Herzschocks verstorben.

Vogelm. Mittwoch, den 24. Oktober, starb unser treuer Verbandskollege **Johann Brühl** im Alter von 44 Jahren an Mierentleiden.

Waldenburg. Mittwoch, den 24. Oktober, starb unser Kollege **Paul Wiedemann** im Alter von 23 Jahren an einem Schädelbruch infolge Abzuges.

Worms. Am 24. Oktober starb unser treuer Kollege **Philipp Schmeck** aus Speyerheim nach 29 wöchiger Krankheit an chronischem Mierentleiden im 36. Lebensjahre.

Gere ihrem Andenken!

[M. 1,50]

Heilbronn.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist von jetzt an: **Nikolaus Bernhard, Weinbergstr. 59 a**; die des ersten Kassierers **Gottlob Ganshorn, Klosterstraße 12**.

Rehau.

Die Adresse des Obmanns in Esch ist: **Martin Baumgärtel** in Esch, Restaurant „**Forner**“, Obere Ludwigsstraße. [M. 1,50]

Barop.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden **August Pläth** ist jetzt: **Krudel bei Barop Nr. 44**. [M. 1,20]

Aufforderung.

Der Kollege **Ernst Hermann Göpel**, geboren am 6. September 1883, wird aufgefordert, seine Adresse seiner Mutter mitzuteilen. Kollegen, welche den Aufenthalt des Kollegen wissen, werden ersucht, uns hierüber Mitteilung zu machen.

[M. 2,10]

Albin Klinger, Poststr. 59.

Der Maurer **Wih. Bonicke** aus Oldenstadt bei Kelzen wird gebeten, seinen Aufenthalt anzugeben. [60 A]

Verammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verammlungungen zu besuchen.

Verbandsverammlungungen der Maurer.

Sonnabend, den 3. November.

Abends 6½ Uhr in Röhlers Restaurant, Teichplatz, Neustadt a. d. Orla. Mitgliedbücher mitbringen.

Sonntag, den 4. November.

Arnsvalde. Nachm. 3 Uhr im „**Goldenen Löwen**“.

Belzig. Nachm. 4 Uhr.

Elmhorn. Nachm. 4 Uhr bei G. Meier.

Gransse. Nachm. 3 Uhr im „**Franken Hof**“.

Gr.-Besten. Nachm. 2 Uhr in St.-Westen. L.-D.: Lohnbewegung, Mängelung des Vertrages.

Lunden. Nachm. 8 Uhr in der Herberge.

Lyden. Im Lokal des Herrn J. Ball.

Niemegk. Nachm. 3 Uhr bei Fietzler. Pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

Niedergebrä. Nachm. 8 Uhr. Neuwahl des Vorsitzenden.

Rehau. Nachm. 1½ Uhr in Esch bei Krauthelm.

Abends 7 Uhr bei G. Köpke.

Ribnitz. Nachm. 3 Uhr im „**Gewerkschaftshaus**“. Referent anwesend.

Schmölln. Nachm. 3 Uhr im „**Studenten**“.

Strausberg. Nachm. 3 Uhr bei Albrecht. L.-D.: Unsere nächstjährigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Referent zur Stelle.

Wittstock. Nachm. 2 Uhr. L.-D.: Vorkampfbuch.

Dienstag, den 6. November.

Bitfeld. Abends 7 Uhr. Bücher mitbringen.

Fürstenwalde. Abends 8 Uhr im Restaurant „**zum Dampfboot**“, Schloss- und Wäldchenstraße-Gde.

Gottesberg. Abends 8 Uhr in Alt-Schiff bei Albert Vogelm.

Haynau. Abends 8 Uhr bei Heintz.

Heide. Abends 8 Uhr.

Liegnitz. Abends 8 Uhr.

Mittwoch, den 7. November.

Berlin. (Gruppe Rabispanner.) Abends 8 Uhr bei Jannasch, Inselstr. 10. L.-D.: Vortrag über die Zentralisation der Krankenkassen von Groß-Berlin. Diskussion.

Abends 9 Uhr bei Gerns. L.-D.: Bericht über die Verhandlungen des Schiedsgerichts betreffs Bauarbeiterfreit und Kartellvertrag.

Waldheim. Nachm. 6½ Uhr im Restaurant „**zur grünen Kue**“, Dorfstr.

Wittenberg. Nachm. 6½ Uhr.

Donnerstag, den 8. November.

Danzig. Abends 7 Uhr bei Geyppin in Schlicht. L.-D.: 1. Vorechnung vom 8. Quartal. 2. Bericht des Gesellschaftsausschusses. 3. Bericht der Mitglieder zum Vermögensbericht. 4. Bericht des Ausschusses für das Verbandsleben. 5. Verschiedenes.

Glogau. Nachm. 6½ Uhr im „**Kasseler**“. Bücher mitbringen.

Spandau. Abends 8½ Uhr bei Kante, Schmalbeckerstr. 80. Mitgliedbuch legitimiert.

Freitag, den 9. November.

Berlin. (Sektion der Gläs- und Gementbräner.) Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, 16. Saal. Generalversammlung.

Sonnabend, den 10. November.

Wanne. Abends 8 Uhr bei Homberg, Schultze-Gde.

Sonntag, den 11. November.

Driesen-Trebitsch. Nachm. 2 Uhr gemeinsame Verammlung beider Zweigvereine im „**Mittagsgarten**“ zu Driesen. Pünktliches Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist dringend erforderlich.

Neuhaldensleben. Nachm. 3 Uhr bei Geyppin. L.-D.: Die nächstjährige Lohnfrage.

Oeffentliche Maurerverammlungungen.

Sonntag, den 4. November.

Dahlen. Nachm. 4 Uhr im „**Gasthof**“, „**zum goldenen Anker**“. Referent: Koch.

Nebra. Nachm. 2½ Uhr im „**Kasseler**“. Referent anwesend.

Sonntag, den 11. November.

Tilsit. Mittags 12 Uhr Stromgasse 7.

Zentral-Frankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 4. November.

Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im „**Kasseler**“, Köpenickerstr. 5. Referent anwesend.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. L.-D.: 1. Vortrag. 2. Kassen- und Verbandsbericht. 3. Verschiedenes. Mitgliedbuch legitimiert.

Sonntag, den 11. November.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. L.-D.: 1. Vortrag. 2. Kassen- und Verbandsbericht. 3. Verschiedenes. Mitgliedbuch legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.